

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich 24 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungspreisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Bg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Verammlungs-Anzeigen 25 Bg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Seltene) Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Sonnabend, den 20. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Königsberger Prozeß und die Reform der Strafprozeß-Ordnung.

II.*

Nach Abschluß der Voruntersuchung wird die Anklageschrift zu gestellt. Der Angeklagte soll, so bestimmt das Gesetz, sich auf diese innerhalb einer ausreichenden Frist erklären dürfen und das Gericht sodann in eine Prüfung darüber eintreten, ob der Angeklagte tatsächlich nach Lage der Akten einer strafbaren Handlung hinreichend verdächtig erscheint. Nur wenn diese Voraussetzung vorliegt, ist der unaufrichtbare Eröffnungsbeschluss zu erlassen. Als die Strafprozeß-Ordnung beraten wurde, glaubte man, daß dieses Verfahren zwischen Zustellung der Anklageschrift und Hauptverhandlung eine wesentliche Rechtsbürgschaft dafür biete, daß möglichst kein Unschuldiger auf die Anklagebank komme. Manche wollten hierin sogar einen Ersatz für die mangelnde Berufung finden.

Wie aber haben sich die Verhältnisse tatsächlich gestaltet? In der überwiegenden Zahl der Fälle ist der Eröffnungsbeschluss zu einer leeren, nichtsliegenden Formalität herabgesunken, die nicht den geringsten Schutz gegen unbegründete Anklagen gewährt. Auf einer im vorigen Jahre zu Dresden abgehaltenen Verammlung von Kriminalisten wies Professor v. Vögler zutreffend darauf hin, daß der Eröffnungsbeschluss nicht nur nutzlos sei, da ja doch fast regelmäßig jede Anklage-Erhebung durch den Staatsanwalt zum Erlaß des Eröffnungsbeschlusses führe, sondern daß das ganze Institut des Eröffnungsbeschlusses dem Angeklagten sogar Schaden bringe, da der von drei Richtern als „hinreichend verdächtig“ bezeichnete Angeklagte von vornherein mit starkem Verdachte belastet in die Hauptverhandlung eintrete. Dies würde nicht der Fall sein, wenn die Anklage lediglich einseitig von der Gegenpartei, dem Staatsanwalt erhoben wäre und nicht die formelle Billigung durch das Gericht mit auf den Weg erhielte.

Ein Mitglied eines obersten Gerichtshofes war es, der hierauf erwiderte, es sei durchaus richtig, daß die praktische Handhabung des Eröffnungsverfahrens daselbst ganz wertlos gemacht habe. Aber dies sei ein so offenes Geheimnis, jeder Jurist kenne so sehr aus eigener Erfahrung die Art des Zustandekommens des Eröffnungsbeschlusses, daß der Angeklagte dadurch nicht mehr belastet erscheine, als wenn er ausschließlich durch Willensentschluss des Staatsanwalts auf die Anklagebank gebracht wäre.

Sollte man trotzdem bei der Beratung der Abänderung der Strafprozeß-Ordnung wiederum mit der Phrase operieren, daß das Eröffnungsverfahren einen Schutz für den Angeklagten gewähre, und versuchen, daraus irgend ein Argument für die Ablehnung auch nur der geringsten, zu Gunsten des Angeklagten geforderten Garantie herzuleiten, so wird es nur nötig sein, die Thatfachen aus dem Königsberger Prozeß in ihrer vollen Richtheit für sich selbst sprechen zu lassen.

Nach einem etwa dreiviertel Jahr dauernden Vorverfahren wird eine mehr als 200 Seiten umfassende Anklageschrift zu gestellt. Die den Angeklagten zur Geltendmachung ihrer Einwendungen gesetzte Frist beträgt 5 Tage. Der Antrag auf Verlängerung der Frist bleibt, ebenso wie die Beschwerde, erfolglos. Der Hauptverhandlungstermin wird in Aussicht genommen und den Zeugen mitgeteilt, bevor der Eröffnungsbeschluss gefasst ist, gleichsam als ob der Erlaß desselben gesetzlich vorgeschrieben sei, sobald nur die Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben hat. Das Verfahren wird endlich in dieser Kapitallage, für welche die höchsten Beamten des Reiches und Preussens ihre Autorität in den Parlamenten eingesetzt haben, eröffnet und der „hinreichende Verdacht“, auch soweit es sich um den Hochverrat und die Jarenbeleidigung handelt, angenommen, obwohl hier dem ganzen Gebäude das Fundament fehlte und es zusammenbrach, sobald die Verteidigung die Frage der Verbürgung der Gegenseitigkeit an der Hand des trotz Kürze der Vorbereitungszeit herbeigeschafften Materials ernsthaft zur Erörterung stellte.

Daß solche Vorkommnisse eine Reform erheischen, wird niemand bestreiten. Diese Reform aber muß eine vollkommene sein und den Eiz des Übels angreifen. Mit einem Perambulieren an den Symptomen der Krankheit ist nichts getan. Es handelt sich hier nicht um Personen und gegen diese zu erhebenden Vorwürfe. Wer darin das Ziel der Angriffe findet, wie dies Stabe in der im vorigen Artikel erwähnten Schrift thut, der versteht das Wesen der Reformbestrebungen so wenig, daß mit ihm zu rechten der Mühe nicht verlohnt. Eine sorgfältige Prüfung der Akten kann zwar hier und da zur Vermeidung einiger größerer Irrtümer führen und das im bürokratischen Geschäftsgang völlig schablonenhaft gewordene Eröffnungsverfahren etwas lebendiger gestalten. Viel aber würde damit nicht gewonnen, da der Fehler im Gesetz liegt. So lange die Eröffnungskammer lediglich aus den Akten ihre Kenntnisse schöpft, ohne Gehör des Angeklagten und der Zeugen, kann die Entscheidung eine sachgemäße nicht sein. Die Akten bestehen zum guten Teile aus Protokollen, die von unteren Polizeibeamten aufgenommen sind. Daß solche von wenig vorgebildeten Personen hergestellten Urkunden vielfach ganz unvollständig und unzuverlässig sind, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Aber auch das richtige richterliche Protokoll

vermittelt die Kenntnis der Zeugenaussage nicht genau und ist nur ein unvollkommenes Erfahrmittel für die Anhörung der Zeugen selbst.

Die Quelle, aus der die Eröffnungskammer schöpft, ist also notwendigerweise stets eine trübe. Der daraufhin gefasste Beschluss kann mithin eine Gewähr dafür, daß die Frage des Vorliegens des hinreichenden Verdachtes richtig beantwortet ist, nicht bieten. Wohl aber hat das geltende Verfahren die schwerwiegenden Nachteile, daß die Verantwortung für die Anklage-Erhebung ganz zu Unrecht dem Staatsanwalt abgenommen wird, daß dieser formell durch das Gericht, welches das Verfahren eröffnet hat, gedeckt erscheint, und daß der Angeklagte mit stärkerem Verdachte belastet ist in die Hauptverhandlung eintritt, als dies in Wahrheit der Fall ist. Denn die von einem Gericht gebilligte Anklage erscheint stets in einem ganz anderen Lichte, als die einseitig von der Gegenpartei erhobene Klage.

Kunmehr noch einige Worte über den reformbedürftigsten Abschnitt unseres Gesetzes: die Regelung der Untersuchungshaft. Daß die auf diesem Gebiete herrschenden Zustände noch immer mit der größten Langsamkeit von den gesetzgebenden Faktoren gebildet werden, vermag der, welchen sein Beruf täglich in die Gerichtssäle der Strafgerichte führt, kaum zu fassen. Obwohl die Untersuchungshaft in ihrem wichtigsten Inhalte, der Freiheitsberaubung, sich von der Straffhaft nicht unterscheidet, gestattet das Gesetz ihre Verhängung, ohne irgendwelche greifbaren und bestimmten Voraussetzungen aufzustellen, und ohne dem Richter dasjenige Mittel an die Hand zu geben, welches sonst als die wesentlichste Garantie für einen gerechten Richterspruch gilt: die mündliche kontradiktorische Verhandlung vor einem mit den Aufgaben der Strafverfolgung nicht betrauten Gerichtshof. Ueber den oft ein Menschenjochal entscheidenden Haftbefehl befindet nach geltendem Recht der Untersuchungsrichter in einem geheimen und schriftlichen Verfahren auf Grund von toten Akten, die meist in dem Augenblick, in welchem der Haftbefehl erlassen wird, zum erheblichsten Teile aus polizeilichen Protokollen, also einem höchst mangelhaften Material bestehen. Ist es da zu viel gesagt, wenn jüngst ein ordentlicher Professor des Strafrechts an einer deutschen Universität in der „Juristen-Zeitung“ den Ausspruch getan hat: „Wäre man darauf ausgegangen, den Beschuldigten möglichst wehrtlos zu machen, man hätte kaum etwas Geschickteres erfinden können, als den Verfolger in die Maske des unbefangenen Richters zu fassen, ihn mit dessen Entscheidungs- und Zwangsgewalt auszustatten.“

Als Haftgründe kennt das geltende Recht den Verdacht, der kraft gesetzlicher Vermutung stets vorliegt, wenn ein Verbrecher den Gegenstand der Untersuchung bildet, und den Kollisionsverdacht, d. h. das Vorliegen von Thatfachen, aus denen zu schließen ist, daß der Angeklagte durch unlautere Mittel Zeugen usw. beeinflussen werde. Man braucht diese letzteren Worte nur einmal zu hören, um sofort zu erkennen, daß sie eben nichts anderes sind als leere Worte, ohne bestimmten, greifbaren Inhalt, ohne Angabe einer festen, jede Willkür ausschließenden Norm. Hier werden die Verdachtsgründe des Mittelalters in anderer Gestalt wieder lebendig. Und eine auf solch schwankender Grundlage verhängte Maßregel hat die schwerwiegendsten Nachteile für den Verhafteten zur Folge, sie macht ihn während der Dauer der Untersuchungshaft fast rechtlos, sie führt zur Erschwerung der Akteneinsicht und jeder Verteidigungsmöglichkeit. Die deutsche Strafprozeß-Ordnung steht in dieser Hinsicht fast hinter allen Kulturländern zurück. Entweder kennen diese, wie England, den Begriff der Kollisionshaft überhaupt nicht, oder sie setzen ihr wenigstens, wie Oesterreich, eine kurze Frist, nach deren Ablauf die Kollisionshaft von selbst endigt. In Deutschland dagegen ist diese auf jederlei Vermutungen hin vom Gesetz zugelassene Maßregel von unbefristeter Dauer.

Würde es für die Unhaltbarkeit dieser Zustände noch einer Verstärkung bedürft haben, so hätte sie der Königsberger Prozeß geliefert. Der ursprünglich auf Grund des Vergehens des Geheimbundes wegen Kollisionsgefahr, und da „wegen Nähe der russischen Grenze“ Verdacht begründet ist, erlassene Haftbefehl wurde bald darauf ausgedehnt, da die Angeklagten auch des Hochverrats und der Jarenbeleidigung „dringend verdächtig“ erschienen. Die offensichtlich wegen dieser letzteren Vergehen „drohende hohe Strafe“ bildete für die Eröffnungskammer den Grund, auch noch nach der Eröffnung des Hauptverfahrens den einen der Angeklagten in Haft zu behalten. Bei diesen Begründungen fällt zunächst der Hinweis auf die Nähe der russischen Grenze auf. Daß die Angeklagten gerade das geistliche Rußland als Zufluchtsstätte aufgesucht hätten, läßt sich wohl kaum annehmen. Jedoch dies ist Lebensfrage. Das Entscheidende ist: Die Angeklagten sind für hinreichend verdächtig befunden und in Haft gehalten worden, obwohl es an der ersten Voraussetzung für ein strafrechtliches Einschreiten hinsichtlich des Hochverrats und der Jarenbeleidigung fehlte. Ferner die Haft durfte verhängt werden, ohne daß das Gesetz den Angeklagten die Möglichkeit gab, in mündlicher Verhandlung das Fehlen der Verdachts- und Haftgründe darzutun. Ja noch mehr: Die gesetzlichen Vorschriften verhindern, daß der Angeklagte überhaupt nur weiß, was gegen ihn vorliegt. Der Haftbefehl, der sich darauf beschränkte, die von der Staatsanwaltschaft angezogenen Paragraphen des Strafgesetzbuchs aufzuzählen, gab den in Königsberg Angeklagten hiervon keine Kenntnis. Der Antrag der Verteidigung auf Gewährung der Einsicht der Akten oder auch nur der Urkunden, auf die sich der Haftbefehl stützte, wurde vom Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt zurückgewiesen, da im Ermittlungsverfahren eine gesetzliche Pflicht dazu nicht vorlag. Das Bild blieb also verschleierte und den Angeklagten die Möglichkeit entzogen, das nachzuweisen, was die Behörden zu prüfen unterlassen hatten.

Keine dieser Thatfachen sollte bei der Reform der Regelung der Untersuchungshaft vergessen werden. Die prozeduralen Formen haben die Aufgabe, die staatsbürgerliche Freiheit gegen den jeweiligen

Inhaber der Staatsgewalt zu schützen. Und es ist durchaus kein Zufall, daß die Verfassungsurkunden aller Länder sich mit dem Strafverfahren beschäftigen und dessen Grundzüge festlegen. Mit diesen die Kornierung der Untersuchungshaft in Einklang zu bringen, muß die Aufgabe der Reform sein.

Rechtsanwalt Hugo Heinemann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. August.

Zum neuen Fall Krenberg bringt das Scherl-Blatt, das wieder einmal als offizielles Rundstück benutzt wird, folgende Erklärung:

„Die Behauptung, daß Groeneveld wegen der Ermordung eines Regers an die Behörde des südwestafrikanischen Schutzgebietes eine Anzeige erstattet habe, die unbeachtet geblieben sei, und daß er sich dann an die Presse gewandt habe, ist unrichtig. Groeneveld hat eine solche Anzeige erstattet, nachdem er einen Artikel an eine deutsche Zeitung, der unbeachtet blieb, abgesendet hatte. Auf seine Anzeige hin ist sofort das kriegsgerichtliche Verfahren gegen den angeklagten Unteroffizier eingeleitet worden. Der Angeklagte wurde in der That der Körperverletzung für schuldig befunden, aber auf Grund eines ärztlichen Gutachtens verneinte das Kriegsgericht die Frage, ob durch die in Rede stehende Behandlung der Tod des Eingeborenen verursacht worden ist (§ 226 A. St. G. B.), sowie die weitere Frage, ob die Mißhandlung als eine das Leben gefährdende anzusehen war (§ 228a A. St. G. B.). Auf Grund dieser Feststellungen beantragte der als Staatsanwalt fungierende Oberrichter Richter — derselbe, der später die gegen Groeneveld ergangenen erstinstanzlichen Urteile so stark gemildert hat und dem also gewiß keine Voreingenommenheit gegenüber dem Erstatte der Anzeige nachgesagt werden kann — eine Gefängnisstrafe von drei Wochen; das Kriegsgericht erkannte jedoch nur auf eine Geldstrafe.“

Daß der Unteroffizier nach der Verurteilung im Dienste der südwestafrikanischen Schutztruppe geblieben sei, ist unrichtig. Nachdem das Urteil hier in Berlin zur Kenntnis der Zentralbehörde gekommen war, hat das Oberkommando der Schutztruppe die sofortige Entlassung und Heimsendung des Unteroffiziers angeordnet.“

Diese Erklärung ist absolut unzulänglich. Sie macht nicht einmal den Versuch zu bestreiten, daß die von Herrn Herzlich in der „kolonialen Zeitschrift“ gegebene Darstellung der Ermordung unrichtig ist. Sie beruft sich lediglich auf die Gutachten des einen ärztlichen Sachverständigen, der sich dahin geäußert habe, daß die dem ermordeten Regler zu teil gewordene standalöse Behandlung den Tod desselben verursacht habe oder als eine das Leben gefährdende anzusehen war. Solche ärztlichen Gutachten sind aber häufig — selbst wenn sie im besten Glauben abgegeben werden — höchst anfechtbar. Erleben wir es doch täglich, daß sich die Gutachten mehrerer ärztlichen Sachverständigen, die über einen Fall sich auslassen, in diametralen Gegensatz zu einander stehen.

Was hätte demütiert werden müssen, war die von Herfurth behauptete ungeheuerliche Mißhandlung des Reglers!

Sehr interessant für das Strafrechtssystem, das man bei Eingeborenen-Mißhandlungen zur Anwendung brachte, ist aber die Strafe, die den Unteroffizier Kossal schließlich traf: er kam mit einer Geldstrafe davon — mit einer Geldstrafe für eine zum mindesten beispiellose Rohheit, die vorlag, selbst wenn sich nach ärztlichem Gutachten kein direkter ursächlicher Zusammenhang zwischen der Mißhandlung des Reglers und dessen Tod nachweisen ließ. Oder verhängte man eine so gelinde Strafe, weil man in Südwestafrika solche Rohheiten gegen Eingeborene eben nicht als beispiellos ansah?!

Ferner wird behauptet, daß Kossal sofort seines Dienstes enthoben worden sei, nachdem das Urteil zur Kenntnis der Berliner Zentralbehörde gelangt sei. Bis dahin also belieh das südwestafrikanische Kommando den Kossal in seiner Charge!

Um übrigen zeugt es gerade von der Schwere des Verbrechens des Kossal, daß man in Berlin nach Einsicht der Akten einen Unteroffizier für unwürdig zu längerem Dienst erachtete, der in Südwestafrika nur mit einer Geldstrafe belegt worden war.

Wir verlangen nach alledem erst recht Vorlegung des gesamten Aktenmaterials und eventuelle Wiederaufnahme des höchst wahrscheinlich eigenartigen Gerichtsverfahrens! —

Das Ministerium Giolitti und die Wahlen.

Rom, den 17. August. (Fig. Ver.)

Vor wenigen Wochen hat die offiziöse „Tribuna“ eine Campagne für die Wiederherstellung der Wahlen bei den Parlamentswahlen eröffnet. Das Blatt giebt sich den Anschein, als handle es sich um einen Vorschlag eigener Initiative, dem es die offiziellen Kreise gewinnen möchte. In Wirklichkeit liegt aber eine von Giolitti inspirierte Agitation vor, über deren Absichten und Zwecken wir von dem Ministerium nahesteherer Seite Mitteilungen erhalten haben, deren absolute Zuverlässigkeit wir verbürgen können.

Die Vorteile und Nachteile dieses Wahlsystems haben sich damals gezeigt, wie sie sich seiner Zeit in Frankreich zeigten. Ein Vorteil ist, daß das lokale Klientelwesen entworfen wird. Heute hat namentlich in den rückständigen Gemeinden Süditaliens, der Abgeordnete eine außerordentliche Macht, hat seine Klientel, für die er sich verwendet, seine Prätorianer, die ihn schützen. Er verdankt seine Wahl nicht seiner politischen Stellung, sondern seiner lokalen Ver-

*) Vergl. Nr. 189 des „Vorwärts“. Wir teilen bei dieser Gelegenheit mit, daß der ausführliche und korrekte Bericht des Königsberger Prozeßes nebst einer umfassenden Darstellung der preussischen Justizpolitik und einer eingehenden Würdigung des Strafverfahrens an der Hand der bisher unbekannt gebliebenen und nach ihrem politisch-juristischen Werte schier unerschöpflichen Akten demnächst in der Buchhandlung Vorwärts erscheinen wird. Erst diese Publikation wird ein volleres Einblick in den Königsberger Prozeß gestatten.

werbarkeit. Er vertritt die Interessen seines Wahlkreises oder der einflussreichen Clique, nicht die einer Partei, geschweige denn die des Landes. Mit dem unimominalen Wahlkreis würde dies System der gegenseitigen Dienstleistung verschwinden, da der Abgeordnete nur den Stimmen eines ganzen Wahlbezirks seine Wahl verdankt und dort unmöglich sich durch Gefälligkeiten, Vergünstigungen oder Bestechungen einen persönlichen Einfluss erwerben kann.

Die Nachteile bestehen in dem überwiegenden Einfluss der Regierung auf die parimominalen Wahlen. Was die lokale Clique an Einfluss einbüßt, gewinnt die Regierungselite. Die indifferente Wählermasse wird von den Centralorganen gewonnen durch dieselben Mittel, durch die sie bisher die Lokalorgane gewonnen: Bestechung, Vergünstigung oder Bedrohung. So die politischen Parteien nicht stark und gut organisiert sind, können sie absolut nicht gegen die Regierungspartei aufkommen. Kleine Parteien laufen Gefahr, erdrückt zu werden. Wenn z. B. die Sozialisten in einem Wahlkreis die genügende Stimmengahl haben, um ihren Kandidaten durchzubringen, so kann es sehr gut sein, daß sie in den fünf zu einem Wahlbezirk zusammengefaßten Wahlkreisen nicht die Stimmen erzielen, um ihren Abgeordneten als einen der ersten fünf auf der Liste rangieren zu lassen. Um so überhaupt zur Geltung zu kommen, müssen sich die Parteien verbänden. So hat sich das Listensystem seiner Zeit als eine Hauptursache der italienischen Parteienkonfusion gezeigt.

Eine anständige, der Wahlmasse fernbleibende Regierung und klare Parteibildung vorausgesetzt ist die Listenswahl kein Uebel; hätten wir aber beides, so bräuteten wir auch die Listenswahl nicht.

Wie wir von absolut zuverlässiger Seite erfahren, will Giolitti nun noch in den letzten Lebensmonaten der im nächsten Frühjahre ablaufenden Legislaturperiode die Listenswahl durchdrücken und zwar mit großer, etwa 20 Wahlkreise umfassenden Distrikten und mit ganz geringer Vertretung der Minorität. Man wird bei der Abgrenzung so verfahren, daß jeder aufgeklärte Wahlkreis sein Gegengewicht erhält. Auf die Art sollen womöglich alle Sozialisten und Republikaner ausgeschloffen werden.

Giolitti hält sich der Annahme seines Projekts für absolut sicher. Unter der ministeriellen Mehrheit läßt man die Nachricht kursieren, daß die Ausschließung der Unflurpartei, für die nächste Legislaturperiode wenigstens, unbedingt nötig sei, da die Civilliste des Königs festgesetzt werden muß. Nach einem Thronwechsel muß die nächste Kammer die neue Civilliste bewilligen. Der italienische König bezieht 18 Millionen Lire. Man will nun das Stimmrecht der Mehrheit glauben machen, daß es im Interesse des Despotismus der Kammer liege, unliebvolle Zwischenfälle bei der diesbezüglichen Disziplin zu verhindern. Darum soll noch in diesem Herbst das Wahlsystem geändert werden.

Natürlich hat der weitblickende Giolitti nicht nur die Bewilligung der Civilliste im Auge, sondern vor allem seinen Kampf gegen den Unflur, den er mit so großer Geschicklichkeit und Gewissenhaftigkeit seit Jahren führt. In der schlaffen, altersschwachen Kammer dürfte er kaum einen Widerstand finden.

Die sozialistische Wahlagitation in den Vereinigten Staaten

Wird mit großem Enthusiasmus betrieben. In den Monaten September und Oktober wird überall mit Hochdruck gearbeitet werden, um am Wahltag im November mit Ehren bestehen zu können. Das Hauptquartier der Partei ist in Chicago und der Nationalsekretär William Mailly berichtet kürzlich, daß von vielen Arbeiterorganisationen ermutigende Zuschriften einlaufen, die auf eine sehr erwünschte Unterstützung der Parteikandidaten durch die organisierten Arbeiter schließen lassen. Der Wahlfonds füllt sich über alle Erwartung gut. Natürlich stehen die Geldmittel der Partei in gar keinem Verhältnis zu den großen Korruptionsfonds der alten Parteien, aber das Anschwellen der Fonds durch lauter kleine Beiträge beweist die Teilnahme und Opferwilligkeit in weiten Kreisen der Arbeiter. Die Organisation ist seit der letzten Konvention in Chicago am 5. Mai 1904 kräftiger geworden und besser ausgebaut wie jemals vorher. Jeder Staat der Union hat jetzt seine eigne Parteiorganisation und in sämtlichen Staaten soll diesmal, also zum erstenmal, ein Sektorenticket aufgestellt werden. Damit würde das Resultat einen sicheren Gradmesser für die Stärke der Partei ergeben. Agitationsmaterial wird in allen Sprachen zur Verteilung kommen. Eine Reihe von tüchtigen Rednern steht der Partei zur Verfügung, an der Spitze Eugen Debs und Ben Hanford, die beiden Hauptkandidaten. Debs wird vom 1. September an „auf den Stump“ gehen, und nach den getroffenen Arrangements muß er innerhalb 68 Tagen 62 große Reden halten. Er wird die ganzen Vereinigten Staaten bereisen, von New-England bis Kalifornien, von den großen Seen bis nach dem mexikanischen Meerbusen. Die großen Centralpunkte für die Industrie werden nach diesem Feldzugsplan besonders bearbeitet werden. Am 6. September wird Debs in New York eine Rede halten und dort den (vor kurzem im „Vorwärts“ besprochenen) Artikel von Grover Cleveland über den Chicagoer Streik 1894 gebührend beleuchten. Dieser Streik vor 10 Jahren liefert gegenwärtig nicht nur gegen die Demokraten, sondern auch gegen die Republikaner gutes Agitationsmaterial. So muß sich jetzt auch Roosevelt gefallen lassen, daß die Geister jenes Streiks gegen ihn wachgerufen werden. Die große New Yorker Zeitung „Sun“ hat einen Artikel Roosevelts im „Forum“ aus dem Jahre 1895 ausgegraben, in welchem der jetzige Präsident scharf Stellung nimmt gegen die streikenden Arbeiter, und Alged und Debs als Demagogen verdammt. Eine Stelle jenes Artikels ist besonders charakteristisch; dieselbe lautet:

„Jeder wahre Amerikaner, der denken und in einem nötigen Moment auch handeln kann, sollte sich überlegen, welche Uebel entstehen würden, wenn jene, die Ordnung störenden Klassen ihre Häupter durch die Wahl zur Macht bringen. Innerhalb eines Jahres würde die Republik in Stücke gehen, und es wäre recht so, denn die Erwählung solcher Männer würde beweisen, daß das Volk unfähig ist, sich selbst zu regieren.“

Das klingt hochverräterisch für den Präsidentschaftskandidaten einer Republik, aber 1895 dachte Roosevelt auch noch nicht, daß er so bald im Weißen Hause zu Washington sitzen würde.

Am 11. September wird in St. Louis eine große Volksversammlung stattfinden, in welcher Eugen Debs die englische und Germanisch-Greulich die deutsche Rede halten wird. Genosse Greulich wird vom 11. September bis 5. Oktober zur Weltausstellung in St. Louis weilen als Vertreter des statistischen Bureau für Arbeiter-Angelegenheiten in der Schweiz. Das Deutschthum ist in St. Louis stark vertreten und auch die deutschen Sozialisten sind zahlreich, die sich alle freuen, einen Veteranen der internationalen Arbeiterbewegung begrüßen zu können.

Nach den großen Anstrengungen, welche die Partei in der Wahlagitation entfaltet, darf man auf das Resultat im November gespannt sein. Es erscheint als unzweifelhaft, daß ein neuer großer Fortschritt zu verzeichnen sein wird.

Deutsches Reich.

Stad-Patrioten.

Ein neues Fresken scheint sich in Bukowice zu entwickeln. Dort haben patriotische Lehrer die preussische Gesinnung ihrer Jünger dadurch zu beleben gesucht, daß man sie durch Mißhandlungen zwang: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben“ zu singen.

In Bukowice giebt es drei Schulen. In der katholischen Schule befanden sich seit langem die Kinder und mit ihnen die

Eltern in Aufregung. Der deutsche Lehrer hielt die polnischen Kinder dazu an, das Lied: „Ich bin ein Preuße“ zu singen, die Kinder aber weigerten sich dessen und sangen nicht. Der Lehrer wurde verleßt, aber nicht wegen dieses Vorkommnisses, sondern aus andren Gründen. An seine Stelle schiedte man unlangst einen gewissen Max Förster aus der Weesener Gegend, der die hiesigen Verhältnisse nicht kannte, Förster äbte mit den Kindern das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“ ein. Aus dieser oder aus andrer Veranlassung entstanden neue Zwistigkeiten zwischen den Kindern und dem Lehrer Förster. Der Lehrer schlug die Kinder; stark gezüchtigt wurden Ignac Domagala, Franz Krolek und Roman Koska. In der Schule entstanden aus Anlaß der Mißachtung immer schlimmere Szenen. Am vergangenen Sonntag zerriff bei einer solchen Scene Lehrer Förster dem Ignac Domagala den Rock. Hierauf führte er die Kinder zu Turnübungen auf den Schulhof und ließ sie marschieren. Der Erdbofen war voll von zertrümmten zerbrochenen Glas, die Kinder waren barfuß. Bei den Übungen that es den Kindern weh, sie hoben die Hufe und entfernten die Glasplitter aus diesen. Da schlug der Lehrer auf die nicht gehorchenden Kinder mit dem Stode ein und besonders züchtigte er den Domagala, der als der widerständigste gilt. Der Vater brachte den geschlagenen Knaben zum Kreisphysikus nach Neutomschel, der nach Besichtigung des Knaben ein Attest ausstellte, demzufolge der Lehrer die Grenze seiner Strafbefugnis überschritten habe. Außerdem machte der Vater gegen den Lehrer eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, während Förster einen Bericht an seine vorgesetzte Behörde absandte. Am Dienstag wurde telephonisch der Schulvorstand von Bukowice zu einer Konferenz zusammenberufen, zu welcher sich dort der Landrat v. Daniels, der Distriktskommissar v. Wulffen, ein Gendarne aus Konkolowo und der stellvertretende Kreisphysikus eingefunden hatten. Im Dorfe erzählte man sich, es sei dem Schulvorstand eröffnet worden, daß wenn die Eltern ihre Kinder nicht beruhigten, die Kinder in Zwangsverziehung genommen werden würden. Dasselbe habe auch der Lehrer den Kindern in Aussicht gestellt, nur in scharferer Form. Im Dorfe herrschte unter den Eltern gewaltige Aufregung.

Am Montag war, so berichten polnische Blätter weiter, der polnische Abgeordnete v. Chlappaski am Orte und hat eingehende Feststellungen gemacht. Danach hatte der Knabe Domagala (13 Jahre) einen angeschwollenen Kopf, außerdem große Streifen an den Händen und am Hals und eine Narbe an der Hand. Zwei Anzüge sind zerrissen.

Roman Koska (14 Jahre) sagt aus, daß ihn der Lehrer vor der ganzen Klasse gewürgt hätte.

Josef Stocinski hat eine Narbe an der Hand. Oskar Ruchel (8 Jahre) wurde vor einigen Wochen so geschlagen, daß das Ohr gepflanzt ist. Der 12jährige Krolek ist zur Erde geworfen und geschlagen worden.

Die Vorgänge werden an Gerichtsstelle ihren Widerhall finden. Schuld an solchen Vorgängen ist nicht der einzelne Lehrer, nicht die augenblickliche Aufregung, nicht ein ungünstiger Zufall — sondern das preussische Schulsystem — und das in zweierlei Beziehung. Es ist schon so oft ausgesprochen worden, daß das heutige preussische Schulsystem von der polnischen Bevölkerung gerabezu gehaßt wird. Die preussische Schule verlegt in Bezug auf die polnischen Kinder den elementarsten pädagogischen Grundsatz. Die Ausbildung der Kinder in ihrer Muttersprache und die Unterrichtsverteilung der andren Jünger in der Muttersprache. Mit der zwangweisen, von der Bevölkerung ungewollten Einführung der deutschen Sprache für alle Unterrichtsgegenstände, der völligen Auserachtlassung — ja Belämpfung der Muttersprache — stellt sich die Schule in Gegensatz zu ihren bildnerischen und erzieherischen Aufgaben. Die Schule wird damit zum politischen Werkzeug der verhassten preussischen Germanisierungspolitik — und stellt sich damit weiter in Gegensatz zu den Eltern der Kinder und den Kindern selbst. Der Lehrer selbst soll sich als Vertreter des offiziell gedachten „Deutschthums“ fühlen, als Vertreter der politischen Absichten der Regierung. Damit wird der Gegensatz zwischen Schule, Lehrer einerseits — Eltern, Kindern andererseits ein klaffender. Und wenn man bedenkt, daß der Lehrer oft die Sprache der Kinder gar nicht versteht — daß die Kinder ebenso oft nicht verstehen, was der Lehrer ihnen in fremder Sprache erzählt — so kann man sich die preussisch-polnischen Zustände ausmalen, ohne erst an Willkür und Verblissenheit zu erinnern. Der einzig mögliche Ausweg ist: „Für polnische Kinder — polnische Schulen.“ Der zweite Punkt, der hier in Betracht kommt, ist das Prügelsystem. Wo geprügelt werden darf — da wird es niemals an Ueberschreitungen des Züchtigungsrechtes fehlen. Energischer denn je muß von allen freiheitlichen Elementen die Forderung erhoben werden: „Fort mit dem Prügelsystem aus der Schule.“

Die Politik der patriotischen „Schwedentränke“ nun gar gehört zu den allerwiderwärtigsten Erscheinungen des heutigen Schlems. Mit dem Stod die Kinder zu zwingen, ihr Preusenthum zu verherrlichen, ist moralische Folter brutalster Art. Nachdem die Regierung die Gewaltpolitik einmal gegen die Polen inszeniert hat, sollte es das einfachste sittliche Tagelohn unmöglich machen, die Kinder zu zwingen, die Kute zu lässeln, die sie züchtigt. Legt man denn wirklich so viel Wert auf eine mit dem Stod eingeblaute Gesinnung?

Charakteristisch ist es, daß mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zusammen das freisinnige „Berliner Tageblatt“ einen Abscheu bekundet — nicht über die Mißhandlungen, sondern über die Weigerung: „Ich bin ein Preuße“ zu singen.

Wenn nun irgend ein antisemitischer Lehrer die Sprohlinge der Abkommen des „Berliner Tageblatt“ mit dem Stod zwingen würde, ein Lied nach dem Herzen des Dreißigjährigen zu singen? Wir vermuten, das Mosk-Waß würde plötzlich vor Humanität und Toleranz und zarten Kindergemütern schwärmen. . .

Die Terrorisierung der Wahrheit, wie sie die „Germania“, das Centralorgan des Centrums, gewerdmäßig betreibt, setzt sie in der neuesten Nummer fort. Das auf die „Post“ herunter gekommene Blatt behauptete vor ein paar Tagen: Die deutsche Sozialdemokratie „lobpreise“ alle ausländischen Norddentente und deren Verber mit vollen Waden“ und reizte zu weiteren Thaten an.

Anstatt den Beweis auch nur für einen einzigen Fall zu führen — tatsächlich verurteilt die Sozialdemokratie ja alle Attentate und entschuldigend sie auch nicht, und allein die verzweifelte Rotwechale gegen die russischen Verbrecher, denen der Absolutismus die Vollmacht zu Schandthaten jeder Art giebt, finden bei der Sozialdemokratie wie bei jedem gesitteten Menschen überhaupt nicht zwar politische Zustimmung, aber doch jene moralische Würdigung, die ihnen gebührt — anstatt auch nur den Versuch zu machen, ihre Verleumdung zu beweisen, schreibt das stupide Blatt heute:

Der „Vorwärts“ hat einen Lobstuchtaufall erlitten. Unser Artikel „Freiheit und Fortwärts“ hat ihm das bisherige Verstand, mit welchem er sonst seine wahre Tendenz zu maskieren versteht, fast gänzlich gerahnt und das gelehrte Centralorgan des Proletariats hat unvorsichtigerweise seine wahre, seine plebische Natur entdeckt. Wir lassen uns selbstverständlich nicht auf all die unsäglichsten Redensarten ein, mit denen es uns in seiner Wut überschüttet, sondern konstatieren mit Verriedigung, daß unter Dieb gefessen hat. Wir haben als Unterlage für unren Angriß den Triumphartikel des „Vorwärts“ über die Ermordung Plehnes benutz, weil in diesem das Attentat ganz fast so verberichtet wurde, wie seiner Zeit die Ermordung Alexanders II. in der Moskischen

„Freiheit“. . . Die Ueberschrift des Artikels schon war eine strikte Anerkennung des Mordmordes, und so war es der ganze Artikel, nicht wie das schimpfende Blatt heute glauben zu machen verlißt, eine Erklärung desselben. Selbst auf eine Entschuldigung des Mörders, welche ja unter Umständen denkbar ist, konnte sich der „Vorwärts“ nicht beschränken, und so gab er in seiner Freude dem Triumphartikel die richtige Signatur: „Gerichtet!“ Diese vierfach fettgedruckte Ueberschrift hat und kann für sich schon keinen andren Zweck haben, als in weiten Volkskreisen die Meinung zu erwecken, daß der Mordmord ein Rechtsakt sei, eine That, zu der jeder Einzelne berechtigt sei, eine That der Volksgerechtigkeit, welche jedem Verbrecher oder Fanatiker die Befugnis gebe, im Namen des Volkes das Richtschwert zu führen. Gerichtet! Ueber die Bedeutung und Wirksamkeit dieses Wortes mit dem „Vorwärts“ sich auseinander setzen zu wollen, wäre lächerlich. Dieses ins Land hinaus geschleuderte Wort allein ist ein Attentat auf das Recht überhaupt und eine Anfeuerung zur Gewaltthat, und damit hat sich das sozialdemokratische Centralorgan selbst gerichtet.“

In der Gemeinheit und Dummheit dieser Auffassung gefeilt sich eine Unwissenheit über die eignen kirchlichen Auffassungen, die nur darin ihre Erklärung finden kann, daß in der „Germania“ diejenigen kirchlichen Agitatoren verbannt werden, die zu jeder sonstigen Thätigkeit im Reiche der alleinseligmachenden Kirche zu einkünftig und ungebildet sind.

Dem der „Terrorismus“ gehört nämlich zu den Lehren der katholischen Kirche. Wir reden nicht davon, daß gerade in den kirchlich verkommenen Gegenden die kanonisierten Gläubigen Andersdenkende, oft unter Anreizung durch die Geistlichen, unter Aufhebung des Rechts das „Richtschwert“ in Gestalt von Dreißigpfennig und ähnlichen Waffen schwingen. Wir wollen auch nicht auf die Ausschreitungen hinweisen, die in Frankreich die kirchliche Bevölkerung gegen die Staatsgewalt und das Recht beging, als die Kongregationen gesehmähig aufgehoben wurden. Denn diese blinden und rohen Gewaltakte stehen so tief unter der terroristischen gerechten Aufsehung gegen die russische Schreckensherrschaft der Willkür, daß es freudhaft wäre, sie auch nur im Zusammenhang mit den sich selbst opfernden russischen Empörern zu erwähnen.

Aber weiß die „Germania“ wirklich nicht, daß der „Tyrannenmord“ — wie er im Altertum sogar eine gewisse, rechtlich geschätzte Legitimität besaß — auch im Mittelalter und bis in die neue Zeit eine der Lehren der katholischen Kirche und ihrer Autoritäten war?

Weiß die „Germania“ nicht, daß dieses Recht der Notwehr gegen die Willkür, zumeist unter Berufung auf die zahlreich in der Bibel vorkommenden „Verherrlichungen“ terroristischer Thaten, bewiesen und ausgeübt wurde?

Oder ist die „Germania“ unter die Aepfer gegangen und erkennt nicht einmal mehr die höchste katholische Autorität, Thomas von Aquino an, der das Recht der Revolution wie des Tyrannenmordes“ ausdrücklich anerkannt hat, „von dem gewaltthätigen Ufurpator, gegen den es keine Berufung an ein höheres Gericht giebt“, spricht und rühmt, daß „der, welcher zur Befreiung des Vaterlandes den Tyrannen tötet, gelobt und belohnt“ wird.

Verleugnet die „Germania“ auch den großen Jesuiten Mariana, der da lehrte, wie Tyrannenmörder, die aus der Stimmung des Volkes heraus ihr Leben für die Freiheit des Vaterlandes eingesetzt hätten, noch stets ausgezeichnet wären bei unglücklichen Ausgängen durch Mitleid, bei glücklichen durch die höchsten Ehren? Darin offenkundig sich jene Stimme der Natur, die als allgemeine Anschauung tief in der Menschennatur eingepflanzt sei; darin äußere sich das Gesetz, das in unfer aller Ehren liegt, demzufolge wir ehrenhafte Handlungen von schimpflichen zu unterscheiden wissen.

Wir harren der Antwort, die die „Germania“ uns geben wird. Gerade dem Socialismus und seiner Weltanschauung ist der Heldentum der Einzelnen, wie ihn die russischen Terroristen übten, innerlich widersprechend. Diese Auffassung liegt der bürgerlichen und der kirchlichen Lehre viel näher als uns. Es ist das nur ein neuer Beweis für die sittliche Verwilderung der herrschenden Massen und Parteien in Deutschland, wenn sie es wiederum der Sozialdemokratie überlassen, in der moralischen Beurteilung den russischen Helden und Märtyrern gerecht zu werden, während sie selbst sich an blöden Schmäähungen und infamen Denunziationen ergöhen.

Ueber die Mangelhaftigkeit des südwestafrikanischen Nachrichtenbienstes sagt selbst die bürgerliche Presse. Die „Neue Vögländische Zeitung“ sagt:

„Von offiziöser Seite kam vor einiger Zeit die Mitteilung, daß das Auswärtige Amt dafür Sorge trage, daß allen Angehörigen von Feldzugssteinehemern Nachrichten über ihre gefallenen oder verwundeten Verwandten in Südafrika in entsprechender Form zugehen, ehe die Mitteilungen für die Presse weitergegeben werden. Leider hat sich dieses offiziöse Versprechen nicht erfüllt. Die klagenden Eltern des Lieutenant's Lepow (in Wianen i. Vögl.) hatten bis zum gestrigen Tage noch nicht die geringste offizielle Nachricht vom Tode ihres Sohnes erhalten, sondern erfuhren diese betäubende Nachricht erst durch die Presse.“

Diese Klage mag berechtigt sein; in viel schlimmeren Lage sind jedoch die Angehörigen der „Gemeinen“, die nicht einmal durch die Presse erfahren, wie es um ihre Angehörigen steht. Selbst die „Berliner Neueste Nachrichten“ können sich in dieser Beziehung — nachdem andre Blätter diese Frage aufgeworfen — nicht der Bemerkung enthalten:

„Noch immer fehlt auch die Liste der am Waterberg gefallenen Mannschaften. Nur mit Empörung kann man sich vergegenwärtigen, wie viel Elternherzen durch diese Rücksichtslosigkeit nun schon seit Tagen in Angst und Erregung gehalten werden.“

Das Scharfmacherblatt weiß nur zu gut, warum auch es einmal den Ton entrüsteten Tadelns anschlägt. Die bisher von Troika besetzte Berichterstattung ist im Stande, auch aus bisher loyalen Elementen unmöglich Anhänger des roten Umsturzes zu machen. Schreibt uns doch „ein Scamier, der auch einen Sohn draußen stehen hat“:

„Also die wenigen Offiziere — namentlich aufgefüßt, die Mannschaft nur als Zahl!

Welche Gefühlsverleugung liegt darin, die Anverwandten der Offiziere über deren Schicksal aufzuklären, die der Mannschaft ihren hängen Ahnungen zu überlassen. Wie unendlich viele Herzen klopfen in Angst um einen Lieben, der da draußen kämpft. Ist er unter den „10 Toten“, den „12 Mann“? Auch die erstbeste Gewißheit ist besser als qualender Zweifel! Ja, die oberen 10 000 haben es gut! Die geringe Prozentzahl, die davon dem Kriege angetroffen, sie wird genau registriert und jede Verwundung durch den Telegraph gemeldet. Aber dafür, dem Volke, dem Kern der ganzen Unternehmung, gleiche Veruhigung zu geben, — daran wird nicht gedacht. Was schert es auch den Felds, ob einer von ihnen geendet? Die haben natürlich keine Verwandtenliebe, kein Gefühl für den Jhren, der draußen steht. Unbekannt, verachtet, geachtet, wie sie leben, so sollen sie auch sterben. Und dabei ist es noch — nach Ansicht der Regierung! — wohl die Elite des „Volkes in Waffen“, die sich zu dem Unternehmen freiwillig gemeldet hat!

Nögen auch sie daraus lernen, wie sie von oben taxiert werden! Ob 10 Mann oder 10 Pferde werden — die gleiche Meldung — nur die Zahl spricht!

Und dabei, welche Verschwendung wird mit dem Telegraphen amtlich getrieben (— vergl. Reichstags-Verhandlung —), wenn es gilt, irgend welche nichtssagende Rede zu kolportieren!

Eine beunruhigte Schafferde. Aus Halle berichtet man uns unterm 18. August: Den Reford auf dem Gebiete der Auslegung des Unflugsparagraphen erreichte zweifellos der Antvorscher Baron v. Walow in Dieselau, der schon wiederholt durch seine amtlichen Handlungen die Welt in Staunen versetzt hat. Der Baunternnehmer Reinold von hier erhielt folgende Strafverfügung:

Sie haben am 7. d. Mts. vormittags gegen 10 Uhr dadurch großen Anlauf bewirkt, daß Sie durch Schreien, Pfeifen und andre Manipulationen absichtlich die in der Nähe des Canena-Bruderdorfer Kommunikationsweges weidende Schafherde beunruhigten.
Herr Reinde soll auf Grund des § 300¹¹ eine Geldstrafe von 15 M. bezahlen, oder 8 Tage Haft abmachen. Bisher hat man den Unfugparagrafen gewöhnlich nur bei Belästigungen oder Beunruhigungen des Publikums angewandt. Will man nunmehr die Schafe auf die Höhe des Publikums erheben? Das sollte man, um Verwechslungen vorzubeugen, auch im Bereiche des Herrn v. Bülow nicht thun. Die Sache wird das Gericht beschäftigen. —

Husland.

Schönerer kontra Habsburg.

Aus Wien wird uns vom 18. August geschrieben: Die Reise des Kaisers nach den zwei böhmischen Kurorten, die vornehmlich den Zweck hatte, dem König von England, der in Marienbad seinen leidlichen Aufenthalt zu verbringen sucht, den Besuch zu erwidern, hat eine Episode gezeitigt, die zur Verurteilung gewisser österreichischer Specialitäten nicht unwichtig ist. Es ist die Kriegserklärung Schönereers an Habsburg. Herr Schönerer, an dem nichts so edel ist als seine Abneigung gegen die österreichische Dynastie, ist Ehrenbürger der Stadt Eger, die bisher in dem Ruße stand, die strammste deutsch-nationale Gesinnung in Oesterreich zu besitzen. Die Stadt rühmt sich ihrer geschichtlichen Stellung als „freie deutsche Reichsstadt“ mit großer Selbstachtung und behauptet, gar nicht rechtsgültig zu Oesterreich zu gehören. Die Gemeindevertretung besteht aus lauter kerkerten Altschweitzern und ist Herrn Schönerer — er vertritt den dortigen Landgemeinbezirk — auch treu geblieben, als nach dem Zerwürfniß mit Wolf das große Schisma zwischen den Anhängern des alten Schönerer und des jungen Wolf eintrat. Es erregte also überall das größte Erschauern, als man vernahm, der Egerer Stadtrat habe beschlossen, in der Hofburg die Bitte einzubringen, der Kaiser möge bei seiner Reise nach Böhmen auch Eger besuchen und, wenn dies nicht gehe, wenigstens eine Abordnung der Stadt in Karlsbad empfangen. Herr Schönerer stellte vor dem Beschluß ein Ultimatum: Entweder werde die Lokalitätsbindung unterlassen oder er lege seine Auszeichnung als Ehrenbürger zurück. Herr Schönerer irrte sich: Die Konkurrenz mit Habsburg hielt sein verblühender Ruhm nicht aus und gestern wurde in Karlsbad der Egerer Bürgermeister mit zwei Stadträten „huldvoll“ empfangen. Herr Schönerer hat nun auf seine Ehrenbürgerlichkeit wirklich verzichtet und er begründet den Verzicht mit einem Schreiben, das in dieser schrecklichen Geburtsstunde ganz angenehm zu lesen ist. Er schreibt den plötzlich loyal gewordenen geehrten Vertretung der Stadtgemeinde Eger! Als mir der Gemeinde-Ausschuß der freien deutschen Reichsstadt Eger am 13. Februar 1899 „in dankbarer Anerkennung meiner großen Verdienste um das deutsche Volk in Oesterreich“ das Ehrenbürgerrecht zuerkannt, hat mich die Ehrung mit stolzer Genugthuung erfüllt. Die mir übermittelte Ehrenurkunde war mit den an den Deutschen Volkstag vom 11. Juli 1897 erinnernden Worten: „Wir harren aus!“ und mit den Unterschriften des Herrn Bürgermeisters und der Herren Stadträte versehen. Nun aber hat der Stadtrat von Eger den Beschluß gefaßt, Sie Majestät den Kaiser von Oesterreich — den selben Monarchen also, der bekanntlich das Ministerium Wadeni mit den berühmten Sprachenverordnungen wiederholt seines vollsten Vertrauens versichert und nach wie vor die Slavifizierung der deutschen Gebiete veranlaßt — zum Besuche der Stadt Eger einzuladen. Da diese Einladung offenbar im Gegensatz zu dem altschweitzer Grundprogramm steht, welches bestimmt, daß die Altschweitzer an Lokalitätsbindungen nicht teilnehmen können, so steht fest, daß die geehrte Gemeindevertretung von Eger vom altschweitzer Wege abgewichen ist, wodurch ich mich gezwungen sehe, um nicht als stillschweigender Mitschuldiger zu erscheinen, auf mein Recht als Ehrenbürger zu verzichten, was hiermit geschieht.

Herr Schönerer versteht, wie man sieht, „die Welt nicht mehr“. Er hat vor vielen Jahren, als der gütige Kaiser das Ministerium Wadeni auf die Deutschen losließ, die flammenden Reden gehört, die „wie Äugeln an die Fenster der Hofburg klirren sollten“ und bezeugt es nicht, daß dieselben Leute, die sich vor nicht so langer Zeit gebärdet haben, als hätten sie mit Habsburg abgeschlossen, nun in Wonne zergehen, da ihnen der Kaiser die unermeßliche Ehre erweist, drei Stunden in den Mauern ihrer Stadt aufzuweisen zu sein, um einem Duzend „Auserwählter“ zu versichern, daß „es ihn freue“ und so weiter — wie eben der Regt solcher „Ansprachen“ lautet. Aber dieser österreichische „Patriotismus“ war ja immer eine sehr fragwürdige Sache. Weil die Liebe zu dem Staat, der Titel aus dem Staat in Oesterreich nie heimlich werden konnten, tröstet man sich damit, daß man den Kaiser „liebt“. Aber von dieser „Liebe“ kann der Staat nicht leben und, wie Figura zeigt, er lebt und dem Scepter des geliebten, verehrten und bewunderten Monarchen elender je. —

Amerika.

Eine amerikanische Flottenstation bei Panama. Dem „Standard“ wird aus New York gemeldet: Die Vereinigten Staaten werden bei Panama die größte bedeutendste Flottenstation der westlichen Hemisphäre anlegen. Amerika besitzt bereits die vier bewohnten Inseln in der Pazifik. Wenn die dort zu errichtenden Docks nicht von Kriegsschiffen benutzt werden, stehen sie zu mäßigen Preisen auch anderen Schiffen zur Verfügung. —
Der Kassenkrieg in Statesborough nimmt seinen entschiedenen Fortgang. Man Lynchte, wie aus New York gemeldet wird, weitere fünf Reges, deren Verschuldung an einem früheren Raubmorde äußerst zweifelhaft ist. In seinem eignen Hause wurde ein hain-solter Schwarzer, Namens Robinson, nebst seinem siebzehnjährigen Sohne überfallen und von Kugeln durchlöchert. Schmahvoll ist das Verhalten der Miliz, deren ungeladene Gelächre der Pöbel wegnahm. Wenige verurtheilten mit ihren Vajonetten eine Verteidigung. Der Gouverneur des Staates Georgia befindet sich auf einer Vergnügungsreise und thut den himmelschreienden Umständen, die selbst die südlichen Zeitungen als Schmach der ganzen amerikanischen Nation bezeichnen, keinen Einhalt. Die Regesbevölkerung flüchtet. —

Stringen-Norwegen schießt sich aus den gleichen Voraussetzungen Dranting an.
Kosa Luxemburg: Kein einziger Redner hat Jaurès' Haltung verteidigt. Was hat man diese zwei Tage anders gemacht als Jaurès beurteilt, obwohl man ihn angeblich nicht beurteilen wollte. Das ist die historische Bedeutung dieser drei Tage. Jaurès warnt vor Aufstellung allgemeiner Regeln, die doch nicht innegehalten werden können. Seit wann ist Jaurès so gewissenhaft? Wiederholt hat er und seine Freunde Kongreßbeschlüsse übertreten. Was können wir anders thun, als Regeln für die praktische Taktik aufzustellen. Unterlassen wir das, welche Bedeutung haben dann noch Kongresse, unsere internationale Solidarität? Jaurès macht aus dem Klassenkampf, aus der internationalen Solidarität eine Phrase. Renaudel ist nur der Angelfänger Jaurès'. Wenn ein sozialistischer Minister in einer bürgerlichen Regierung seine Grundsätze nicht durchzuführen kann, so ist es eine Sache der Ehre abzutreten; wenn ein Revolutionär in einer gemäßigten Partei seine Grundsätze verleugnen muß, so gebietet seine Ehre ihm zu gehen. Sie wollen die Renaudel'sche Einheit nicht; die Zerissenheit ist bedauerlich, aber sie ist da. Und nichts ist revolutionärer, als zu erkennen und auszusprechen, was ist. Vollkommene Resolutionen sind noch nie gemacht. Die Dresdener Resolution ist nicht bloß ein Stück Papier, sondern eine historische Thatfache, ein Symbol.
Jaurès: Die Konsequenz dieser Worte ist nicht nur der völlige Bruch in Frankreich, sondern auch das Hinübergleiten des Streties in andre Länder. Man sage, es gehe nicht gegen die Personen, nein, man will nicht die Köpfe abschneiden, nur die Ideen in den Köpfen! Kautsky ist ministerieller als ich. Im Fall der Gefahr darf nach ihm ein Sozialist in eine Bourgeois-Regierung eintreten. Ist der Nationalismus eine kleinere Gefahr als 1870? Die politische Freiheit, die Deut- und Medefreiheit, die Vereinsfreiheit ist in Gefahr — gilt das weniger als 1870? Wenn so viel von Frankreich geredet wurde, so nicht deshalb, weil dort allein diese Krisis existiert; die politischen Zustände, die republikanischen Einrichtungen haben nur diese Teilnahme näher gerückt. Die Pariser Resolution Kautsky's ist vorsichtiger, sie überläßt es jeder Nation, zu beurteilen, wie sie handeln müsse. Der Socialismus vertieft sich immer mehr und befaßt sich immer mehr mit den Specialzuständen jedes Landes und erhält dadurch einen nationalen Stempel; dadurch wird es zwar nicht unmöglich, aber schwieriger, zu beurteilen, inwiefern eine allgemeine Regel auf die besonderen Zustände zutrifft. Wenn Kautsky und Bebel als Gesetzgeber und Philosophen auftreten wollen, so müssen sie die französischen Zustände in ihrer Gesamtheit beurteilen. Seit sechs Jahren haben wir Großes und Fruchtbares geschaffen. Wir haben die Republik gerettet. (Geschlechter der Guedditen.) Er erinnert an die Staatsrechtsgelasse der Nationalisten. Mit Hilfe des Proletariats haben wir das verhindert. Das Vereinsrecht und die Arbeitsgesetzgebung haben wir entwickelt. Die Gefahr in Frankreich ist der Militarismus und der Jaktarismus; sie hatten sich bereit, um Frankreich zu frechten. Das ist nun vorbei. Ich bin kein politischer Formalist; auch in der demokratischen Republik muß das Proletariat dauernd seinen Einfluß üben, um die sociale Gesetzgebung auszubauen. In Deutschland, Belgien, Italien, Holland, auch da benutzen die Arbeiter die ihnen gelassene Freiheit nicht in erster Linie und unmittelbar gegen die Monarchie, die französische Republik ist ein Werk der Demokratie, um deren Existenz seit 1791 gekämpft wird. Geht sie zu Grunde, so leidet darunter die Demokratie in ganz Europa. Darum war es gefährlich, die Republik in Gegensatz zum sozialen Königstum zu bringen. Solch' Spielen kann nicht gut ablaufen! Jedes Land hat seine republikanischen Strömungen, seid also vorsichtig, daß nicht die Vortheile, die das Proletariat von der Demokratie ziehen kann, verloren gehen durch allzu scharfe Klassenpolitik! Wir haben die Gewissensfreiheit, die Vertretung des Unterrichts erreicht. Unser Kampf gegen die Pfaffen kann nicht mit Vidmar's „Kulturkampf“ verglichen werden. (Beifall.) Das gebe ich zu! Man hat den Vankrott dieser Politik prophezeit. Kosa Luxemburg in der „Neuen Zeit“ — die Thatfachen haben sie Lügen gestraft —, dem Kampf gegen die Orden ist die Verjagung der Pfaffen aus der Schule gefolgt. 1871 waren Blanqui und Gambetta darüber einig, daß dies die erste Aufgabe der Demokratie sei. Combes macht aus der Trennung von Kirche und Schule, aus der Kündigung des Konfords eine Kabinettsfrage. Und nun begegnet man uns mit Zweifel, Tadel und Ablehnung! Überall ist diese Frage aktuell, überall beugen sich die Regierungen vor dem Militarismus, nur in Frankreich zwang das Proletariat die Regierung zum Kampf. Und dieses sozialistische Proletariat wolle ihr Tadel und verurteilen! (Beifall.) Wir sollen hypnotisiert sein von diesem Kampf und die Socialgesetzgebung vergessen haben?

Internationaler Kongreß in Amsterdam.

Aus der Taktik-Kommission.
Amsterdam, 17. August. (Fig. Ber.)
Mittwoch-Nachmittag-Sitzung.
Dranting (Schweden): Im großen und ganzen kann ich mich Kundsen anschließen. Wir Schweden, die wir selber unter Annahmestützen leben, ohne Wahlrecht, wissen wie schwierig es ist, eine richtige Taktik nicht bloß aufzustellen, sondern auch zu befolgen. Das beste für uns wäre, ohne Bündnisse auszukommen, wir aber mußten die Radikalen wiederholt unterstützen, um das konserverne Regiment nicht zu befechtigen, immer haben wir unsere principielle Stellung gewahrt. Wir können nicht für den französischen Antrag stimmen; wir Schweden machen uns kein besseres Urtheil an als die französischen Genossen, die dem „Bloc“ angehören, von denen wir aber wissen, daß sie es mit dem Socialismus gut meinen. Am liebsten würden wir für den Schweizer Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung stimmen; da nun die Resolution Adler-Wanderwilde den positiven Inhalt der Dresdener Resolution wiedergibt, ohne die verurteilende Tendenz, besonders gegen einen Genossen, der auch nach schwebischer Auffassung viel für die Sache des Socialismus gethan hat, stimmen wir für diese.

Stringen-Norwegen schießt sich aus den gleichen Voraussetzungen Dranting an.

Kosa Luxemburg: Kein einziger Redner hat Jaurès' Haltung verteidigt. Was hat man diese zwei Tage anders gemacht als Jaurès beurteilt, obwohl man ihn angeblich nicht beurteilen wollte. Das ist die historische Bedeutung dieser drei Tage. Jaurès warnt vor Aufstellung allgemeiner Regeln, die doch nicht innegehalten werden können. Seit wann ist Jaurès so gewissenhaft? Wiederholt hat er und seine Freunde Kongreßbeschlüsse übertreten. Was können wir anders thun, als Regeln für die praktische Taktik aufzustellen. Unterlassen wir das, welche Bedeutung haben dann noch Kongresse, unsere internationale Solidarität? Jaurès macht aus dem Klassenkampf, aus der internationalen Solidarität eine Phrase. Renaudel ist nur der Angelfänger Jaurès'. Wenn ein sozialistischer Minister in einer bürgerlichen Regierung seine Grundsätze nicht durchzuführen kann, so ist es eine Sache der Ehre abzutreten; wenn ein Revolutionär in einer gemäßigten Partei seine Grundsätze verleugnen muß, so gebietet seine Ehre ihm zu gehen. Sie wollen die Renaudel'sche Einheit nicht; die Zerissenheit ist bedauerlich, aber sie ist da. Und nichts ist revolutionärer, als zu erkennen und auszusprechen, was ist. Vollkommene Resolutionen sind noch nie gemacht. Die Dresdener Resolution ist nicht bloß ein Stück Papier, sondern eine historische Thatfache, ein Symbol.
Jaurès: Die Konsequenz dieser Worte ist nicht nur der völlige Bruch in Frankreich, sondern auch das Hinübergleiten des Streties in andre Länder. Man sage, es gehe nicht gegen die Personen, nein, man will nicht die Köpfe abschneiden, nur die Ideen in den Köpfen! Kautsky ist ministerieller als ich. Im Fall der Gefahr darf nach ihm ein Sozialist in eine Bourgeois-Regierung eintreten. Ist der Nationalismus eine kleinere Gefahr als 1870? Die politische Freiheit, die Deut- und Medefreiheit, die Vereinsfreiheit ist in Gefahr — gilt das weniger als 1870? Wenn so viel von Frankreich geredet wurde, so nicht deshalb, weil dort allein diese Krisis existiert; die politischen Zustände, die republikanischen Einrichtungen haben nur diese Teilnahme näher gerückt. Die Pariser Resolution Kautsky's ist vorsichtiger, sie überläßt es jeder Nation, zu beurteilen, wie sie handeln müsse. Der Socialismus vertieft sich immer mehr und befaßt sich immer mehr mit den Specialzuständen jedes Landes und erhält dadurch einen nationalen Stempel; dadurch wird es zwar nicht unmöglich, aber schwieriger, zu beurteilen, inwiefern eine allgemeine Regel auf die besonderen Zustände zutrifft. Wenn Kautsky und Bebel als Gesetzgeber und Philosophen auftreten wollen, so müssen sie die französischen Zustände in ihrer Gesamtheit beurteilen. Seit sechs Jahren haben wir Großes und Fruchtbares geschaffen. Wir haben die Republik gerettet. (Geschlechter der Guedditen.) Er erinnert an die Staatsrechtsgelasse der Nationalisten. Mit Hilfe des Proletariats haben wir das verhindert. Das Vereinsrecht und die Arbeitsgesetzgebung haben wir entwickelt. Die Gefahr in Frankreich ist der Militarismus und der Jaktarismus; sie hatten sich bereit, um Frankreich zu frechten. Das ist nun vorbei. Ich bin kein politischer Formalist; auch in der demokratischen Republik muß das Proletariat dauernd seinen Einfluß üben, um die sociale Gesetzgebung auszubauen. In Deutschland, Belgien, Italien, Holland, auch da benutzen die Arbeiter die ihnen gelassene Freiheit nicht in erster Linie und unmittelbar gegen die Monarchie, die französische Republik ist ein Werk der Demokratie, um deren Existenz seit 1791 gekämpft wird. Geht sie zu Grunde, so leidet darunter die Demokratie in ganz Europa. Darum war es gefährlich, die Republik in Gegensatz zum sozialen Königstum zu bringen. Solch' Spielen kann nicht gut ablaufen! Jedes Land hat seine republikanischen Strömungen, seid also vorsichtig, daß nicht die Vortheile, die das Proletariat von der Demokratie ziehen kann, verloren gehen durch allzu scharfe Klassenpolitik! Wir haben die Gewissensfreiheit, die Vertretung des Unterrichts erreicht. Unser Kampf gegen die Pfaffen kann nicht mit Vidmar's „Kulturkampf“ verglichen werden. (Beifall.) Das gebe ich zu! Man hat den Vankrott dieser Politik prophezeit. Kosa Luxemburg in der „Neuen Zeit“ — die Thatfachen haben sie Lügen gestraft —, dem Kampf gegen die Orden ist die Verjagung der Pfaffen aus der Schule gefolgt. 1871 waren Blanqui und Gambetta darüber einig, daß dies die erste Aufgabe der Demokratie sei. Combes macht aus der Trennung von Kirche und Schule, aus der Kündigung des Konfords eine Kabinettsfrage. Und nun begegnet man uns mit Zweifel, Tadel und Ablehnung! Überall ist diese Frage aktuell, überall beugen sich die Regierungen vor dem Militarismus, nur in Frankreich zwang das Proletariat die Regierung zum Kampf. Und dieses sozialistische Proletariat wolle ihr Tadel und verurteilen! (Beifall.) Wir sollen hypnotisiert sein von diesem Kampf und die Socialgesetzgebung vergessen haben?

In den 30 Jahren der Republik ist keine Periode so reich gewesen an Gesetzen für die Arbeiterorganisation und den Arbeiterschutz als die letzten fünf Jahre, das ist kein Zufall! Frauen- und Kinderschutzgesetz brachten auch den Männern den Zehnstunden-tag; wir haben den Achtstundentag für die Vergarbeiter, die Aufhebung der privaten Arbeitsnachweise-Bureau; in Aussicht stehen Gesetze, welche die letzten Demunisse der Gewerkschaftsorganisation beseitigen, die Altersversicherung mit Beiträgen von Staat und Unternehmern. Unser Marineminister gab gegen den Widerstand der Ingenieure und Offiziere den Achtstundentag. Und bei dem Matrosen- und Landarbeiterstreik haben die Unternehmer die Regierung interpelliert wegen ihrer „schwachen Haltung“. — Das zeigt doch, daß die Sitten sich geändert haben. Er verweist auf die Arbeit, die sie gegen den Krieg für die Sicherung des Weltfriedens gethan, gegen den Aberglauben — unter Einsetzung ihrer Popularität. (Beifall.) Die Annäherung Italiens an Frankreich und an England hat die russische Gefahr beseitigt. Wanderwilde will die liberale Regierung unterstützen, die den Militarismus bekämpft, das allgemeine Wahlrecht und Schulpflicht giebt. Ist unser Programm ärmer? Bailant hat, um das Kabinett Bourgeois nicht zu stürzen, sogar beim Anarchisten-gesetz sich der Abstimmung enthalten. Haben wir große Städte-verwaltungen und Wahlkreise verloren? (Guedde verlangt das Wort.) Niemals haben wir den Klassenkampf verleugnet, aber mit unserer Taktik haben wir den Nationalismus überwinden und 48 Mandate für die Sache des Proletariats erobert! Ist das Verrat am Klassenkampf und Korruption? (Beifall.)
Guedde wendet sich heftig gegen Jaurès, gegen den er in der ganzen Debatte kein Wort gesagt. Seine Kandidaten waren offizielle Regierungskandidaten. (Pressensie ruff: Ich bin in Lyon gegen den Regierungsveteren gewählt!) Unsere Verluste danken wir nicht der Bourgeoisie, sondern den Jaurèsisten und ihrer Verwämmlung des Klassenkampfes. Jaurès hat die „Republik gerettet“. Aber die Republik ist doch nur die vollendetste, entwickelteste Form der Bourgeois-regierung! Aufgabe der Socialdemokratie sei aber die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse. Dafür habe der „Bloc“ nichts gethan. (Beifall.)

Donnerstagsvormittags-Sitzung.
Zur Abstimmung stehen nach Zusammenziehung aller Resolutionen nur noch Antrag Wanderwilde und die Dresdener Resolution, zu denen beiden das Amendement Rae Donald vorliegt, daß die englische Delegation sich nicht zur Aburteilung berufen fühle, und sie es deshalb auch ablehne, daß der Kongreß Streitigkeiten entscheide, die bei Verurtheilten entstehen, die Grundsätze der Dresdener Resolution in die Praxis umzusetzen.
Allen Abstimmungen geht voraus der Schweizer Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung; er wird abgelehnt.
Der Antrag Adler-Wanderwilde wird gleichfalls abgelehnt. Die Abstimmung nach Nationalitäten ergibt: Für die Resolution stimmen: Argentinien, Oesterreich, Belgien, Dänemark, Frankreich (1 Stimme), Schweden, Schweiz (1 Stimme), insgesamt also, da jede Nation 2 Stimmen hat, 16 Stimmen. Dagegen stimmen: England, Deutschland, Dänemark, Bulgarien, Spanien, Frankreich (1 Stimme), Ungarn, Italien, Japan, Norwegen (1 Stimme), Polen (1 Stimme), Russland, Schweiz (1 Stimme), Der Staaten von Nordamerika, zusammen also 24 Stimmen.

Für die Dresdener Resolution stimmten sämtliche Nationen mit Ausnahme von Argentinien und Frankreich (Jaurès). Der Abstimmung enthalten haben sich Belgien, Dänemark, Norwegen, Polen (1 Stimme), Schweden, Schweiz (1 Stimme). Bei 10 Enthaltungen wurde sie also mit 27 gegen 3 Stimmen angenommen.
Die Resolution hat folgenden Wortlaut:
Der Kongreß verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte, siegeströnte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht, durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.
Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß an Stelle von Parteien, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die socialistische Gesellschaftsordnung hinarbeiten, also im besten Sinne des Wortes revolutionär sind, Parteien treten, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügen.
Daher ist der Kongreß im Gegensatz zu den in den Parteien vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Ueberzeugung, daß die Klassengegenstände sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:
1. daß die Parteien die Verantwortlichkeit ablehnen für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände, und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigern, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten;
2. daß die Socialdemokratie, gemäß der Resolution Kautsky des internationalen Socialisten-Kongresses zu Paris im Jahre 1900, einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.
Der Kongreß verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegenstände zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.
Der Kongreß erwartet, daß die socialdemokratischen Fraktionen die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder, wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt haben, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Socialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzen, die Interessen der Arbeiterklasse zu erweitern und Sicherung der politischen Freiheit und der gleichen Rechte für alle auf kraftvollste und nachdrücklichste wahrzunehmen und den Kampf wider Militarismus und Marinismus, wider Kolonial- und Weltmarktpolitik, wider Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt noch energischer zu führen, als es bisher möglich gewesen ist, und für den Ausbau der Socialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken.

Von Bebel, Kautsky, Adler, Ferri, Wanderwilde liegt jetzt eine Resolution vor, worin der Kongreß die Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der socialistischen Bewegung betont, wie es nur ein Proletariat gebe, so dürfe es in jedem Lande auch nur eine socialistische Partei geben; und für die Bemühungen, solche Einheitlichkeit und Einheit zu schaffen, bieten die Parteien der einzelnen Länder und das Internationale Sekretariat ihre guten Dienste an.
Diese Resolution wird widerspruchlos votiert; England, Bulgarien geben Erklärungen bezüglich ihrer Länder ab, Bailant erklärt seine Bereitwilligkeit zur Einheit, wenn sie auf Grund dieser Beschlüsse sich ermöglichen lasse; Jaurès betont, von jeher für die Einheit der verschiedenen socialistischen Fraktionen gewirkt zu haben und dies auch ferner zu thun unter Aufrechterhaltung der vom französischen Proletariat nach Maßgabe seiner politischen, historischen und ökonomischen Verhältnisse eingeschlagenen Taktik.
Bebel schlägt vor, um einer Wiederholung der hier geführten Debatte im Plenum des Kongresses vorzubeugen, soll ein Referent ernannt werden, der sowohl die Meinung der Majorität wie die der Minorität in völlig objektiver Weise vortragen soll. Dafür schlägt er Wanderwilde vor. Dann könne unter Umständen die ganze Debatte vermieden werden.
Jaurès wendet sich dagegen insofern, als Wanderwilde, der durch seine Resolution den Versöhnungsgedanken praktisch bekräftigt habe, hier unterlegen sei; er könne daher nicht als Mehrheitsberichterstatler fungieren; bezüglich der Diskussion im Plenum müsse er sich alle Rechte der Minorität in unbefränktester Weise wahren.
Wanderwilde wird als Berichterstatler ernannt; eine Beschränkung der Diskussion ist, wie Bebel u. a. erklären, nicht beabsichtigt worden; sie kann nur soweit stattfinden, als die Delegierten selber sie sich auferlegen.
Schluß der Sitzung 12¹/₂ Uhr.
(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Amsterdam, 19. August. Die Berichte der bürgerlichen Blätter über die Taktik-Kommission, deren Verhandlungen vertraulich waren und zu denen kein bürgerlicher Berichterstatler zugelassen war, sind durchaus sensationell zugestuft und beruhen nur auf Hörensagen und freier Kombination. So ist auch der blühende sachliche Ansinn einiger Berichte erklärbar.
Die Kommissionsverhandlungen haben einen geradezu glänzenden Verlauf genommen; noch nie ist auf internationalen Kongressen so ruhig und sachlich diskutiert worden. Während der ganzen Debatten gab es keine turbulente Scene. Der Zwischenruf Jaurès gegen Bebel: „Es lebe Wilhelm!“ ist frei erfunden. Auch der Zusammenstoß von Guedde und Jaurès war lebendig, aber nicht tumultuös.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.
Ueber die Schlacht mit den Wladivostok-Kreuzern
liegt heute ein russisch-offizieller Bericht vor, der bestätigt, daß das Wladivostok-Geschwader durch Kaminura eine geradezu vernichtende Niederlage erlitten hat. Der Bericht lautet:
Petersburg, 19. August. Wie der Statthalter Alexejew dem Kaiser vom 17. August auf Grund eines Berichtes des Chefs der Kreuzer-Abteilung meldet, der am 16. d. M. mit den Kreuzern „Kossija“ und „Gromoboi“ nach Wladivostok zurückgekehrt ist, schickte der Chef der Kreuzer-Abteilung am 14. August um 4¹/₂ Uhr morgens 42 Meilen vom Julian und 38 Meilen von der Insel Tsushima ein japanisches Panzerkreuzer-Geschwader. Die russische Kreuzer-Abteilung bestand aus den Kreuzern „Kossija“, „Gromoboi“ und „Murik“. Das japanische Geschwader bestand aus vier Schiffen vom Typ „Iwate“. Der Feind nötigte den russischen Admiral einen Kampf anzunehmen, der um 5 Uhr früh begann. Ein Kreuzer zweiter Klasse vom Typ „Kaniba“ kam von Süden und schloß sich dem feindlichen Geschwader an. Die Russen machten den Versuch nach Norden zu entkommen; sie steigerten ihre Fahrt bis auf 17 Knoten, und ihr Blutvergiß schien bereits zu gelingen, als plötzlich der Kreuzer „Murik“ signalisierte: Steuer wirkt nicht. Der Chef der Kreuzerabteilung erwiderte: Sucht mit den Maschinen zurecht zu kommen und fuhr weiter, ohne auf dieses Signal eine Antwort zu erhalten. Er sah, daß alle japanischen Kreuzer ihr Feuer auf den „Murik“ vereinigten, und bezweckte durch sein Manövrieren nun, dem „Murik“ zu ermöglichen, seine Beschädigung auszubessern und das Feuer des Feindes auf sich zu lenken. Gleichzeitig näherten sich noch zwei Kreuzer zweiter und dritter Klasse. Der „Murik“ signalisierte: Ich kann nicht zurechtkommen. Der Admiral gab ihm darauf durch sein Manövrieren die Möglichkeit, nach der koreanischen Küste hin sich zu entfernen, und signalisierte um 8 Uhr: Nach Wladivostok laufen. Der „Murik“ wiederholte dieses Signal, schlug den entsprechenden Kurs ein und fuhr dabei rasch. Die Kreuzer „Kossija“ und „Gromoboi“ nahmen Kurs nach Nordwesten und wechselten die ganze Zeit über mit dem Feinde Schüsse, der 32 bis 42 Kugel-

längen von ihnen entfernt gleichen Kurs mit ihnen hielt. Der Kampf dauerte zwei volle Stunden. Die russischen Schiffe wurden schwer beschädigt; auf dem Kreuzer „Kossija“ wurden drei Schornsteine durchgeschossen und die Kessel beschädigt. Der „Mjuri“ war anfangs drei bis vier Meilen zurückgeblieben, um 8 1/2 Uhr begann er weit zurückzubleiben. Zwei Kreuzer zweiter Klasse eröffneten das Feuer auf ihn. Hierauf wurde er aus den Augen verloren. Da Admiral Kamimura aber mit vier Panzerkreuzern die beiden andern russischen Schiffe ununterbrochen verfolgte und sich somit vom „Mjuri“ entfernte, so setzte der russische Admiral den Kampf fort, indem er den Feind wieder nordwärts lockte in der Hoffnung, daß der „Mjuri“ seinen verhältnismäßig schwachen Gegnern standhalten und nach Ausbesserung seines beschädigten Steuers allein nach Wladivostok gelangen werde. Kurz vor 10 Uhr eröffnete der Feind, nachdem er sich auf 42 Kabellängen entfernte, ein überaus heftiges Feuer, das den Eindruck machte, er werde hierauf zum Angriff vorgehen. Wiber alles Erwarten wendete die ganze Abtheilung um 10 Uhr aber nach rechts und stellte nach fünfständigem heißen Kampfe das Feuer ein. Die Verluste und die Beschädigungen wurden sofort festgestellt. Die „Kossija“ hatte 11 und der „Gromoboi“ 6 Leute erhalten. Beide Kreuzer hatten mehr als die Hälfte ihrer Offiziere und ein Viertel ihrer Mannschaft verloren. Unter diesen Umständen war es ganz unmöglich, den Kampf wieder aufzunehmen und dahin, wo der „Mjuri“ sich zuletzt befunden hatte, zurückzulehren, der mindestens 90 Meilen südwärts entfernt war. Man mußte das stille Wetter benutzen, die Maschinen stoppen, die größten Lecke ausbessern und nach Wladivostok gehen. Auf dem Kreuzer „Kossija“ sind der Kapitän getötet und 6 Offiziere verwundet. Auf dem „Gromoboi“ sind vier Offiziere getötet, der Kapitän schwer und drei Offiziere leicht verwundet. Auf beiden Kreuzern sind 135 Mann getötet und 307 Mann verwundet worden.

Danach kann von einem Wladivostok-Geschwader künftig keine Rede mehr sein! Die Verluste der Russen in der Seeschlacht betragen mit dem Verlust des „Mjuri“ insgesamt ca. 200 Tote, 480 Verwundete und ca. 420 unverwundete Gefangene, insgesamt 1100 Mann! Wozu noch die Versenkung des einen und die Aktionsunfähigkeit der beiden andern russischen Kreuzer kommt! Der Verlust der Japaner in der Seeschlacht wird in einer Meldung aus Tokio auf 2 Offiziere und 42 Mann an Toten und 7 Offiziere und 58 Mann an Verwundeten angegeben. Der Sieg Kamimuras war nicht nur ein glänzender, sondern auch mit verhältnismäßig geringen Opfern erkauft. Ueber die

Seeschlacht vor Port Arthur

liegt ebenfalls eine ausführliche russische Nachricht in Gestalt des Berichts des Konteradmirals Reichenstein vor, der mit dem Kreuzer „Astold“ nach Shanghai geschifft ist.

Dieser Bericht enthält aber nichts Neues, außer etwa, daß er die von japanischer Seite gemeldete Versenkung der „Pallada“ gewissermaßen bestätigt und von der von russischer Seite verbreiteten Legende der Versenkung eines japanischen Kreuzers nichts zu berichten weiß, trotzdem Reichenstein am Kampf bis zum Einbruch der Dunkelheit teilnahm. Interessanter ist dagegen das Schlachtenbild, das der in Sasebo verwundet daniederliegende Befehlshaber des japanischen Kriegsschiffes „Mikasa“, Kapitän Dgura, giebt.

Er erzählt, daß Rundschaffer schon um halb 7 Uhr früh an jenem Tage durch drahtlose Telegraphie Nachricht von der Ausfahrt des russischen Geschwaders aus Port Arthur gegeben hätten. Die japanischen Schiffe machten sich aktionsbereit und das ganze Geschwader empfing die Nachricht mit lautem Jubel. Die Flotte fuhr in Schlachtlinie auf und beobachtete die Taktik, den Feind ins offene Meer zu locken. Um die Mittagsstunde, als die Geschwader sich etwa dreißig Meilen vom Lande entfernt befanden, kam von japanischer Flaggenschiff das Signal: „Mar zum Gesecht“, was von allen Bemerkungen mit jubelnden Bangai-Rufen begrüßt wurde. Die russische Flotte bestand aus dem „Retwisan“ nebst fünf Schlachtschiffen, vier Kreuzern, acht Torpedobootzerstörern und einem Spitalschiff, die alle in einer einzigen langen Linie aufgeföhren waren. Die Japaner eröffneten das Feuer, das vom Feinde sofort beantwortet wurde. Die Geschosse flogen hageldicht und das Meer lockte förmlich von der Gewalt der aufplappenden Bomben. Die Japaner hatten bald die richtige Schußweite gefunden und fast jeder Schuß traf sein Ziel, während die feindlichen Geschosse daneben flogen. Nach zwei Stunden erbitterten Kampfes trennten sich die feindlichen Reihen, um jedoch gegen halb 5 Uhr das Gesecht aufs neue aufzunehmen. Diesmal eröffneten die Russen das Feuer. Admiral Togo blieb die ganze Zeit auf der Kommando-Brücke der „Mikasa“. Um halb 8 Uhr schlug ein russisches Geschoss in die „Mikasa“, ein, tötete den Schiffszugführer Fujischa und verwundete einen ganzen Knäuel von Seeleuten und Offizieren, einschließlich des Kommandeurs Dgura. Inmitten des heftigsten Feuers schlug ein japanisches Geschoss des „Mikasa“ in den „Casarewitsch“, der dadurch tödtlich mitgenommen wurde. Durch diesen Schuß wurde auch Admiral Wittgehöft getötet. Und damit war der Mut des Gegners gebrochen: die Linie zerfiel und jedes Fahrzeug suchte sich zu retten. Am hartnäckigsten kämpfte der „Retwisan“ — die Leute schossen, bis keine Bedienungsmannschaften an den Geschützen mehr vorhanden waren.

Die russischen Schiffe in Shanghai.

Shanghai, 19. August. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Der japanische Konsul benachrichtigte den Laotai, daß die japanische Flotte die russischen Schiffe wegnehmen werde, falls nicht deren Ausweisung oder Entwasserung erfolge. Der Zollinspektor erklärte, beide Schiffe seien feindlich. Die Reparatur des „Grosoboi“ beanspruche zehn Tage, die des „Astold“ unbestimmte Zeit. Die fremden Konsule sind entschlossen, die Neutralität des Hafens aufrecht zu erhalten. Ein späteres Telegramm besagt: Der Laotai beschloß auf Anraten der Zollbehörde, beiden russischen Schiffen den Aufenthalt im Hafen bis zum 23. August zu gestatten; sodann sollen sie nach Ablauf einer Frist von 24 Stunden den Hafen verlassen oder die Waffen abgeben. Hier werden chinesische Kriegsschiffe erwartet.

Der Zwischenfall in Tschifu.

London, 19. August. Die „Morning Post“ meldet aus Washington: Der japanische Gesandte Takahira überreichte gestern dem Staatssekretär Hay die japanische Antwort auf den russischen Protest betreffend die „Reischitelny“-Angelegenheit. Eine Abschrift der Note ist auch dem englischen Minister des Neuen Marquis of Lansdowne zugestellt worden. In der Note heißt es, Japan weigere sich den „Reischitelny“ auszuliefern. Rußland und nicht Japan habe die chinesische Neutralität verletzt, durch Verletzung von chinesischem Gebiet außerhalb der Kriegszone als Lieferungsgebiet für Lebensmittel, ferner durch Errichtung einer Telegraphenstation zu militärischen Zwecken in Tschifu sowie durch Verletzung als Verpflegungsstütze für Port Arthur. Ferner wird behauptet, daß der „Reischitelny“ nicht abgerüstet, sondern statt dessen Kohlen an Bord genommen habe und somit im Stande gewesen sei, den Hafen jederzeit zu verlassen. Auch habe er nicht nach dem Kampfe dort zurückgekehrt, sondern eingestanden er mache für militärische Zwecke, d. h. zur Verlastung, Tschifu angefahren und dadurch die Neutralität verletze. Es heißt, daß der Schluß der Note geheim gehalten werde, da Japan den Rat Englands und der Vereinigten Staaten hören wolle.

Die Lage vor Port Arthur.

Tschifu, 18. August. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Der japanische Major, der die Uebergabebedingungen nach Port Arthur überbrachte, ist von dem General Stöckel in jeder Beziehung höflich behandelt worden. Der General gab aber sofort eine ablehnende Antwort. Der Major hat darauf um einen dreitägigen Waffenstillstand zur Beerdigung der Gefallenen, er wurde jedoch abschlägig beschieden. Darauf wurde der Kampf am 17. d. Mts. um 10 Uhr wieder aufgenommen.

Die eingetrossenen russischen Flüchtlinge hegen die Zuersticht, daß sich die Festung halten werde, und erklären, man erwarte in Port Arthur binnen 14 Tagen die Ankunft von Verstärkungen aus der Armeekorps. Die von den Japanern auf dem rechten russischen Flügel genommenen inneren Forts sind die Forts Nr. 3 und 4.

Tschifu, 18. August. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Die bisherigen japanischen Verluste bei der Belagerung von Port Arthur, die bei Takuschan und im Norden der Stadt einbezogen wurden insgesamt auf 5000 Mann geschätzt. — Granaten schlagen fortwährend in Port Arthur ein, meist in die alte Stadt. Es wird behauptet, daß der rechte Flügel der Japaner bis zu dem nicht mehr im Gebrauch befindlichen chinesischen Arsenalen 1 1/2 Meile östlich von der Stadt vorgebrungen sei; die meisten Gebäude auf der Westseite sind schwer beschädigt.

Weitere russische Schiffverluste.

Tokio, 19. August. Admiral Togo berichtet: Zwei japanische Kanonenboote, welche in der Nähe von Chamdingo kreuzten, entdeckten am 11. d. Mts. die russischen Kanonenboote „Gilja“ und „Dwagui“, welche die japanischen Landtruppen beschossen; die japanischen Schiffe griffen die russischen an; ein Geschoss traf den „Gilja“, der sich nach Port Arthur zurückzog. — Es ist wahrscheinlich, daß die fünfte Torpedoflottille die „Pallada“ in der Nacht zum 10. August zum Sinken gebracht hat. Der Kommandant meldet, daß ein Kreuzer vom Typ der „Pallada“ von einem Torpedo getroffen worden sei; es sei festgestellt, daß der Torpedo explodierte.

Tokio, 19. August. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Ein russisches Kanonenboot vom Typ „Dwaohani“ lief auf eine Mine und sank in der Höhe von Liaotichan Donnerstagsabend 8 Uhr. Washington, 19. August. Der Staatssekretär Hay erhielt heute ein Telegramm mit der Mitteilung, daß ein nicht näher bezeichnetes Schiff, welches heute früh in den Hafen von Tschifu einlaufen wollte, von sieben japanischen Torpedobootzerstörern abgefangen worden sei.

Von den Hauptarmeen

liegt folgende Nachricht vor: Mukden, 19. August. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Auf dem Kriegsschauplatz ist es gegenwärtig still. Die Japaner auf der Südfront haben sich nach Haiticheng zurückgezogen, der östliche Flügel befindet sich 27 Werst von Liaujan. Die Vorkosten stehen nicht mehr als 5 Werst auseinander und liefern täglich kleine Geplänk. Eine Schlacht ist jeden Tag zu erwarten.

Gewerkchaftliches.

Der bestbezahlte Gewerkschaftsbeamte.

In den Gewerkschaften hat sich allmählich die Ueberzeugung durchgerungen, daß man an die Gehälter der Angestellten nicht die in dem betreffenden Gewerbe erzielten Durchschnitts- oder gar Minimallöhne als Maßstab legen dürfe, sondern daß die Beamten so besoldet werden müssen, daß zu den wirklich nicht geringen Sorgen um das Wohl des Verbandes nicht noch kleinliche Privat Sorgen pekuniärer Natur treten. Jeder Gewerkschaftler weiß ja, daß er darum nicht zuletzt in die Reihen seiner Organisation eingetreten ist, weil er seine eigene Lage für verbesserungsbedürftig und namentlich den ihm gezahlten Lohn für zu niedrig hält. Auskömmliche Löhne, wie sie die Gewerkschaft für ihre Mitglieder erhebt, muß sie zuerst — darüber herrscht jetzt völlige Einigkeit — ihren eignen Angestellten zahlen.

Dennoch sind die Einkünfte der Gewerkschaftsführer nicht so hohe, wie die bürgerliche Presse gern glauben machen möchte, glauben machen möchte wider besseres Wissen, denn über die Gehälter der Gewerkschaftsbeamten wird in den Generalversammlungen öffentlich beschlossen und Zeitungsberichte und Generalversammlungsprotokolle geben darüber jede gewünschte Auskunft. Wer aus diesen sich über die Wirklichkeit informiert, dem steht es schlecht an, im Angesichte der Thatfachen das Märchen vom „Mästen mit Arbeitergroßen“ zu verbreiten.

Nichts desto weniger geschieht dies fortgesetzt und gerade die Centrumspresse ist es, die mit Vorliebe von den „gut besoldeten Agitatoren“ faselt.

Da ist es gewiß recht angebracht, daß die „Vergarbeiter-Zeitung“ aus einer Beilage des „Allgemeinen Beobachters“ in Essen folgende interessante Vorklatschennotiz ausgräbt:

„Langj. Abonnenten, Alteneisen. Es ist richtig, vor Jahren hat Herr August Brust den Führern von Gewerkschaften, besonders denjenigen des alten Verbandes, den Vorwurf gemacht, sie mähten sich von Arbeitergroßen. Das ist, wie gesagt, schon lange her und geschah, wenn wir nicht irren, zu einer Zeit, als Herr Brust neben seiner Gewerkschaftsarbeit noch die Grubenarbeit verrichten konnte. Herr Brust aber mußte auch bald einsehen, daß man nicht zweien Herren zu gleicher Zeit dienen kann, und mit der Zeit wendete sich auch seine Anschauung bezüglich des „Mästens“ aus „Arbeitergroßen“ geändert haben, ist er doch heute der bestbezahlte deutsche Gewerkschaftsbeamte. Er bezieht nämlich, wie uns kürzlich mitgeteilt wurde, ein Monatsgehalt von 250 M., dazu 80 M. Repräsentationskosten, zusammen also 330 M. pro Monat. Fahrkosten und Reisepfennig sind hier nicht mit eingeschlossen, diese werden extra verrechnet.“

Vielleicht schmeiden die Führer der freien Gewerkschaften sich diese kleine Notiz zur gelegentlichen Verwendung aus! Nicht daß wir sie aufreizen wollen, ihrerseits nun sofort auf Gehaltssteigerung anzutragen. — Nein! Aber es kann ihnen vielleicht auf ihren Agitationsreisen hier und da passieren, daß man ihnen von „Christlicher“ Seite ihr Einkommen vorrecknet. Sie können dann den Centrumschriften in allen solchen Fällen erwidern: „Der bestgestellte Gewerkschaftsbeamte ist Herr Brust, der Leiter des Christlichen Gewerkschafts der Grubenarbeiter. Er erhält außer sonstigen Spesen ein Jahresgehalt von 3960 M.“

Auch Herr Brust hat gern die Melodie vom „Mästen aus Arbeitergroßen“ gesungen. Er hat vielleicht von allen, die das thun, als einziger ein Recht dazu; er urteilt aus eigener Erfahrung. Wie die „Vergarbeiter-Zeitung“ mittelst, war er früher ein schwächlicher, kränzlich aussehender Proletarier; heute kann man sagen: „Wie Vollmond erglänzt sein festes Gesicht“.

Berlin und Umgegend.

Der Streik und die Aussperrung der Formner. Wie gestern in der Streikversammlung berichtet wurde, ist die Zahl der Ausständigen auf 1818 angewachsen. Mit einer alle Erwartungen übertreffenden Einmütigkeit wird der Beschluß zur Arbeitsniederlegung von den Formnern der verschiedenen Betriebe durchgeführt. Von den 377 Formnern, die seit vorgestern in den Streik getreten sind, kommen allein 290 auf die Firma Keßling u. Thomae, die wohl auch nicht erwartet hat, daß ihre Arbeiter sich in dieser Stärke — es sind fast sämtliche Maschinenformner —

am Kampf beteiligen würden. Der Agitation, die der Rühmänner-Verband durch seine provokatorischen Maßnahmen unter den Metallarbeitern entfaltet hat, ist es offenbar in hohem Maße zu danken, daß die Bewegung eine Kraftentfaltung und Vegetierung hervorgerufen hat, wie sie bisher unter den Formnern nicht zu Tage getreten sind.

Mit den Einigungsverhandlungen der Fliesenleger befaßte sich gestern abend eine Sektionsversammlung der Fliesenleger des Centralverbandes der Maurer. Wie berichtet wurde, haben die Verhandlungen damit geendet, daß die Vertreter des „Fliesenleger-Vereins“ und der „Freien Vereinigung“ den Vorschlag machten, einen neuen Verband der Fliesenleger zu gründen. Dagegen ist jedoch schließlich noch ein anderer Vorschlag von dem Vertreter A a b e der „Sektion der Fliesenleger“ gemacht worden, nämlich der, daß der Sektion eine sehr weitgehende Selbständigkeit zuerkannt werden soll, daß sie einen Vertreter im Ausführenden, einen im Vorstand des Zweigvereins und eine entsprechende Vertretung im erweiterten Vorstand erhalten solle, und daß damit die Einwendungen der anders organisierten Kollegen, die Fliesenleger hätten ihre Selbständigkeit ein, wenn sie dem Maurer-Verband beitreten würden, behoben werde. — Die Versammlung erklärte sich nach längerer Diskussion damit einverstanden, daß auf Grundlage dieser Vorschläge weiter verhandelt werde.

Achtung, Maurer!

Im Anschluß an die gestern von uns gebrachte Notiz über die Aufhebung der Sperre über den Bau von Kuthe am Konnenbamm geben wir hier die Gründe, die zur Aufhebung der Sperre geführt haben, bekannt. Um aber ein richtiges Bild über die Entstehung der Sperre zu haben, seien zunächst folgende Thatfachen angeführt: Am 12. August, vormittags 10 Uhr, bekam nach Ansicht der Kollegen zu Unrecht ein Maurer vom Polier Naack Feierabend. Weiter mußten die Maurer am selben Tage nachmittags wegen Mangel an Material aussetzen. Am andern Morgen verlangten sie die Wiedereinstellung des Maurers. Bei der Verhandlung in Gegenwart des Oberpoliers Krüger stellte sich heraus, daß der Maurer zu Unrecht entlassen sei. Da jedoch der Polier Naack die Wiedereinstellung des Entlassenen verweigerte, verfügte der Polier Krüger diese. Das rigorose Verhalten des Poliers Naack in diesem Fall und sein sonstiges Betragen den Gesellen gegenüber, veranlaßte die Maurer, die Entlassung des Poliers Naack zu fordern. Die Entlassung erfolgte nicht; infolgedessen legten alle Maurer einmütig die Arbeit nieder und wurde mit Zustimmung der Organisation, da Herr Kuthe nicht Mitglied des Verbandes der Baugewerkschaften war, die Sperre verhängt. Während der Sperre trat Herr Kuthe dem Verbande der Baugewerkschaften bei und gab dieses den Vertretern der Arbeitgeber in der Aichtzweier-Kommission Veranlassung, die Aichtzweier-Kommission zur Erledigung der Differenz anzurufen. In der Sitzung der Aichtzweier-Kommission vom 17. August wurde der Fall eingehend verhandelt. Der den Arbeitnehmern gemachte Vorwurf des Vertragsbruchs wurde in der Sitzung nicht aufrechterhalten. Auf Beschluß der Sitzung verhandelte am nächsten Tage eine Unterkommission bestehend aus 2 Arbeitgebern und 2 Arbeitnehmern an Ort und Stelle eingehend über die Sache. Das Ergebnis dieser Verhandlung war, daß Herr Kuthe in Gegenwart sämtlicher Gesellen folgende Erklärung abgab: Er werde in Zukunft Sorge tragen, daß sich seine Poliere bestmöglich, sich gegenüber den Gesellen in der von ihm gewünschten sachlichen und korrekten Weise zu benehmen. Auf Wunsch der Gesellen und auf Veranlassung des Herrn Kuthe mußte Polier Naack die Erklärung für seine Person ebenfalls abgeben. Herr Kuthe erklärte ferner, daß, wenn der Polier Naack in irgend einer Form sich gegen die getroffenen Vereinbarungen verhalte, seine sofortige Entlassung erfolgt.

Die Verbandsleitung der Maurer Berlins und Umgegend.

Die Streikleitung der Baugewerkschaft teilt uns mit, daß ihr ein Rundschreiben der Unternehmer auf den Tisch gelegt wurde, in welchem diese auffordern, alle Glasermeister sollen dem Unternehmerverband für das Glasergerwerbe Berlins und die Vororte beitreten, und diese Aufforderung damit begründen, daß der Centralverband der Glaser eine sehr starke Organisation geworden wäre, daß die Mitglieder desselben immer frechere Forderungen an die Unternehmer zu stellen wagten. Die Leitung der Glaser bemerkt zu diesem Rundschreiben, daß es seitjam anmutet, daß in demselben Augenblick, wo die Baugewerkschaft die Arbeit wieder aufnehmen, zu einer Zeit, in welcher das Regulativ für den Arbeitsnachweis noch nicht ausgearbeitet ist, die Unternehmer schon wieder versuchen, mit Beschimpfungen gegen die Organisation, welche sie soeben anerkennen mußten, vorzugehen. Es wäre doch ratsam, den aufgesammelten Hündstoss nicht von neuem anzusuchen. Die Herren sollten bedenken, daß die Tarifkommission den Streikenden den jetzigen Lohnsatz mit schwerem Herzen unterbreitet hat, daß eine sehr starke Minorität gegen die Aufnahme der Arbeit vorhanden ist, und daß, falls die Mitglieder in ihrer Organisation beleidigt werden, die Organisation es ablehnen möchte die Verantwortung zu tragen, falls der Tanz noch einmal losginge, und daß dann nicht abzusehen ist, ob die Glaser mit dem sich zufriednen geben werden, was sie zur Zeit erlangt haben.

Achtung! Ein-Arbeiter! In Leipzig befinden sich die Ein-Arbeiter in einer Lohnbewegung. Wir ersuchen die hiesigen Kollegen jeden Zug streng fernzuhalten. Der Vertrauensmann der Ein-Arbeiter Berlins.

Deutsches Reich.

Eine schwarze Liste hat die Klemmerintung von Geestemünde verfaßt. Das gedruckte Zirkular hat folgenden Wortlaut: Geestemünde, den 4. August 1904.

An unsre Kollegen! Am Montag, den 1. August, sind die Klemmer und Installateur-Gesellen in den drei Städten an der Unterweser (Geestemünde, Bremerhaven und Lehe) in einen Streik eingetreten. Wir ersuchen um Zuweisung von Gesellen sowie um Richteneinstellung der in beifolgender Liste angegebenen Gesellen.

Mit kollegiallichem Gruß Karl L. Voiths, Obermeister. Hierauf folgen die Namen von 34 Arbeitern, die also nach dem Wunsch der Innung ausgehungert werden sollen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Internationaler Kongress in Amsterdam.

(Privat-Depesche des „Vorwärts“.)

Amsterdam, 19. August. Die englische Delegation verzichtet aufs Wort. Van Kol stellt den Schlusstrahtrag. In der Abstimmung wird zunächst die Einigkeit-Resolution Vebel-Adler-Banderbelde angenommen. Für das Amendement Adlerstimmen England, Australien, Belgien, Desterreich, Argentinien, Dänemark, Holland, Schweden, Schweiz mit je zwei Stimmen, Frankreich, Norwegen, Polen mit je einer Stimme. Dagegen Deutschland, Döhmen, Bulgarien, Spanien, Ungarn, Italien, Japan, Rußland, Nordamerika mit je zwei Stimmen, Frankreich, Norwegen und Polen mit je einer Stimme. Das Amendement Adler-Banderbelde ist also mit 21 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Die Dresdener Resolution wurde mit 25 gegen 5 Stimmen, nämlich Australien 2, Frankreich, Norwegen, England je einer Stimme angenommen. (Lebhafter Beifall.) Argentinien, Belgien, Dänemark, Schweden, Holland und Schweiz enthalten sich der Abstimmung.

Vom ostantischen Kriegsschauplatz.

Tschifu, 19. August. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Nach Mitteilungen von Chinesen sollen die Russen die japanische Stellung bei Balungschang, von der aus die Japaner Port Arthur und die inneren Forts während der letzten Zeit heftig bombardierten, wieder genommen haben. Die Japaner sollen sich nach Schuschnen zurückgezogen haben.

Internationaler sozialistischer Kongress.

Fünfter Verhandlungstag.

Amsterdam, 18. August. (Eig. Ber.)

Vormittags-Sitzung.

Das Bureau bilden heute neben Van Kol, Pete Curran-England, Knudsen-Dänemark und Kemece-Böhmen.

Auf Vorschlag des internationalen Komitees sollen heute folgende Punkte der Tagesordnung, wenn möglich, erledigt werden: 1. Die Kolonialpolitik; 2. Generalstreik; 3. Auswanderung; 4. Waiserei und 5. die Zerst. Am Freitagmorgen beginnen die Verhandlungen über die Frage der sozialistischen Taktik.

Das Mitglied der Zerstkommission Hobson-Fabier teilt mit, daß die Kommission sich von der Unmöglichkeit überzeugt habe, die Frage der Zerst und der Arbeitslosigkeit in einer Resolution zu behandeln. Sie bittet um die Erlaubnis, die Frage der Arbeitslosigkeit auszuscheiden zu dürfen. Der Kongress ist damit einverstanden.

Im Namen der englischen Delegation spricht Pete Curran noch einmal dem Kongress die herzlichsten Grüße und Wünsche der englischen Arbeiter aus. Dieser Kongress werde wichtig sein durch die Beschlüsse für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt; aber er werde keinen schöneren, erhabeneren Augenblick haben als den, den er schon gehabt hat, als der Vertreter der russischen Sozialdemokratie brüderlich seine Hände in die des Japaners gelegt hat. (Zustimmung.) In diesem ergreifenden Akt drückte sich die Einigkeit aller Sozialisten und ihr Gegenstand gegenüber der Kapitalistenwelt aus. Wie verschieden die Taktik in den einzelnen Ländern sei, sie seien einig in dem Haß gegen den Krieg, gegen den Militarismus. (Lebhafter Beifall.) Sie wüßten, daß auch jetzt nur die Kapitalisten die Arbeiter Russlands und Japans in den Krieg gegen einander ge-
hegt haben.

Gewiß sei in England die sozialistische Arbeiterbewegung noch im Rückstande, noch nicht klar und zielbewußt. Aber er verhoffe im Namen der ganzen großbritannischen, der englischen und schottischen und irischen und wallisischen Delegation, daß es in Großbritannien schon jetzt zehntausende Klassenbewußter Sozialisten mehr gebe als vor vier Jahren zur Zeit des Pariser Kongresses. (Erneuter Beifall.) Auch in England hat die wirtschaftliche Entwicklung die Arbeiter in den Klassenkampf gepeitscht, und wenn auch in England die Unterschiede der Taktik, der Organisation, der Person sehr groß seien, so vertrete die Delegation gegenüber dem Kongress doch nur eine einzige einheitliche Auffassung. (Bravo!) Schon gibt es in England mehr als eine Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die ihre Beiträge zu dem Zweck zahlten, eine selbständige Arbeiterpartei zu bilden, losgelöst von den bürgerlichen Parteien rechts und links. Eine Klassenbewußte Arbeiterpartei, eine selbständige politische Aktion soll die neue Partei treiben. Das ist ein bedeutendes Ereignis, wenn auch diese Arbeiter noch nicht ganz die wissenschaftlichen Lehren von Marx und die politischen von Lassalle begriffen haben. Deshalb komme der englische Delegierte nicht nur als Bruder, sondern auch als lehrbegieriger Schüler zu den Sozialisten der andern Länder. Durch die unerbittliche Logik der Tatsachen vorwärts getrieben, so schließt der Redner, schließt das Meer des Proletariats immer stärker an; nicht eine selbständige Partei zu bilden ist sein Ziel, sondern der gemeinsame Kampf aller Arbeiter zum Zwecke der Revolutionierung der ganzen Gesellschaft durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Revolutionierung, die zum erstenmal Freiheit und Glück bringen wird für Mann, Frau und Kind, für alles, was Menschenantzig trägt. (Lebhafter, langdauernder Beifall.)

Der internationale Sekretär Serwy teilt mit, daß aus allen Ländern der Welt zahllose Begrüßungsschreiben und Telegramme eingelaufen sind; ferner, daß ein Antrag Ferris eine Sympathie-Erklärung für die noch im Gefängnis schmachtenden Opfer der italienischen Konstituenten fordere; der Kongress möge die Bewegung zu ihrer Befreiung unterstützen und seinerseits ihre baldige Befreiung wünschen.

Der Antrag Ferris wird unter Handclatschen und Bravorufen durch Akklamation angenommen.

Danauf tritt der Kongress in die Tagesordnung ein.

Ueber

Kolonialpolitik

referiert Van Kol-Holland: Wir hatten in der Kommission ein kompliziertes Problem zu lösen, von dem viele Teilfragen noch wenig geklärt sind. Es ist deshalb bedauerlich, daß die einzelnen sozialistischen Parteien die bestimmte Anweisung des Pariser Kongresses, die Kolonialfrage gründlich zu studieren, nicht in größerem Umfange beachtet haben.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialfrage ist ein Spiegelbild ihrer ganzen Entwicklung. Je mehr sie sich unendlich wie äußerlich entwickelte, desto mehr ging die Sozialdemokratie von dem Schrei der Empörung über die blutigen Greuel, von der reinen Negativität zur positiven Politik über. Ohne den früheren Protest abzuschwächen oder ihm seine grundsätzliche Schärfe zu nehmen, sucht die Sozialdemokratie jetzt durch verschiedene positive Maßnahmen die Grundlage der kapitalistischen Ordnung zu untergraben, die Kräfte des Proletariats zu stärken, es wehrhafter zu machen, um die kapitalistische Welt aus den Angeln zu heben. So auch in der Kolonialpolitik. Wir werden auch weiterhin unaufhörlich Protest erheben gegen die kapitalistische Raubpolitik, die von Blut triefet, deren Greuel immer mehr sind. — Heute aber müssen wir auch die Frage prüfen: Was können wir thun, um einerseits die Verbrechen gegen die Völker der Kolonien zu mindern, andererseits die Kolonialpolitik weniger belastend und verderblich für das Proletariat der kolonisierenden Länder zu gestalten. Zu dieser Frage werden wir gedrängt, weil die Tendenz zur Kolonisierung international besteht, so lange es eine Gesellschaft gibt. Vielleicht wird freilich einst die Zeit kommen, wo Europa sich ohne Kolonien wird behelfen müssen. Wenn die Schatzkammer auf der ganzen Erde triumphiert, wenn Chamberlains einseitig-gewaltiges Kolonialreich 1/4 der Erdoberfläche und 1/2 der Menschheit zu einem erklüfteten Markte vereint, dann werden wir die Kolonialfrage nicht haben, aber dann wird auf der einen Seite eine fürchterliche Krise von riesenhohem Umfang und einschneidenden Folgen eintreten und im Gegenzug zu ihr — vielleicht die soziale Revolution. Inzwischen aber müssen wir uns mit der Kolonialfrage beschäftigen.

Wir müssen die gewalttätige Ausdehnung des Kolonialbesitzes protestieren, weil wir Feinde der Gräuel jeder Eroberung sind, selbst wenn wir den Kolonialbesitz an sich nicht unbedingt für ein Unglück für das kolonisierende Land halten. Freilich heut bereichert der Kolonialbesitz nur einige große Handelshäuser und einige große Aktiengesellschaften für Schifffahrt und Meereserei, während die Kosten von dem Proletariat der kolonisierenden Länder getragen werden müssen.

Leider sind nun positive Maßnahmen zur Wahrung dieser Nebenstände sehr vorzuschlagen, weil die kolonisierenden Länder sehr verschieden nach ökonomischer Entwicklung und Masse der Bevölkerung sind. Soll man die eingeborene Form des sozialen Lebens aufrecht erhalten suchen? Oder mit Treibhausgeschwindigkeit den Kapitalismus dort hinstellen lassen? Wir als Vertreter der gesellschaftlichen Evolution, des Fortschritts, als Verteidiger des Rechts und der Gerechtigkeit, wir Kämpfer für die unendliche Verwirklichung der Gesellschaft, sollen Hunderte und Aberhunderte grenzenlosen Leid und vollständig geistig-sittlicher Verwilderung aufeinanderlassen, statt sie gegen die Leiden und Qualen des Kapitalismus zu schützen! Der Schwerpunkt jeder Kolonialreform ist natürlich die Selbstverwaltung. Genau können wir die positiven Maßnahmen noch nicht angeben, aber zum erstenmal hat die Sozialdemokratie überhaupt positive Forderungen formuliert, der erste Schritt ist getan und in der richtigen Richtung. Möge die Aktion

des Proletariats auch in Zukunft würdig sein seiner großen Sache und der Bedeutung, die die Kolonialfrage für die Entwicklung der ganzen Menschheit hat. (Lebhafter Beifall.)

Redner schlägt namens der Kommission folgende Resolution vor:

„In Erwägung, daß die kapitalistische Ausbeutung eines stets wachsenden Kolonialgebietes immer größer und regelloser wird, den natürlichen Reichtum der Kolonien verwüßt und die eingeborenen Völker der schwersten und oft blutigsten Unterdrückung aussetzt, welche Ausbeutung für das Proletariat nur eine Verschlimmerung des Elends bringt, bringt der Kongress den Beschluß des Pariser Kongresses von 1900 über die Kolonialfrage und die imperialistische Politik in Erinnerung und erklärt, daß es die Pflicht der sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern und der Parlamentsfraktionen ist: 1. sich rücksichtslos jedem imperialistischen und protektionistischen Antrage, jedem kolonialen Eroberungszuge und jeder militärischen Ausgabe für die Kolonien zu widersetzen. 2. Jedes Monopol, jede große Landkonzession zu bekämpfen und scharf darauf zu achten, daß die Reichtümer der Kolonien nicht von der Klasse der großen Kapitalisten beschlagnahmt werden. 3. Rüksichtslos all die greulichen Gewaltthaten an die Öffentlichkeit zu bringen, deren Opfer die Eingeborenen sind; für sie die kräftigsten Schutzmaßnahmen wider militärische Barbarei und kapitalistische Ausbeutung zu fordern und besonders darauf zu achten, daß sie nicht mit List oder Gewalt ihres Eigentums beraubt werden. Maßnahmen, die die Lage der Eingeborenen bessern können, vorzuschlagen und zu unterstützen wie: Gemeinnützige Arbeiten, hygienische Maßnahmen, Errichtung von Schulen usw. Sie müssen sich bemühen, den schädlichen Einfluß der Missionare zu brechen. 5. Für die Eingeborenen das Maß von Freiheit und Selbstständigkeit zu fordern, das ihre Entwicklung vertragen kann, unter dem Gesichtspunkt, daß die vollständige Emanzipation der Kolonien das erstrebte Ziel ist. 6. Die Leitung der äußeren Politik unter parlamentarische Kontrolle zu bringen, da diese infolge der natürlichen Entwicklung des parlamentarischen Systems mehr und mehr dem geheimen Einfluß plutokratischer Kliquen unterworfen ist.“

In der Debatte pflichten Tervaigne-Belgien und Marmonnier (Frankreich) der Würdigung des ersten positiven Schrittes zur Kolonialreform bei und ergänzen den Bericht durch die Mitteilung, daß die Kommission und das Bureau alle Nationen auffordere, koloniale Studienkommissionen zu bilden, die sich mit dem internationalen Sekretariat zwecks Klärung der Kolonialfrage in Verbindung zu setzen und in den Kolonien sozialistische Propaganda zu entfalten haben.

Abry (Guedes) hält nach den geschichtlichen Erfahrungen die friedliche Gewinnung von Kolonien für unmöglich und weist auf das Beispiel der Wandschmurei und Transvaals hin. Trotzdem stimmt auch seine Partei für die Resolution der Kommission wegen ihres prinzipiellen Wertes.

In der Abstimmung wird die Resolution einstimmig angenommen. Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung:

Der Generalstreik

Die Kommission hat folgende Resolution der Holländer angenommen:

In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiterschaft ist, hält der Kongress den absoluten Generalstreik in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für unannehmbar, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats unmöglich macht. In weiterer Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne, für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerst wirksames Mittel sein kann, nur bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlüssen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen, warnt der Kongress die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen und fordert sie auf, ihre Einheit und Wachsamkeit im Klassenkampf durch Entwicklung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird.“

Die Referentin, Frau Henriette Roland-Hoff, weist daraufhin, daß die Kommission diese Resolution mit 27 gegen 4 Stimmen angenommen habe. Dieses befriedigende Resultat zeigt, daß in der Auffassung des internationalen Proletariats sich ein Umschwung in der Beurteilung des Generalstreiks oder richtiger des politischen Massenstreiks zu vollziehen beginnt. Das Proletariat ist sich der Schwierigkeiten vollkommen bewußt, die mit der Durchführung politischer Massenstreiks verknüpft sind, aber es weiß auch, welche Kräfte in seiner Mitte schlummern. Zwischen der Chimäre des anarchistischen Generalstreiks und der Idee des politischen Massenstreiks, wie er zu wiederholten Malen von sozialistischen Parteien angewandt worden ist, besteht ein ungeheurer Unterschied. Die Resolution soll diesen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Generalstreik und Massenstreik zum deutlichen Ausdruck bringen. Der anarchistische Generalstreik ist von der Kommission verworfen worden, weil er absolut undurchführbar ist. Eine so vollständige Einstellung der Arbeit, wie die Anarchisten sie sich vorstellen, ist unmöglich. Andererseits zieht die Resolution keine bestimmten Grenzen, in welchem Umfange politische Massenstreiks zulässig sind. Ihr Umfang und ihre Ausdehnung sind von den geschichtlichen Umständen abhängig. Zweitens mußte mit der anarchistischen Auffassung aufgeräumt werden, die den Generalstreik als die soziale Revolution, als die endgültige Befreiung des Proletariats deutet. Unser geschichtliches Auffassung nach ist die Eroberung der politischen Macht und die Sozialisierung der Produktionsmittel nicht das Werk einer vereinzelten Kraftanstrengung des Proletariats. Voraussetzung ist eine Revolutionierung der Geister, eine Umwälzung im Denken und Fühlen des Proletariats, eine Veränderung seiner Lebensbedingung und die Vorbereitung durch die langsame, stetige Tagesarbeit durch die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Die Resolution verneint es, Stellung zum sog. Generalstreik zu ökonomischen Zwecken zu nehmen. Ueber ihre Zulässigkeit zu entscheiden, ist Sache der Gewerkschaftsorganisationen. Der politische Massenstreik hat nicht ökonomische Ziele, sondern richtet sich gegen den kapitalistischen Staat, um eine Verwirklichung der politischen Rechte der Arbeiter abzuwehren, oder neue für sie zu erwerben. Ist nun ein solcher politischer Massenstreik möglich? Die Resolution sagt: unter bestimmten Bedingungen ja. Die Voraussetzungen aber sind: starke Organisationen, starke freiwillige Disziplin und die nötige Vorbereitung auf die Aktion. Ob diese Bedingungen erfüllt sind, das zu entscheiden, ist Sache des einzelnen Landes. Wenn der Klassenkampf sich aber verhärtet, ist es möglich, daß der Massenstreik das einzige politische Kampfmittel des Proletariats ist. Die Rednerin polemisiert gegen den Jauchenden Brand, der die Resolution als zweideutig, unklar und zaghaft bezeichnet hat. Vorsicht sei geboten. Machen wir die Thür zum Massenstreik auf, so müssen wir als Wächter an den Eingang stellen: Vorsicht, Klugheit, Organisation und Disziplin.

Das Beispiel der Belgier hat gezeigt, daß man einen politischen Streik auch in voller Disziplin abbrechen kann. Rednerin wendet sich der Ansicht eines russischen Sozialrevolutionärs in der Kommission zu, der für den Fall der politischen Entwertung des Massenstreiks nicht als einziges politisches Kampfmittel empfohlen haben wollte, sondern wünschte auch daß auf den politischen Terror hingewiesen werde. Sie muß aber abbrechen, da ihre Redezeit abgelaufen ist.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

In der Diskussion über den Generalstreik erhält zunächst das Wort

Dr. A. Friedberg-Berlin: Die Frage des Generalstreiks ist eine taktische. Deshalb müssen wir, um seinen Wert zu bestimmen, nachsehen, wie weit dieses taktische Mittel dem eignen Willen des Proletariats unterworfen ist, wie weit es sich aus dem Wesen des Klassenstaates mit Notwendigkeit ergibt, inwiefern es auf Erreichung des Endzieles hinwirkt und geeignet ist, unsere Zukunftsorganisation aufzubauen und zu stärken. Wenn wir aus diesen Gesichtspunkten die bisherige Taktik prüfen, die im wesentlichen darauf hinausging, durch den Parlamentarismus die politische Macht zu erobern, so sehen wir zuerst, daß wir dabei auf einem von den herrschenden Klassen geschaffenen Kampffelde fechten, das diese uns jederzeit entziehen können. Der Hauptwert des Parlamentarismus liegt in der Erziehung der Massen, die auch in anderer Weise betrieblen werden kann. Ueberhaupt ist die Forderung der politischen Macht und nur ein Mittel zu dem — ökonomischen — Endzweck. Vor allem aber verbindet der Parlamentarismus das Proletariat notwendigerweise mit den Gesetzen des Klassenstaates. Und selbst arbeiterfreundliche Gesetze haben nie das mindeste zu bedeuten, wenn nicht die ökonomische und psychologische Macht des Proletariats dahinter steht. Solange dem Proletariat die eigene ökonomische Organisation fehlte, war der Parlamentarismus ganz nützlich, und man konnte in Deutschland bei dem Gegensatz zwischen Krone, Feudalismus und mobilem Kapital einige Erfolge erringen, die aber bei dem Zusammensturz der herrschenden Klassen immer kleiner werden müssen. So erweist sich auf die Dauer der Parlamentarismus als hemmender Faktor für die Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung kann die Lage der Arbeiter weit mehr verbessern, als irgend eine gesetzgebende Aktion je könnte. Denn jene beruht gerade auf der ökonomischen Unentbehrlichkeit des Arbeiters als Produktionsinstrument. Wenn Parlamentarismus hängt man stets vom fremden Willen ab, beim Streik muß jeder mit der ganzen Persönlichkeit hinter den Beschläßen stehen. Leider ist die stärkste Gewerkschaftsbewegung, die Englands, ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden. Da wird die Idee des Generalstreiks, der Ausdruck der ökonomischen und psychologischen Macht der Arbeiterklasse, wertvoll sein. Sie wird nicht die Organisationsfähigkeit hindern; sie fordert gerade zur Organisation auf. Sie fordert die Erhöhung der Persönlichkeit jedes Einzelnen, die Durchbringung jedes Einzelnen mit dem Massenbewußtsein. Für die holländische Resolution kann ich und meine deutschen Freunde schon deshalb nicht stimmen, weil sie den Gegensatz zwischen Sozialisten und Anarchisten vertieft, statt ihn nach der Aufgabe eines internationalen Kongresses zu verwischen und zu vermindern. (Die Redezeit ist abgelaufen. Der Redner muß die Tribüne verlassen. Vereinzelter Beifall bei der französischen Delegation. Auf die englischen Uebersetzungen wird verzichtet, da die englische Delegation einer Sektions-sitzung wegen nicht anwesend ist.)

Alleman spricht namens seiner sozialrevolutionären Partei Frankreichs die Freude darüber aus, daß die Generalstreiks-Idee in Deutschland jetzt mehr Sympathie fände. (Lachen bei der deutschen Delegation.) Der Generalstreik sei eine Waffe, die nicht verfallt und vergiftet werden könne, die Zielbewußtheit und Disziplin verlange. Was thue eine Niederlage? Sie könne der Ausgangspunkt größerer Siege sein. Wenn durch die Idee des Generalstreiks die Organisationen gefestigt und mit dem zielbewußten Geiste erfüllt seien, wenn dadurch das Mikrotan gegen die Führer überstanden werde, werde die Arbeiterklasse in schönster Harmonie und vollster Kraft den Kampf für ihre Befreiung führen. (Beifall bei den Allemanisten.)

Wilm-Paris (Allemanist) spricht die Ueberzeugung aus, daß die Sozialdemokratie kein Recht habe, ein so revolutionäres und erfolgversprechendes Mittel zum Sturze des Klassenstaates, wie den Generalstreik, zu verächtlichen. Nur auf ökonomischem Gebiet könne das Proletariat seinen Befreiungskampf siegreich führen.

Resler, juristisch-Abgeordneter, erklärt, daß er für die Resolution der Kommission stimmen werde. Die französischen Arbeiter erblicken häufig in dem Parlamentarismus nur ein Mittel, um politischen Drahtziehern und Intriguanen vorwärts zu helfen. Diese falsche Wertung des Parlamentarismus werde dadurch am besten bekämpft, daß die Abgeordneten auch für die neue Idee des Generalstreiks eintreten.

Robert Schmidt-Berlin: Ich bin genötigt, als Mitdelegierter Friedbergs ihm einiges zu erwidern. Es ist eine vollkommen irrige Auffassung, daß die Anschauung, die er hier vertreten hat, in Deutschland Resonanz finden. (Sehr richtig! bei den Deutschen.) Ich finde es sehr lobenswert, daß ein Delegierter des Landes, wo der Sozialismus seine überzeugungstärkste parlamentarische Vertretung errungen hat, behauptet, daß der parlamentarische Kampf nutzlos und überflüssig sei. Das habe 40 Jahre Arbeit und Kampf der deutschen Sozialdemokratie für nutzlos erklärt. Zu dieser Auffassung wird sich die sozialdemokratische Partei Deutschlands niemals bekehren. Wenn Friedberg das von der Partei der drei Millionen Stimmen und der 81 Abgeordneten, der größten und stärksten Partei Deutschlands annimmt, so zeigt er nur die Unklarheit seiner politischen Auffassung. Ueberhaupt ist seine höchst einseitige individualistische Auffassung reich mit anarchistischen Unklarheiten durchsetzt. (Sehr wahr! bei den Deutschen.) Eicherlich ist der Parlamentarismus nicht das einzige Mittel. Die deutsche Partei hat von jeher alle Mittel des politischen und wirtschaftlichen Kampfes benutzt. Wenn sie sich frei weiß von der einseitigen Ueberhöhung eines Kampfmittels, so besonders von der des Generalstreiks. Wenn er jetzt von zwei Delegierten der deutschen Delegation provoziert wird, so ist diese Ueberhöhung des Parlamentarismus im politischen Leben Deutschlands nur eine Seitenblase, die bald zerplatzt. Die deutschen Gewerkschaften haben, wenn sie auf Befreiung der Lage der Arbeiter hingewirkt haben, so haben sie diese damit zugleich in ihrer Klassenlage gestärkt. Wir sind auf dem richtigen Wege, wenn wir in dem ersten wichtigen Kampf, der ersten, unangegrenzten Arbeit zur Befreiung der Lage der Arbeiter auf parlamentarischem Gebiete und in der Gewerkschaft stehen. Friedberg sagt, der Generalstreik könne die Klassenherrschaft erschüttern. Er ist aber auch geeignet, das Proletariat zu erschüttern und den Klassenstaat zu befestigen. Das ist die Nachteile der Frage, die überhaupt erst vor ein paar Wochen von einer kleinen Gruppe in Deutschland zur Diskussion gestellt worden ist. Und selbst in dieser kleinen Gruppe haben sich eine ganze Anzahl von Mitgliedern gegen diese Auffassung des Vorstandes gewandt. Die großen deutschen Gewerkschaften mit ihren 900 000 Mitgliedern, die allein eine Stellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung innehaben, halten die Frage des Generalstreiks überhaupt nicht für diskutabel. Der Kampf des Proletariats um die politische Macht wird nicht durch den Generalstreik, sondern durch die unangesezte Arbeit auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens entschieden werden. (Lebhafter Beifall besonders bei der deutschen Delegation.) Einfluß Russische Sozial-Revolutionäre: Seine Partei teile die Auffassung der Franzosen vom Generalstreik und werde gegen die holländische Resolution stimmen, die zu illusionistisch und dogmatisch sei, weil sie jede bewaffnete Insurrektion des Volkes im voraus für schädlich halte.

Bliegen - Holland: Der Generalstreik wird uns als neue Waffe empfohlen. Da müssen wir fragen: Ist es überhaupt eine Waffe? Das ist er nicht! (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen.) (Pflanzenhaft ruft: Ein Messer ohne Klinge!) Der angeblich neue Gedanke stammt aus den Plebejischen Jahren unserer Bewegung, aus der Zeit vor zwanzig Jahren, wo wir uns noch über die Beteiligung am Parlamentarismus freuten. (Sehr richtig!) Die Einwände gegen den Parlamentarismus sind damals widerlegt worden. Das Proletariat muß die politische Aktion mit aller Kraft aufnehmen, damit es sich zählt und seine Macht empfindet. Niemand hat gesagt, daß wir durch Abstimmungen die sozialistische Gesellschaft einführen werden. Das haben wir nicht in der Hand, um von vornherein sagen zu können, so und so wird es gehen. Geht der Generalstreikgedanke etwa von den starken Organisationen Deutschlands, Englands oder Dänemarks aus? Nein, er stammt aus Frankreich, wo die Gewerkschaftsbewegung sehr schwach ist. (Sehr richtig!) Es ist falsch, verächtlich vom Tageskampf zu sprechen und ihn in Gegensatz zu dem großen Ziele zu stellen. Diese beiden sind eins und können nicht von einander geschieden werden. Redner erklärt, daß er schon auf dem holländischen Kongreß gegen die jetzt vorliegende Resolution gewesen sei, weil sie, wenn auch sehr verflautet und vorsichtig unter bestimmten Bedingungen den Generalstreik empfehle. Man habe ihm entgegengehalten: Wir müssen dies Mittel studieren. Studieren wollen wir alle, aber erst wenn wir das Mittel studiert haben, können wir es aufnehmen. Die bisherigen Erfahrungen sprechen sehr gegen den Generalstreik. Er ist weder ein Mittel, noch gar das Mittel des Proletariats. Die Generalstreik-Idee kann dem Proletariat den Gedanken geben, die tägliche schwere Arbeit, die so viel Opfer kostet, sei überflüssig; es genüge ein großer Schlag. Wir sollten vor allem die Köpfe klar machen und nicht noch mehr Mißverständnisse hineinbringen. (Lebhafte Beifall bei den deutschen Delegierten.)

Strand (Jaurès): Er und seine Freunde ständen auf dem Boden praktischer Arbeit und deshalb seien sie Anhänger der Organisation des Generalstreiks. Das Proletariat muß mit allen Kampfmitteln ausgerüstet werden. Ueber den Begriff des Generalstreiks bestehen sehr unklare Anschauungen und die früheren internationalen Kongresse haben diese Unklarheit nur gesteigert. Der Generalstreik ist nur eine Frage der Taktik. Er ist nicht das einzige, sondern nur eines der Mittel zum Ziel. Wenn der Kongreß sich in der Taktikfrage auf den Boden des Klassenkampfes stellt, muß er auch die Waffe des Generalstreiks billigen, die den ausgeprägtesten proletarischen Charakter trägt. Es handelt sich nicht darum, alle Arbeiter zu organisieren und dann den großen Schlag zu thun, sondern um die Durchführung eines mehr oder minder ausgedehnten Streiks, der die für das Wirtschaftsleben besonders wichtigen Industriezweige lahmlegt. Man sollte die Idee nicht unheimlich karrierieren. Der Generalstreik ist ein Mittel der Einschüchterung und des Drucks, um von der kapitalistischen Gesellschaft Reformen zu erzwingen. Weiter ist er das äußerste Widerstandsmittel gegen die politische Entrechtung der Arbeiterklasse. Man spricht von der Bedrohung des allgemeinen Wahlrechts in Deutschland. In welcher Waffe soll dann das Proletariat greifen? Es bleibt ihm nur der Generalstreik. Verschließen sich die Sozialisten dieser Idee, so gewinnen die Anarchisten Einfluß auf die Arbeiterbewegung. Die französische Resolution für den Generalstreik sei sehr vorsichtig und klüchternd und fordere nur zum methodischen Studium des Generalstreiks auf. Sollte sie abgelehnt werden, so würde sich seine Gruppe der Abstimmung enthalten. (Lebhafte Beifall bei den Jaurèsisten.)

Beer-Wien (Metallarbeiter): Ein Generalstreik, bei dem jede Arbeit zum Stillstand gebracht wird, ist undenkbar. In Frage kommt nur die Einstellung der Arbeit durch größere Arbeiterschwächen. Gerade in den Ländern, in denen der Generalstreik am meisten propagiert wird, geschieht am wenigsten für die moralische Erziehung des Proletariats. Gerade in den Ländern mit einem gefährlichen Mangel jeglicher Organisation, die doch jetzt die Voraussetzung des Generalstreiks sein soll, predigt man schon jetzt den Generalstreik, thut aber nichts zur Kräftigung der Organisation. Ja, ohne Zweifel, diese Propagatoren des Generalstreiks sind in der Praxis die einschüchterndsten Gegner der Gewerkschaftsbewegung. (Hört! hört!) Sie sind es, die immer darauf hindeuten, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht einmal in Tätigkeit zur Emancipation der Arbeiter. Sie sind es, die für die niedrigen Beiträge und gegen den Ausbau unserer kämpfenden Organisationen eintreten. In diesem Zusammenhang sage ich: Protestieren wir auf das schärfste gegen die Propaganda des Generalstreiks und lären wir das Proletariat über seine Gefahren auf. Gewiß kann einmal der historische Moment kommen, in dem das Proletariat zur Abwehr reaktionärer Attentate oder zur Erzwingung notwendiger Reformen den Generalstreik braucht. Aber dieses äußerste und letzte Mittel kann nicht die Kleinarbeit, die unermüdete Agitation, den Kampf im Parlament und der Gewerkschaft verneinen. (Stürmischer Beifall, besonders bei den Deutschen und Oesterreichern.)

In ihrem Schlußwort hebt **Henriette Roland - Holst** hervor, daß die Vorage der holländischen Resolution in der Forderung der Organisation und Disziplin und der überaus schärfen und bestimmten Abwehr des Anarchismus bestanden. Gegenüber Friedberg und Bliegen leugnet Rednerin den Gegensatz zwischen praktischer, täglicher Kleinarbeit und dem Generalstreik als letztem und äußerstem. Dem Vertreter der russischen Sozialrevolutionäre hält sie das Festhalten der ganzen internationalen Sozialdemokratie an der Legalität entgegen, bei der unsre Partei nach Engels bekanntem Wort rote Banden bekommt. Unse Resolution sagt: Der Aufstieg, der Generalstreik ist schwierig, aber er ist vielleicht der einzige Weg, der auf den Berg hinaufführt. (Lebhafte Beifall.)

In der Abstimmung werden die Resolutionen der Amerikaner und Jaurèsisten für den Generalstreik mit 17 Stimmen der andern Nationalitäten gegen 3 dieser beiden Gruppen der russisch-revolutionären Partei und Japans abgelehnt. Die Guessedisten stimmen gegen die Amerikanische Resolution und enthalten sich bei der Jaurèsistischen. Mit 36 gegen 4 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen wird dann die holländische Resolution angenommen.

Das Internationale Bureau teilt zur morgigen Verhandlung folgende Vorschläge mit: Unter dem Vorsitz von **Erzsebjan-Holland**, mit **Branting-Schweden**, **Sigg-Gens** und **Arselce-Brüssel** als Beisitzer — über die Taktikfrage, über die Vandrrede referiert, zu diskutieren von 9—12 $\frac{1}{2}$ und 2—5 Uhr. **Rebel** und **Jaurès** erhalten je 80 Minuten, die andern Redner 10 Minuten Redezeit. Der Kongreß stimmt den Vorschlägen zu.

Schluß 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Zu viel des Guten.

Vieles wird in der Partei gellagt, daß die Organisationsarbeit mit der Agitationsarbeit nicht gleichen Schritt halte, daß zwar reichlich agitiert, der gesteuerte Same aber nicht durch nachfolgende organisatorische Arbeit zur Reife gebracht werde. Daß aber auch das umgekehrte vorkommen kann, spricht ein Artikel im „**Offenbacher Abendblatt**“ aus, der die Forderung nach einer Beschränkung der Anzahl der Konferenzen erhebt. In dem Artikel heißt es:

Man prüfe doch einmal recht gewissenhaft, ob jährlich zwei Kreis-Konferenzen wirklich erforderlich und so viel wert sind, wie sie uns kosten! Wir behaupten, daß uns die zahlreichen Bezirks- und Kreis-Konferenzen nicht so viel nützen, wie vielfach angenommen wird. Und ginge es nach unsern persönlichen Wünschen, so würden wir auch auskommen mit einer nur alle zwei Jahre stattfindenden Landeskonferenz.

Wie viel kostbare Zeit kosten uns die Vorbereitungen all dieser Konferenzen, dann die Abhaltung selbst und die nachfolgende Berichterstattung darüber! Und wie viel Geld, das wir weit besser anderwärts könnten, wird durch die zahlreichen Konferenzen verausgabt!

In andern Bundesstaaten, so z. B. Bayern — sein Landesgebiet ist so groß wie die unsrige — sein politisches Leben gar nicht zu

vergleichen mit dem des schon ziemlich verpreuhten Oessens! — also in Bayern, das eine ähnliche Parteiorganisation hat wie wir, hören wir bloß alle zwei Jahre von einer Landesversammlung. Dafür aber hören wir, ebenso wie aus den preussischen Provinzen, die zumeist ohne jede größere Jahresversammlung auskommen, um so mehr von größeren Agitationskourieren, die planmäßig arrangiert werden durch das ganze Land. Bei uns nichts dergleichen.

Bei uns hört oder liest man: die Mitglieder-Versammlung beschaffte sich mit der bevorstehenden Bezirkskonferenz; dann später: die Bezirkskonferenz beschäftigte sich mit der nächsten Kreis-Konferenz; dann: in der Mitglieder-Versammlung wurde Bericht erstattet über die Bezirkskonferenz; darauf: es wurde über die Kreis-Konferenz berichtet; zwischendurch werden Delegiertenwahlen für die Landeskonferenz vorgenommen, die Tagesordnung der Konferenz und später Verlauf und Resultat der Konferenz besprochen.

Es muß einmal ausgesprochen werden, daß da zweifellos des Guten zu viel getan wird. Anstatt uns fortgesetzt mit uns selbst zu beschäftigen, unangeseht unsere Organisationsapparate spielen zu lassen, sollte daran gegangen werden, eine planmäßige Agitation im ganzen Lande zu beginnen. Die letzte Landeskonferenz kostete nach oberflächlicher Berechnung mindestens 800 M. Dafür könnten wir 100 und mehr Versammlungen abhalten, die zweifellos der Partei mehr nützen würden als eine Landeskonferenz. Wir sind die letzten, die die Bedeutung dieser Konferenzen unterzähren, aber um alles in der Welt — was zu viel ist, ist zu viel.

Die Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Königsberg i. d. N.-M., welche am 15. August bei A. Wafewitz, Friedrichsbergerstr. 19 tagte, war durch zahlreiche Delegierte aus dem Kreise besucht. Die Konferenz mußte in Berlin abgehalten werden, da im ganzen Kreise nicht ein einziges Lokal für die Partei zur Verfügung steht; ein Zustand, den wir der „**Lebenswürdigkeit**“ unster Segner zu verdanken haben, der aber in Wäld geändert sein dürfte. Der Bericht der Vertrauensleute ließ erkennen, daß trotz der großen Schwierigkeiten die Bewegung zwar langsam, doch stetig vorwärts schreitet. Die Verbreitung der Presse ist mangelhaft und bedarf energischer Förderung. Die Aufbringung von Mitteln ist zum Teil recht gut, größtenteils aber auch mangelhaft. Zur bevorstehenden Provinzial-Konferenz wurden gewählt **Felsmann-Kudamm**, **Giesler-Jellin** und **G. B. L. Kneubogen**. Denselben wurde durch einstimmigen Beschluß aufgegeben, dafür einzutreten, daß die Agitationskommission der Provinz Brandenburg in ihrer jetzigen Zusammensetzung erhalten bleibt. Der Parteitag soll durch einen Delegierten besetzt werden und wurde hierzu der Kandidat des Kreises, **Stadtv. Vorkmann-Berlin**, gewählt. Bezüglich der Kaiserfeier wurde einstimmig beschlossen, daß dieselbe in der jetzigen geübten Weise gefeiert werden soll. Ferner wurde beschlossen, den Parteitag zu erjuden, die Schulfrage auf die Tagesordnung des diesmaligen Parteitages zu setzen. Von einer Aenderung der Organisation wurde Abstand genommen, es soll vielmehr abgewartet werden, welche Beschlüsse der Parteitag in dieser Angelegenheit fassen wird. Zum Kreis-Vertrauensmann wurde **Karl Schurre-Alt-Westlin** wiedergewählt.

Im Reichstagswahlkreis Brandenburg-Westhavelland hat die Parteiorganisation, wie aus dem soeben veröffentlichten Bericht hervorgeht, im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Fortschritte gemacht. Vereine bestehen nur in Brandenburg und Rathenow. Der Brandenburger Verein hat 1144 Mitglieder gegen 1146 am Beginn des Berichtsjahres und der Rathenower jetzt 344 gegen 442 am Anfang. Sonst bestehen Verbindungen mit 48 Orten wie am Anfang des Jahres. Versammlungen wurden nur in Brandenburg und Rathenow abgehalten. An andern Orten sind keine Lokale vorhanden. Der Brandenburger Verein hatte 5434 M. Reineinnahme und 4101 M. Ausgabe, der Rathenower 1721 M. Reineinnahme und 1650 M. Ausgabe. Im Bericht wird gerügt, daß die Vertrauensleute, an welche die „**Post**“ zur Verteilung gegeben wird, nichts von sich hören lassen, ob die erhaltenen Anzahl Nummern des Blattes genügt oder ob sie weniger brauchen. Nach diesem Bericht zu urteilen, hat die Kreisleitung noch große Aufgaben zu lösen und da die Geldmittel nicht gerade knapp sind, braucht die Lösung daran nicht zu scheitern.

Aus Industrie und Handel.

Zur Verstaatlichung der Hibernia. Die „**Kölnische Zeitung**“ veröffentlicht eine Zuschrift, in der die Frage erörtert wird, wie sich die Regierung gegenüber der Opposition, die ihr Verstaatlichungsplan in der Kohlenindustrie und Hochfinanz findet, verhalten dürfte. Wie das Blatt selbst anzeigt, ist ihr die Zuschrift aus „der Regierung nahe liegenden Kreisen“ zugegangen, — allem Anschein nach ist sie im Handelsministerium selbst geschrieben:

„Soweit und bekannt ist“ heißt es in der Zuschrift, „läßt sich die Regierung durch die heftige Verleumdung, die ihr Plan bei mächtigen Gruppen der Börse und der Industrie gefunden hat, von ihrem Vorhaben in keiner Weise abbringen. Wir glauben zu wissen, daß der Fiskus trotz aller Gegenagitation sein Angebot aufrecht halten wird und nicht daran denkt, es vor der Hauptversammlung zurückzugeben. Ob die heftig umstrittene Mehrheit, die für die Annahme des Regierungsangebots nötig ist, angesichts der Agitation der Gegenpartei zu erzielen sein wird, ist heute ungemein schwer zu sagen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Regierung über die absolute Mehrheit verfügen, doch hält man es in unrichtigsten Vorsetzungen für fraglich, ob sich auch die erforderliche Dreiviertelmehrheit zur Annahme ihres Angebots finden wird. Welche Schritte die Regierung nach Abhaltung der Hauptversammlung unternehmen wird, kann heute noch nicht mit Bestimmtheit angegeben werden. Sollte sich die erforderliche Mehrheit für den Verlauf der Hibernia an den Staat aussprechen, so entfällt die wichtige Frage, welche Stellung die Regierung alsdann dem Kohlenyndikat gegenüber einzunehmen gedenkt. In Bezug auf die Hibernia ist die Lage ganz klar; denn die Hibernia ist durch den erfolgten Beitritt zum Kohlenyndikat Mitglied dieser Vereinigung und muß es auch jedenfalls bis zum Jahre 1915 bleiben, da in dieser Beziehung der Staat nichts anderes sein würde, als der Rechtsnachfolger der heutigen Aktiengesellschaft Hibernia, deren Rechte und Pflichten er auch in Bezug auf die Beteiligung am Kohlenyndikat zu übernehmen hätte. Ob dann der Staat sich veranlassen fühlen könnte, auch für seine andern Kohlenzweigen dem Kohlenyndikat beizutreten, ist eine Frage, die man heute nur als offen bezeichnen kann. Feste Beschlüsse dürften in dieser Hinsicht noch nicht vorliegen.“

Die Wirkungen der Brüsseler Jüdenkonvention äußern sich für die deutsche Jüdenindustrie bis jetzt in überaus günstiger Weise. Seitdem am 1. September vorigen Jahres die Ausfuhrprämien in Belgien kamen und der Jüden wesentlich billiger wurde, hat sich der inländische Konsum ganz beträchtlich gesteigert, und zwar in der Zeit von September bis Dezember 1903 um 38 Proz. gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1902, von Januar bis Juni 1904 um 41 Proz. gegenüber derselben Zeit des Jahres 1903. Seit September 1903 bis Ende 1904 sind 816 510 Tonnen veräußert worden, gegen 584 630 in der Zeit von September 1902 bis Juni 1903. Die Steigerung beträgt also 231 880 Tonnen. Dagegen ist allerdings die Ausfuhr gesunken, und zwar betrug sie vom 1. September bis 30. Juni in Raffinade umgerechnet 1903/04 683 205, 1902/03 706 719. Die Abnahme beträgt demnach 23 514 Tonnen. Nach Abzug dieser Rückzuführen ergibt sich noch immer ein Mehrkonsum von 185 366 Tonnen. Wie ganz anders malten sich doch in den Kreisen der Jüdenindustrie die Folgen der Brüsseler Konvention! Man erwartete nicht nur eine beträchtliche Steigerung der Heberzeugung, sondern auch eine milde Konkurrenz auf dem inländischen Markt, von der die Erzeugnisse mittlerer und kleinerer Fabriken, in weiterer Linie auch die Interessen der rübenbauenden Landwirtschaft bedroht würden. Man forderte sogar schon die geschliche Kontingentierung des Verbrauchs, wonach bestimmt werden sollte, wieviel Jüden jede einzelne Fabrik in den heimischen Verbrauch bringen dürfe. Wenn auch die Lage der Jüdenindustrie für manche Fabriken noch zu wünschen übrig lassen

mag, so sind doch alle Schwarzmalereien gründlich Lügen gestraft worden, und die Voraussage der Freunde der Brüsseler Konvention, daß sich der inländische Jüdenverbrauch wesentlich steigern würde, hat sich bewahrheitet.

Vom oberflächlichen Eisenmarkt. Der Beschäftigungsgrad der oberflächlichen Eisenhüttenwerke ist, wie die „**Breslauer Zeitung**“ meldet, zur Zeit noch befriedigend. Wenn auch in den letzten Wochen neue Abschlässe in geringerm Maße als vorher zu Stande kamen, so liegen doch noch aus den Vormonaten genügend Aufträge vor, um die Werke besetzt zu halten. Auch zeigen die ununterbrochen flott eingehenden Spezifikationen, daß der Bedarf ungehindert vorhanden, und es dürfte in kurzem daher wieder mit einer Aufnahme der Abschlußfähigkeit zu rechnen sein. Die Walzwerke verlangen noch immer für Feinwalzsorten sechs Wochen Lieferzeit, grobe Profile sind schneller zu haben. Auch der Trägermarkt liegt, trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit, noch verhältnismäßig günstig. Vor allen Dingen ist auch die Preisfrage fest, und es erscheint auch wenig wahrscheinlich, daß eine Herabsetzung eintritt, man kann im Gegenteil bei stärkerer Nachfrage mit Steigerungen rechnen. Die Erhebungen des oberflächlichen Roheisenyndikats haben denn auch ergeben, daß für das vierte Quartal weder eine Einschränkung noch eine Erweiterung der Roheisenzeugung erforderlich ist.

Rheinische Bergbau- und Hüttenwesen-Aktiengesellschaft, Duisburg. Die Generalversammlung beschloß die Erwerbung des Oberbiller Blechwalzwerks G. m. b. H. Dem hierzu abgeschlossenen Vertrage zufolge übernimmt die Rheinische Bergbau-Aktiengesellschaft die Verpflichtung, sofort die Herstellung eines Martin-Stahlwerkes vorzunehmen, das befähigt ist, den Bedarf des Blechwalzwerkes an Drammen für Bleche und Streifen vom 1. April 1905 ab zu liefern. Der gesamte Kaufpreis, der sich auf ungefähr 900 000 Mark berechnet, wird entrichtet durch Übergabe von neuen Aktien, die vom 1. Juli 1905 ab dividendenberechtigt sind und zum Kurse von 110 Proz. übernommen werden. Das Oberbiller Werk verpflichtet sich, mindestens 900 000 M. an Aktien zu übernehmen und den etwaigen Unterschied gegen den Kaufpreis bar herauszuzahlen. Die neuen Aktien bleiben zwei Jahre gesperrt. Im Zusammenhänge hiermit beschloß die Versammlung weiter, das Grundkapital von 5 400 000 M. um 900 000 M. zu erhöhen durch Ausgabe von 600 neuen Aktien zu je 1500 M. mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1905 ab, und ermächtigte die Verwaltung, die weiter erforderlichen Geldmittel im Höchstbetrage von 1 Million Mark bestmöglichst zu beschaffen, sei es durch Aufnahme einer Anleihe, sei es durch Bankkredit.

Coalsyndikat. Wie der Kohlen- leidet auch der Coalsmarkt unter Mangel an Absatz. Der Coalsverband des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats betrug der „**Rheinisch-Westfälischen Zeitung**“ zufolge im Monat Juli insgesamt 600 230 Tonnen gegen 651 887 Tonnen im Vormonat und gegen 729 427 Tonnen im Juli 1903. Hiervon entfielen 640 020 Tonnen auf Bechen und 20 210 auf Privatlofereien.

Ungarisches Getreide-Ernte. Der Bericht des Ackerbau-Ministeriums vom 15. August schätzt die diesjährige Ernte an Weizen auf 36,12 gegen 35,62 Millionen Doppelcentner, an Gerste auf 10,40 gegen 10,40 und an Hafer auf 8,74 gegen 8,84 Millionen Doppelcentner gegenüber dem Ausweis vom 1. d. M. Reis zeigt einen weiteren Rückgang. Hülsenfrüchte und Futtermittel sind noch weiter zurückgegangen.

Aus der Frauenbewegung.

Als Vertrauensperson der Arbeiterinnen wurde nach einem Vortrage der Genossin **Voss** aus Bremen in **Gen. v. G. u. W.** Genossin **Frau W. Geinig** gewählt. Es wurde beschlossen, eine Untersuchung anzustellen, ob die erwerbstätigen Ehefrauen der Gewerkschaftsmglieder ihrer Berufsorganisation angehören.

Soziales.

Aus den Geheimnissen des Strafvollzugs?

Aus Lügen wird gemeldet: „Ein junger Mensch, der erst kürzlich aus der Strafanstalt entlassen worden war, überfiel in Wittingendorf eine im Hause allein wohnende Frau, warf sie zu Boden und zerstückte Bierflaschen mit solcher Wucht auf ihrem Kopfe, daß die Scherben im Kopfe stecken blieben. Der verzweifelten Frau gelang es, einen lauten Hilferuf auszusprechen, worauf ihr Nachbar erschien. Der Puschle entwichte durch ein offenes Stübchenfenster, nachdem er erst noch einige Kästen nach Geld durchsucht hatte, wurde aber ergriffen und dem hiesigen Gerichte übergeben. An dem Auskommen der mißhandelten Frau wird gezweifelt.“

Es erhebt sich die Frage, was diesen jungen Menschen zu der anscheinend ganz unmotivierten schweren Mißhandlung der Frau getrieben hat. Sollte da nicht Geistesstörung vorliegen und wenn das der Fall ist: sollte sich das nicht bereits im Gefängnis, aus dem Thäter eben erst entlassen wurde, bemerkbar gemacht haben? In solchem Falle wäre die Unterbringung des gemeingefährlichen Menschen in einem Irrenhause notwendig gewesen. Wenn unsre Vermutungen über den Zustand des Menschen zutreffen, warum hat man das im Gefängnis nicht bemerkt oder wenn man es bemerkt hat, warum läßt man einen als gemeingefährlich erkannten Menschen einfach laufen?

Die von uns nach Strafanstaltsakten vor einiger Zeit geschilderten Fälle veranlassen uns, diese Fragen aufzuwerfen. Vielleicht ist es möglich, den vorliegenden Fall weiter zu verfolgen.

Arbeiter als Schöffen. Im **Breslauer Gewerkschaftskartell** wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß Arbeiter als Schöffen berufen werden. Jede Gewerkschaft soll dem Kartell ein oder zwei Mitglieder namhaft machen, die zum Schöffenamt geeignet sind, und dann soll die Liste dem Amtsgericht eingereicht werden mit dem Ersuchen um Benützung bei der Auswahl von Schöffen. Den Verdienstausschlag sollen die Gewerkschaften den Arbeiterschöffen erteilen.

Wieder eine Schwindelkassette zugezogen. Die **Deutsche Volkvericherungsgesellschaft** und **Unterstützungs-kasse**, erst in Gelsenkirchen, dann in Mülheim - Strum ist in postleilige Obhut genommen worden. Die Bücher sind beschlagnahmt. Gelder so gut wie gar nicht vorhanden. Die Kasse hatte viele Dumme eingefangen, die vergebens auf Erfüllung ihrer Ansprüche hatten.

Litterarisches.

Marktisches Wanderbuch. Verlag **Julius Straube**, Berlin SW. Dieser Führer durch die Markt zeichnet sich aus durch sorgfältiges und ausführliches Eingehen auf alle beachtenswerten Einzelheiten der dargestellten Tourten, ohne doch zu umfangreich oder zu teuer zu werden. Der Preis von 2,50 M. für ein dreibändiges Buch ist nicht zu hoch. Freilich ist ein dabei unüberwindlicher Mangel, daß es nicht die ganze Markt behandelt, sondern nur einen Teil derselben in der Form, daß Berlin den Mittelpunkt bildet. Der als Band III in 20 Sektionen beigegebene Atlas umfaßt ein Gebiet, das begrenzt wird durch die Punkte **Hebbellin**, **Schwielowsee**, **Hohenhausen**, **Scharnhölfersee**. Sonst enthält der Führer noch die zum Teil noch über die hier genannten Grenzen hinausreichenden 18 Karten im Text. Ein Vorzug des Buches ist die Angabe der Entfernungen in Kilometern von Ort zu Ort bei den geschilderten Ausflügen, ein Mangel ist es jedoch, daß in den Atlas kein Maßstab eingezeichnet ist. Der Mangel macht sich um so fühlbarer, als der Maßstab 1 : 100 000 für die Umrechnung der Entfernungen nicht

gerade sehr handlich ist. Es sind als Vorzüge des Führers noch zu nennen die Einteilung der Ausflüge in Anlehnung an die Bahnlängen und eine Anleitung für das Gurechtfinden im Gelände, die dem Neuling sehr willkommen sein dürfte.

Eingegangene Druckschriften.

Gesundheitspflege auf dem Lande. Von Kreisarzt Dr. Ridel. Heft VII der Veröffentlichungen des Deutschen Vereins für Volksbildung, herausgegeben von Dr. R. Beerwald. München und Berlin, R. Oldenbourg. 65 S. Preis 40 Pf. Von 1000 Gr. ab 35 Pf., von 200 Gr. ab 30 Pf., von 500 Gr. ab 25 Pf., von 1000 Gr. ab 20 Pf., von 2000 Gr. ab 18 Pf.

Kommunale Praxis. Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde-Socialismus. Herausgeber Dr. Albert Südekum, Berlin W. 15. Die neueste Nummer der „Kommunalen Praxis“ enthält den dritten Artikel von Dr. Hugo Lindemann über das dem Bremer Parteitag zu unterbreitende Kommunalprogramm. Weiter ausgebaut ist die Rubrik Gesundheitswesen und Arbeitererhebungs-Institute, die eine Reihe sehr beachtenswerter Notizen bringt. Neben einem reichen Nachrichtenanteil aus allen Gebieten des Gemeindelebens umfasst die „Kommunale Praxis“ auch einen juristischen Sprechsaal, in dem alle Fragen, die das Gemeindeleben betreffen, kostenlos beantwortet werden. Die „Kommunale Praxis“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kostet vierteljährlich 1,50 M. Probe-nummern werden gratis und franco der Verlag, Berlin W. 15.

Werbe gesund! Zeitschrift für Volksgesundheitspflege und Krankeitsbekämpfung. Herausgegeben von Dr. med. Georg Liebs. 8. Heft. Erlangen 1904. Verlag Theodor Kistner, Universitäts-Buchhandlung.

Protokoll des fünften Internationalen Hand Schuhmacher-Kongresses. Abgehalten im Gewerkschaftshaus in Stuttgart 22. bis 26. Mai 1904. Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Hand Schuhmacher. 54 Seiten.

Wartburg-Stimmen. Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. 2. Jahrgang, Nr. 9. August 1904. Preis vierteljährlich 4 M. Thüringische Verlags-Anstalt Eisenach und Leipzig.

Nomen. Entschädigung für unschuldig erlittene Verhaftung und Bestrafung. (Quintessenz der Sammlung deutscher Reichsgerichte Nr. 73.) Berlin 1904.

Bruno Voersch. Unsere Grenzstreitigkeiten und gewerkschaftliche Taktik. 26 Seiten. Verlag des Verbandes der in Gemeinden und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten, Berlin W. 57, Sälzowstraße 21.

Dr. Fr. Naumann. Der Streit der Konfessionen um die Schule. Preis 60 Pf. Buchverlag der „Hilfe“, Berlin-Schöneberg. 1904.

beschlagnahm. zur Stelle steht. — **Albert 100.** Der Herr ist im Thron. Ihr Sohn soll Herrschaft der Platte verlangen. — **M. R. B. Ja.** — **Erbe.** Wiederholen Sie die Anfrage unter Angabe, wo und wann Ihr Bruder geerbt hat und wo der erste Obenost war. — **S. J.** Ihre Fragen sind unverständlich. — **Novak.** Deine, Alt-Moabit 106, Heinemann, Kronenstr. 8/9. — **W. Z. 123.** 1. Rein. 2. Und unbekannt. **K. 20.** Der Verkäufer ist schuldenschiefer. In Höhe Ihres Schadens können Sie Zahlung der Restschuld verweigern. — **H. P. 52.** Für das Grundstück käme Österreichisches, für das übrige Vermögen deutsches Recht in Betracht. Auf Ihrer Seite können die drei Geschwister, auf Seiten der Ehefrau die Mutter und die Geschwister neben deren Erbgängen als Erben in Betracht. Am besten machen Sie mit Ihrer Ehefrau ein wechselseitiges Testament. — **S. 2.** 1. Entziehen Sie der Frau die Schlüsselgewalt, indem Sie beim Amtsgericht II die Entziehung der Entziehung im Güterrechtsregister beantragen. 2. Bis zur Entziehung müssen Sie für die für den Haushalt gemachten Schulden aufkommen. — **Weidenweg 37.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja, er macht sich strafbar. — **Wette um 10.** Von 25—50 Proz. Gewinn kann das nur der Arzt sagen. — **C. G. 100.** Für die Frau muß geliebt werden. — **M. W. 100.** Sie machen sich unbedingt strafbar. — **Winnier.** Kommen Sie unter Vorlegung des Sachverhalts und Beibringung eines Hebammenzeugnisses um Befreiung von der Uebung beim Bezirkskommando ein. Die Unterführung beträgt etwa 75 Pf. bis 1 M. und für jedes Kind noch 25—30 Pf. täglich. — **1000.** 1. Die Verteilung von Programmen auf der Straße ist ohne polizeiliche Erlaubnis verboten. 2. Der Geber war zur Begrüßung berechtigt. 3. Rein. — **M. W. 88.** 1. Nur für die lautende und die vorangegangene Wahlperiode. 2. Nein. 3. Als Obenost ja. 4. Rückgängig kann die Taufe nicht gemacht werden, wohl aber können Sie das Kind anderweitig taufen lassen.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet: 7 Uhr.

M. H. B. 1. Sie können ohne Anwalt erscheinen. 2. Ein Armenzeugnis vom Armenrath der Ihres Bezirks beschaffen und das mit der Bitte um Bemühen des Armenrechts und Beibringung eines Nichtsanwalts unter Angabe dessen, was Sie auf die Klage anzuführen haben, dem Gericht einreichen. 3. Er muß schwören, wenn ihm kein anderer Grund zur Verweigerung der Klage (z. B. nahe Verwandtschaft, Selbst-

Seelachs

pro Pfd. 17 Pf.
im Anschnitt 22—23 Pf.

Alle Fischarten sind infolge großer Fänge (werden in großen Mengen) eingetroffen. Die mannigfachen Zubereitungen sind aus dem umfangreichen Seefisch-Kochbuch, das jeder Käufer gratis erhält, ersichtlich.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstrasse 30, Landsbergerstrasse 52-53 | Madaistrasse 22,
(am Moritzplatz) (der Kurzenstr. gegenüber) (im Schlesischen Bahnhof).

Schellfische

in allen Grössen pro Pfd. 17-25 Pf.

Rotzungen

pro Pfd. 35—40 Pf.

Bratflunder

pro Pfd. 20—25 Pf.

Nur noch kurze Zeit!

Flotten-Schauspiele

Kurfürstendamm 153—155.
Straßenbahn-Verbindung: Länien A, A/E, T, V, 91.

Größte Wasser-Schauspiele der Welt

auf 8000 qm großem See. 22/13

In die Luft sprengen von Kriegsschiffen.

Vorstellungen: **Wochentags 4 und 8 Uhr. Mittwoch: Billiger Tag!**
Sonntags 3, 5 1/2 u. 8 Uhr. **Donnerstag: Elite-Tag.**

Das Richtige sehen

Es für jeden Menschen von größter Bedeutung, umsonst aber für denjenigen, dessen Augen durch anstrengendes Sehen oder unpassende Gläser geschwächt sind. Jeder Brillenbedürftige, ob weit, kurz oder übersichtig, sollte deshalb beim Kauf eines Augen-glasses darauf achten, daß ihm dieses auch genau paßt. Das altbekannte Institut für Präzisions-Optik von

Carl Buttendorff, Berlin N., Weinbergsweg 15b

(6. Laden vom Rosenthaler Thor)

bietet jedem Käufer Gewähr für richtiges Anpassen aller Augengläser.

Stahl-Brillen und Pincenez	v. Mk. 1,00—3,50
Nickel- " " "	" " 1,50—4,00
Double " " "	" " 3,50—13,00
Gold- " " "	" " 8,00—40,00

Für außerhalb Wohnende: Prospekt zum Selbstbestimmen der Sehschärfe sowie Kataloge über Brillen, Kiemer, Ferngläser usw. kostenlos. 50742*

Wo?

ist der schönste Ort für Landpartien und Ausflüge der Dampf-, Kramler und zu Fuß durch den Grunewald zu erreichen? Auf der Insel Fischelwerder. Wiederholung zum Freund. Bei schlechtem Wetter Unterkunft für 1500 Personen.

W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Special-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen. 100662*

Auf vielseitigen Wunsch unternimmt ich

Dampfer-Extra-Fahrten.

I. Sonnabend, den 20., und Sonntag, den 21. August: je eine Fahrt nach **Teupitz**. Abfahrt 7 Uhr früh. Fahrpreis hin und zurück 2 Mark.

II. Sonnabend, den 20. August: nach **Ziegenhals**. Abfahrt 8 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags. Fahrpreis hin und zurück nur 50 Pfennig. Rückfahrt 7 1/2 Uhr abends.

III. Sonntag, den 21. August: nach **Neue Mühle**. Abfahrt 7 und 10 Uhr vormittags. Fahrpreis hin und zurück 1 Mark. Rückfahrt 7 und 8 Uhr abends.

Abfahrt in Berlin: An der Straßauerbrücke, Ecke Wallenbrücke, L. Kahnt-Straßen.

Gelegenheitskauf

Sowelt der Vorrat reicht, verkaufen wir

gr. Partie-Posten

Teppiche, Gardinen, Portieren etc.
auch einzeln zu 59311*

fabelhaft billigen Preisen.

Jede Hausfrau besitze diese günstige Gelegenheit!

Teppichhaus

B. Adler & Co.

Königstr. 20-21, an der Judenstrasse,
im altbekannten Lokal beim Rathaus.

Arb.-Gesangverein „Vineta“

M. d. Arb.-S. B.

Der Jahlabende wegen haben wir unsre Uebungsstunden von Mittwoch auf Donnerstag verlegt. Stimmbegabte Herren, welche gewillt sind, dem Verein beizutreten, finden freundliche Aufnahme Donnerstags von 6—11 Uhr in der Uebungsstunde bei Lehmann, Uedomstr. 27a. 4665

Kautionsfähiger Gekonom

(verheiratet) zur sachgemäßen Leitung eines Gewerkschaftshauses in mittlerer Stadt Rheinlands gesucht. Frau muß bürgerliche Küche beherzigen. Gehalt 1200 Mark bei freier Station und Wohnung. Parteigenosse bevorzugt. Reflexanten wollen ihre Offerten mit Angabe von Referenzen und Schilderung ihrer bisherigen Thätigkeit unter V. S an die Expedition dieses Blattes richten. 72*

Schloßpark Wilhelmshof a. d. Gberspree.

Inhaber Ch. Fennel.

Sonntag, den 21. August 1904:

Großes Extra-Militärkonzert

zur Erinnerung an die Schlacht von St. Privat, verbunden mit Schlichtungsst. 9 Uhr: Großer Fackelzug durch das ganze bengalisch erleuchtete Gäßchen. 232

Jedes Kind erhält an der Kasse eine Strolcherlaterne gratis.

Freie Sonnabend, 20. August, abends 9 1/2 Uhr, von der Michaelstr. Brücke: 465b

Große Extra-Dampfer-Mondschein-Fahrt

mit Musik nach Müggelwerder. Tafel: Gr. Sommerachts-Ball. Fahrpreis hin und zurück nur 50 Pf. Lang frei.

AUSVERKAUF.

Wegen fortwährender Mietssteigerung — jährlich 1500 Mark — bin ich gezwungen, mein großes Lager in

Hüten, Schirmen, Mützen, Krawatten

u. s. w. zu verkaufen, es kommen nur meine bekannt guten Qualitäten zum Verkauf und ist jeder berechtigt, bei Bezahlung 10% in Abzug zu bringen.

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stalitzerstraße.

Ein goldspinnendes
Rohr
mit
Spektrum

183 unversen

Club-Haus

72. Kommandanten - Straße No. 72.
Jeden Sonntag: 54832*

Grosser Ball.

Empfehle meine drei Festtage zu Versammlungen u. Festlichkeiten. Habe noch Sonnabende und Sonntage frei. H. Ebert.

Nathan Wand,

129 Stalitzerstr. 129.
Die schönsten 262*

Herren-Sommer-Paletots und Anzüge

in neu, sowie speziell Monats-Garderobe

von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Rauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand,

129 Stalitzerstr. 129.
Nachbarnstation Kottbuscherthor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Die schönsten Herren!

Anzüge, Paletots, Hosen in neu, sowie von

feinsten Herrschaften

feinsten Kavaliere, feinsten Reisenden, nur kurze Zeit getragen, Monats-Garderobe für jeden Herrn passend am Lager, wird täglich spottbillig verkauft.

J. Wand, Prinzstraße 17, Gr. Frankfurterstraße 116.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.

Bestellungen n. Nach. Tabell. Ausst. Werkstatt im Hause.

J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

Remontoir-Uhr

geschliffen gestempelt, oder sonst prachtvolles Schmuckstück erhält jedermann als Prime 100/15*

vollständig gratis, welcher unsre 10 Sammlungsgegenstände, per Stück a M. 1,65 lauft oder verkauft. Senden Sie kein Geld sondern nur Ihre Adresse an die Firma

Waag & Nonnenmann, Pforzheim, Goldwarenfabrik und Versandhaus.

Jos. Gremmer's Wwe.

Landshut, Bayern.
Erste und Älteste

Brasiltabakfabrik

Brasilhaupttabak per Pfd. Mk. 1,70, Mk. 1,50 und Mk. 1,30. Von 6 Pfd. an franco.

Staniol-Packete zum 10 Pfg. und 5 Pfg.-Verkauf

Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle.

Per Cassa von 6 Pfd. an 3 Proz. Sconto und 3 Proz. Jahresumsatzprämie.

S. Piket,

Herren- und Knaben-Garderoben,

jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden.

Zeige meiner geehrten Kundschaft hierdurch ergebenst an, dass ich mein Geschäft von Prinzenstr. 77 in die bedeutend vergrößerten Räume

44 Prinzenstr. 44,

gegenüber dem alten Geschäft, verlegt habe. 59841*

Monats-Garderobe.

Josef Fischer

Kohlen-Großhandlung Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Preise ab Was von 10 Ctr. an Sonntag. Halbt. p. Ctr. nur 60 Pf. Sonntag. Sal.-Brik. 6 od. 7 Ann. 65 Pf. Anna, Adler, Marie Sonntag. Adler la Henckels Werke 6 od. 7 Zoll, nur 75 Pf. nur 85 Pf. Frei Keller pr. Ctr. 10 Pf. mehr.

Bruch, Steinkohlen, Coaks, Holz zu billigsten Sommerpreisen. 60 Sandbögen verleihe zu Kohlen.

Wegen Todesfall 1 Drehplanino, 1 Schokoladen-Automat, gut erhaltenes Nähmaschinen, Klavier- und Schloffer-Gewerzeug und eine Ständuhr mit verteilbarer Scheibe. Belle-Alliancestr. 73 bei Sitze Croffer.

Brosds Gesellschaftshaus

am Dinerthier.

Inhaber: **H. Degebrodt** vom Grandhotel am Müggelsee.

Empfehle Familien, Vereinen und Korporationen für Sommerurlaube und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Zwei große Säle, Hallen, genügende Nebenräume, Belustigungen aller Art. Coullante Preise.

H. Degebrodt. 451b

Von der Reife zurück. **Dr. Levy,** Swinamünderstrasse 126.

Ein Wink für jede Hausfrau.

Abfahrt von Jannowitzbrücke (Restaurant Sankt-Hel) früh 9 Uhr und mittags 2 1/2 Uhr. — Rückfahrt 1/2 Uhr und 1/2 Uhr. 432b

Preis hin und zurück 75 Pf., Kinder 50 Pf., NB. Von Montag ab sämtliche Wochentagsfahrten 50 Pf., Kinder die Hälfte. Es laßt ergebenst ein

Hormann Gärtner.

Reederei Nobiling.

Morgen, Sonntag: Dampfer-Extrafahrten mit Musik nach der **Berliner Schweiz** Zwiebusch, Gosener Berge. Dort: Konzert und Tanz.

Abends: **Höhenfeuer und Alpenglühn.**

Abfahrt von Jannowitzbrücke (Restaurant Sankt-Hel) früh 9 Uhr und mittags 2 1/2 Uhr. — Rückfahrt 1/2 Uhr und 1/2 Uhr. 432b

Preis hin und zurück 75 Pf., Kinder 50 Pf., NB. Von Montag ab sämtliche Wochentagsfahrten 50 Pf., Kinder die Hälfte. Es laßt ergebenst ein

Hormann Gärtner.

Täglich: Billigste Dampfer-Extrafahrten

von der Michaelstr. Brücke

nach Müggelwerder mit Musik. Abfahrt 9 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags. Preis für bleibende Gäste 30 Pf. hin und zurück. Sont. 40 Pf. Kinder die Hälfte. Sonntags einfache Fahrt 40 Pf. 57852*

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 20. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Königl. Opern-Theater.
Die Riedermans.
Belle-Alliance. Kam'rad Lehmann.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Robert der Teufel.
Wein. Liebesbändel.
Berliner. Japhetstreich.
Neues. Einen Jux will er sich machen.
Reizend. Die 300 Tage.
Klein. Nachtasyl.
Trianon. Die Rotbrücke.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Central. Einmalabend von Fritz Reuters Werken.
Hypok. Venus auf Erden. Specialitäten.
Herrnfeld-Theater. Nur eine Nacht. In einem Reigen.
Stadt-Theater Moabit. Der rechte Kustochel.
Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. La belle Georgette. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Die Insel Rügen.
Zwischenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Salomo. Logik des Herzens.
Central-Theater
8 Uhr: Einmalabend aus Fritz Reuters Werken: 1. Die Kamellen. 2. Lächeln und Nimmeln. 3. Hamme Käses Abschied. 4. Jochen Babel. 5. Heißes letztes Ständlein. 6. Ein kleiner Beamter.
Emil Richard, 1. Hofkapellmeister, a. G. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Belle-Alliance-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Kam'rad Lehmann.
Im Sommergarten Anfang 8 Uhr:
Grosses Cake walk - Fest.
Curt Goldmanns - Konzert und große Specialitäten - Vorstellung. Gratis-Verlosung u. drei wertvollen Ringen.

Residenz-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwan in 3 Akten von Paul Gerault u. Robert Charney. Deutsch v. H. Palm. Ober Richard Alexander in der Hauptrolle.
Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Des Pastors Kleck.
Trianon-Theater.
Georgenstraße zwischen Friedrichs- und Unterfildstraße.
Die Rotbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Grefac und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.
7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.
8 Uhr:
Venus auf Erden.
Operette von Paul Lincke.
9 1/2 Uhr: Die phänomenalen Attraktionen des grossen August-Programms und Rob. Steidl mit neuen Schleglern.
Bernhard Rose-Theater
Geleindbrunnen, Bahstraße 68.
Heute: Grosses Sommerfest verbunden mit Garten-Konzert und Theatervorst. Auftreten sämtlicher Specialitäten, u. a. Paul Coradini. X. Lalours et Angola. Weiterhin das Volkstheater
Wie einst im Mai.
Im Saale:
Gr. Sommernachts-Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Sanssouci.
Kottbuser Thor - Stef. der Dönhofs
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Sonne:
Tanzkränzen.
Reiz zum Schluß: Reiz!
Unser Kind.
Geranto, Med. - Fleur: Paul Wittow, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Schwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Morwisch-Oper.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Robert der Teufel.
Romantische Oper in 5 Aufzügen von G. Meyerbeer.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Oberon, König der Elfen.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Geschlossen inkl. Sonnabend.
Morwisch-Oper.
Sonntagmittag 3 Uhr
bei halben Preisen:
Der Freischütz.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büchel.
Der Postillon von Loujumeau.
Im Garten: Grosses Militärkonzert.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62
Passage-Panopticon.
Das Bärenweib, lebend.
Der 16-jährige Rosenknaab
Der lange Josef
217 cm gross.
Nada und Monos, Gedankenspieler.
Der Leichenfund.
Aga, die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Das grösste Ehepaar der Welt
Die grösste Sehenswürdigkeit des 20. Jahrhunderts.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: Der See-Elefant.
Eintritt vom Garten 20 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Cirkus Sarrafini.
Grösster und elegantester Zelt-Cirkus Europas.
Täglich:
5 dressierte Havanna-Schweine.
Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D.
Henry Bender, Josef Josephi.
Anton Grünfeld, Friedl Frid.
Der grösste Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-ästhetische Revue in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Sommer-Fest des Verbandes der **Maurer.**
Ein Berliner Augenichts.
Dazu die erstklassigen Specialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche v. 3 Uhr ab.
BALL.
Bei schönem Wetter Vorst. im Saal.
Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 7 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Der rechte Weg. Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten. Salanello-Trio. Wardina. Grigolati-Truppe. Konzert, Ball, Specialit. Anf. 4 Uhr. Entr. 30 Pf. Rum. 50 Pf.
Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen
und **Quartett-Sänger.**
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.
Am Sonntag, den 21. August 1904, vormittags 10 Uhr, findet in Charlottenburg, Solihaus, Refinestr. eine **Versammlung** sämtlicher in Charlottenburg wohnhaften Rohrleger und Helfer statt.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Kollegen, auf den Besuch der Versammlung kommt es an, ob etwaige Befehle für weitere Massnahmen gefast werden können, daher ist ein zahlreiches Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend notwendig.
Die Ortsverwaltung.
110/15
Konsumgenossenschaft von Adlershof u. Umgegend
Sonnabend, den 27. August 1904, abends 8 Uhr, im Lokal von Weitzer, Adlershof (am Bahnhof): 125/2
Ausserordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Wahl von drei Ausschussmitgliedern. 2. Vortrag des Genossen L. Broschauer über „Unser Gewerkschafts-Verband“. 3. Geschäftliches. **Der Vorstand:** Hermann Hildebrandt, Wilhelm Kohl, August Siska.

Bildhauer!
Montag, den 22. August, abends 8 Uhr, Industrie-Festale, Reuthstr. 19/20:
Oeffentliche Versammlung.
Tagesordnung: Der Streik bei Pfaff.
Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist notwendig. Die Agitationskommission.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
(XIII. Berliner Winter-Saison.)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ope.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Doan Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Öffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Schweizer-Garten
am Königspl., am Friedrichshain 29/32.
Täglich: Theater, Ball u. Specialitäten-Vorstellung.
Das Viferl, Das Damenregiment.
Große Posse mit Ballett u. Evolution von Ch.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**

Gustav Behrens Specialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Sonnabend, den 20. August:
Grosse Eröffnungs-Gala-Vorstellung.
Erstklassige Kräfte, ausserordentliches Programm. Anfang 7 Uhr.

WINTER GARTEN
Eröffnungs-Programm.
Pas de Deux oriental.
Tilly Böbb mit ihren 12 Löwen
Paula Worm, Operettensängerin.
Ital. Harfenorchester, 23 Harfenistinnen.
Rudolf Segommer, Ventriloquist.
Severin und Mlle. Dorville in der Pantomime „Der Trunkenbold“.
Die Klein-Familie, Radfahrer.
Die 8 Cocktails, Tanz-Ensemble.
Die Beggones, komische Jongleure.
Die 3 Meteors, Hochturner.
Marcell Salzer, Vortragskünstler.
Biograph, darstellend d. Ringkampf zwischen Hackenschmidt u. Jenkins.

Ostbahn-Park.
Am Köstritzerplatz, Adlersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Stukkateure der Firma Junkersdorf!
Montag, den 22. d. M., abends um 7 Uhr, also von der Arbeit aus große Werkstatthung bei Wehnacht, C. Grünstr. 21. Das Erscheinen aller ist dringendst. 175/2

Achtung! Glaser! Achtung!
Sonnabend, den 20. August, abdo. 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):
Mitglieder-Versammlung.
Nur mit Mitgliedsbüchern versehenen Kollegen haben Zutritt. 73/8

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgen. Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.)
Sonntag, den 21. August, nachmittags 5 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Antrag betreffend eine zu erteilende Umfrage über die Zahl der Organisierten in den einzelnen Betrieben, verbunden mit Auskünften über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Verschiedenes. 3. Angelegenheiten. 159/1 Die Ortsverwaltung.

Central-Verband deutscher Brauereiarbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauerei).
Sonntag, den 21. August, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Sassenbach über das Thema: Haben konfessionelle Gewerkschaften eine Existenzberechtigung? 2. Neuwahl von drei Verbands-Ausschussmitgliedern. 3. Beschließung über Verteilung eines besoldeten Beamten für die Sektion I und event. Wahl desselben. 4. Abrechnung vom zweiten Quartal. 5. Sonstige Vereinsangelegenheiten. 6. Verschiedenes. 41/14
In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tages-Ordnung ist das zählige Erscheinen der Mitglieder unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- u. Cementbranche. Gruppe Cementierer.
Sonntag, 21. August, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale Brunnenstr. 188:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes
Um rege Teilnahme der Mitglieder an der Versammlung ersucht
Der Vorstand.
148/10

Verband der Möbelpolierer
Montag, den 22. August, abends 8 1/2 Uhr, Admiralstraße 18c:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kleinlein über: Industrieverbände oder Berufsverbände. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, diese Versammlung pünktlich und recht zahlreich zu besuchen. - Diejenigen Kollegen, welche noch Billets von der Dampferpartie abzurechnen haben, werden hiermit aufgefordert, dem sofort nachzukommen.
147/8 Der Vorstand.

Marmor-Stukkateure!
Heute abend 8 1/2 Uhr bei Ständer, Hohenstaufenstraße 79: 175/13
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Unre Lohnbewegung. 2. Verschiedenes.
Eintritt gegen Legitimation durch das Mitgliedsbuch.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Lohnkommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.
Sonntag, den 21. August, morgens 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal IV:

Versammlung der Former und Berufsgenossen.
Tagesordnung:
1. Der Stand des Streiks und der Aussperrung. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Achtung! Diese Versammlung ist hauptsächlich für die in Arbeit stehenden Kollegen bestimmt und werden diese deshalb hauptsächlich ersucht zu erscheinen.
Sonntag, den 21. August, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Feilenarbeiter
im Lokale von Sachse, Lindowstr. 26.
Tages-Ordnung:
1. Regelung des Arbeitsnachweises. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.
119/17
In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tages-Ordnung ist das zählige Erscheinen der Mitglieder unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Schutzpolitik und socialdemokratische Arbeiterpolitik.

V. Wie steht es mit der Grundrente?

Es kann unerörtert bleiben, wie Schippel zu seinem Agrarier-...
als Schippel noch im Sinne der volkswirtschaftlichen Theorien von...
Robbertus stand, mit sprechen über die Grundrenten-Theorie...

Kun kann allerdings ein Fall der Grundrenten und Bodenpreise...
unter gewissen Bedingungen tatsächlich eine Ein-...
schränkung des Anbaues, einen Rückgang des landwirtschaftlichen...
Gesamtbetriebes zur Folge haben; aber keineswegs muß diese Folge...

Schippel ist man der Ansicht, daß die Höhe der Grundrente zu der...
An- und Abnahme des landwirtschaftlichen Gesamtbetriebes in Wechsel-...
beziehung steht: fallende Grundrente bedingt Rückgang des Betriebes...

Wir in Deutschland haben die praktische Probe auf das...
Exempel noch nicht gemacht, weil unsere Agrarzölle die...
historisch gewordene Grundrentenbildung leidlich...
aufrecht erhalten und jedenfalls ihren voll-...
ständigen Zusammenbruch abgewehrt haben. Aber...

Schippel gilt also seine Folgerung als triviale Selbstverständ-...
lichkeit. Trivial mag sie sein — aber selbstverständlich keineswegs...

Statistische Aufnahmen der landwirtschaftlich benutzten Fläche...
fanden in Deutschland 1878, 1883, 1893 und 1900 statt. Danach...

Table with 4 columns: Year (1878, 1883, 1893, 1900), Acker u. Gartenland, Wiesen, Weideland.

Dagegen betrug in Großbritannien (Irland lassen wir...
weg, weil dort mit einzelnen statistischen Aufnahmen erst später be-...
gonnen worden ist):

Table with 4 columns: Year (1871/75, 1881/85, 1893, 1900), Acker u. Gartenland, Wiesen u. Weideland.

Wir sehen, in Deutschland hat das Ackerland um ein Gerings...
genommen, dafür aber das Wiesen- und Weideland abgenommen...

Betrachten wir nun die Benutzung des Acker- und Garten-...
landes. In Deutschland kamen auf den Acker von:

Table with 4 columns: Year (1873, 1883, 1893, 1900), Getreide u. Hülsenfrüchte, Kartoffeln.

Die Erntefläche der Hauptgetreide-Arten Deutschlands...

Table with 4 columns: Year (1878, 1883, 1893, 1900), Weizen, Roggen, Gerste, Hafer.

In Großbritannien betrug der Anbau von:

Table with 4 columns: Year (1871/75, 1881/85, 1893, 1900), Getreide u. Hülsenfrüchte, Kartoffeln.

Die Erntefläche der Hauptgetreide-Arten Großbritanniens...

Table with 4 columns: Year (1871/75, 1881/85, 1893, 1900), Weizen, Gerste, Hafer.

Während in Deutschland der Anbau von Getreide und Hülsen-...
früchten um 2 bis 3 Prozent zugenommen hat, ist er in Groß-

britannien um ca. 22-24 Prozent zurückgegangen; aber dieser...
Rückgang betrifft fast ausschließlich den Anbau von Weizen, Erbsen...
und Bohnen; der Anbau von Gerste ist fast gleich geblieben...

Die gesamte landwirtschaftliche Fläche hat also in Groß-...
britannien durchaus nicht abgenommen; im Gegenteil sie hat sich...
mehr ausgedehnt als in Deutschland. Der Anbau von Weizen...

Nach den deutschen Viehzählungen von 1873, 1892 und 1900...
waren im Deutschen Reich vorhanden:

Table with 3 columns: Year (1873, 1892, 1900), Pferd, Rindvieh, Schafe, Schweine.

In Großbritannien wurden gezüchtet:

Table with 3 columns: Year (1871/75, 1892, 1900), Pferd, Rindvieh, Schafe, Schweine.

Auch die Viehzucht hat also unter dem Fall der Grundrente...
nicht ab- sondern zugenommen; allerdings hat sie unter dem Druck...
anderer Verhältnisse ebenfalls teilweise andre Bahnen eingeschlagen...

Wir sehen, die Behauptung Schippels, daß der Fall der Grund-...
rente in England eine Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion...
herbeigeführt hat, ist absolut unrichtig. Die englische Land-...
wirtschaft hat auch unter der stetig fallenden Grundrente bedeutende...
fortschritte gemacht.

Die Entwicklung der englischen Landwirtschaft aller Art zeigt...
den deutlichen Uebergang zum Ackerbau, was bei uns bisher...
immer noch die Grundrenten auf einer zu hohen Basis gehalten...

Heute hat die englische Landwirtschaft allen Anschein nach die...
schlimmsten Zeiten überstanden. Schon der 1895 von der obigen...
Kommission erstattete Bericht kommt in Bezug auf die Distrikte, wo...

Bergleichen man jedoch mit dieser Entwicklung der englischen...
Landwirtschaft die Resultate der deutschen und zieht dabei in Betracht...
in welchem Maße seit 25 Jahren der deutsche Großgrundbesitz durch...

Während in Deutschland der Anbau von Getreide und Hülsen-...
früchten um 2 bis 3 Prozent zugenommen hat, ist er in Groß-

opfer umsonst gebracht sein, dann werden sie nur dazu...
genötigt haben, den großen Grundbesitzern ihre...
„Rebennuen“ nach einige Jahrzehnte länger...

Der englische Großgrundbesitz hat freilich das Fallen der Grund-...
rente, Bodenpreise und Pachten schmerzhaft empfunden. Das Rein-...
einkommen der großen Grundbesitzer hat sich nach den Feststellungen...

Ein ähnliches Schicksal würde auch den deutschen Großgrund-...
besitz getroffen haben, wenn nicht die fremde Konkurrenz durch...
Agrarzölle stark abgeschwächt worden wäre — ganz zweifellos. Aber...

Während Genosse Schippel sich erst lange überlegte, ob er über-...
haupt der Aufforderung unserer Reichstags-Fraktion nachkommen...
solle oder nicht, und dann zur Darlegung seines Standpunktes über...

Genosse Schippel ersucht uns um Aufnahme des Folgenden:

Da gerade in diesen Tagen eine Anekdote die Berliner...
Parteienossen neuen unruhigen Streit provozieren könnte, so lege ich...
auf die folgende sofortige Verächtigung Wert.

Ich füge hinzu, daß ich nächsten Dienstag im...
Berliner Wahlkreis, dem ich angehöre, das unqualifizierbare Verhalten...
des „Vorwärts“-Redakteurs öffentlich zur Sprache zu bringen...

Berlin, den 19. August 1904. Rag Schippel.

Die neueste Anwendung des § 153.

An der Spitze des lokalen Teiles berichteten wir gestern über...
einen seltsamen Streitprozeß, der sich in der 134. Abteilung des...

Der Metallarbeiter Hermann Krüger war beschuldigt, den...
Vädermeister Schliephake durch Drohungen, Ehrverletzungen und...
Verunsicherungen in beschränktem Kreise, die geeignet waren,...

aufgeführt. Die Anklage gegen Krüger stützte sich auf folgende...
Umfänge: Am 5. Juni, morgens gegen 5 Uhr, wollte ein zehn-...
jähriges Mädchen den Laden Schliephakes betreten, um Frühstück...

Durch die Verhaftung wurde der Inhalt der Anlage im wesentlichen bestätigt. Der Staatsanwalt hielt dem auch Krüger des Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung für überführt, insonderheit auch bezüglich des Neuen Schliephage. Krügers Absicht sei gewesen, Schliephage durch fortgesetztes

Chikanieren und Terrorisieren

mühe zu machen, damit dieser die Forderungen der Gesellen bewillige. Da Krüger Metallarbeiter, also am Väterstreik unbeteiligt, aber, wie er zugegeben, Sozialdemokrat sei, so habe er nur im sozialdemokratischen Partei-Interesse gehandelt. Gegen den Terrorismus dieser Partei mühten die Gewerbetreibenden, die Arbeiter (1) und das Publikum energisch gegen ihn zu werden. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Koppel, in Vertretung des Rechtsanwalts Heinemann, nahm Veranlassung gegen diese

ganz neue Auslegung

des § 153 der Gewerbe-Ordnung seitens der Anklagebehörde entschieden Verurteilung einzulegen. Seine Ansicht nach könne dieser Paragraph im vorliegenden Falle überhaupt nicht herangezogen werden, denn es sei ihm unerfindlich, wie Milchhändler, Krüger, Bäckermeister und zehnjährige Mädchen zur Teilnahme am Streik der Bäcker-Gesellen veranlaßt werden könnten. Und was nun gar den Bäckermeister Schliephage betreffe, so sei dies ein offenkundiger Widerspruch. Dieser könne doch nicht mehr betrogen werden, sich den Bestrebungen anzuschließen, die

gegen ihn selbst gerichtet

wären. Krüger habe nicht aus persönlichem Interesse, sondern aus eigenem Antriebe heraus, gewissermaßen von einem idealen Standpunkte aus gehandelt, weil er die Forderungen der Gesellen für berechtigt hielt und sich gedrungen fühlte, das Seine zu deren Durchführung beizutragen. Sollte der Gerichtshof zu einer Verurteilung kommen, so beantrage er die zulässig niedrigste Strafe. Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Beratung zurück. Nach längerer Zeit lehrte er jedoch wieder zurück und der Vorsitzende erklärte, es habe sich herausgestellt, daß einer der beistehenden Schöffen

Mitglied der sozialdemokratischen Partei

sei. Er frage deshalb den Staatsanwalt, ob er den Antrag auf Ablehnung dieses Schöffen wegen Befangenheit stelle. Der Staatsanwalt erbat sich eine angemessene Bedenkzeit und gab nach Ablauf derselben folgende Erklärung ab: Nach § 25 der Strafprozeß-Ordnung sei die Stellung eines Antrages auf Ablehnung eines Richters wegen Befangenheit nur bis zur Verlesung des Anklagebuchs zulässig. Er sei also nicht mehr in der Lage, einen solchen Antrag zu stellen. Er verweise aber auf den § 30 der Strafprozeß-Ordnung, welcher dem Gerichtshof freie Hand lasse, darüber als in einer internen Angelegenheit Beschluß zu fassen, ob das Schöffengericht sich für unzuständig erklären und dem Landgericht die Entscheidung überlassen solle. Sein persönliches Empfinden gehe allerdings dahin, daß der betreffende Schöffe

sich selbst als befangen

hätte erklären müssen. Rechtsanwalt Koppel ersuchte sehr dringend, den Antrag des Staatsanwalts nicht zu folgen. Nur wenn der betreffende Schöffe sich selbst für befangen erklärt hätte, würde es angängig sein, das Landgericht entscheiden zu lassen. Er selbst gehöre zwar nicht der sozialdemokratischen Partei an, müsse aber ganz entschiedenen Protest dagegen einlegen, daß die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei als ein Ablehnungsgrund betrachtet werde. Mit demselben Recht müsse ein Richter, der sich zu liberalen oder konservativen Anschauungen bekenne, für befangen erklärt werden, wenn er über einen Angehörigen einer andern politischen Partei zu Gericht sitzen sollte. Die sozialdemokratische Partei sei gleichberechtigt mit jeder andern politischen Partei und man müsse auch zu einem sozialdemokratischen Richter das

vollste Vertrauen haben.

Als bereiteter Schöffe sei dieser bloß Richter, damit hätten alle politischen Anschauungen in Wegfall zu kommen.

Der Staatsanwalt pflichtete diesen Ausführungen im Prinzip bei, hielt es aber in der Praxis kaum für durchführbar, daß sich der Richter als solcher von seinem politischen Parteistandpunkte vollständig frei machen könne.

Nach kurzer Beratung erklärte der Vorsitzende, daß sich der betreffende Schöffe für nicht befangen und der Gerichtshof sich deshalb für zuständig halte.

Das Urteil lautete dahin, daß der Angeklagte wegen Vergehens gegen §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung mit

einer Woche Gefängnis

zu bestrafen sei. In der Begründung hieß es unter anderem: Die Bestrebungen zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen erstrecken sich nicht nur auf Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber werden dadurch berührt, denn ohne sie ist die Durchführung solcher Bestrebungen nicht möglich. Der Zeuge Schliephage sollte gezwungen werden, durch Bewilligung der Gesellenforderungen sich diesen Bestrebungen anzuschließen und zwar durch Mittel, welche gegen die §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung verstoßen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Am Dienstag, den 23. August, abends 8 Uhr, finden in den sechs Berliner Wahlkreisen die Versammlungen statt, welche sich mit der Provinzialkonferenz und dem Bremer Parteitage, sowie mit den Anträgen, Delegierten-Wahlen etc. für beide Veranstaltungen beschäftigen.

Wir erwarten, daß die Parteigenossen zahlreich erscheinen und ersuchen gleichzeitig, etwaige anderweitige Versammlungen oder Sitzungen an diesem Abende nicht stattfinden zu lassen.

Die Vertrauensleute von Berlin.

Zur Lokal-Liste.

Arbeiter! Parteigenossen! Gewerkschaften! Vereine!

Achtet bei den Anschlägen und Parolen nach außerhalb genau auf die Lokal-Liste vom 3. Juli d. J., verleiht nur in denjenigen Lokalen, welche der Arbeiterschaft zu Verfügung stehen.

Wissenswertes. Sämtliche Lokale auf der Insel Fischerswerder sind jetzt als frei zu betrachten. Tempelhof. Das Lokal „Tempelhofer Lohse“, Inhaber Heinrich Stein, Berlinerstraße 50, steht nunmehr der dortigen Arbeiterschaft zu allen Versammlungen etc. zur Verfügung und ist somit als frei anzusehen. Waidmannslust. Das „Schweizerhäuschen“ (Inhaber: Hoffmann) sowie in der Regel Restaurant Rosenbergs, früher Fischer, Berlinerstraße, stehen jetzt der Arbeiterschaft zu Verfügung etc. zur Verfügung.

Grünau. Am Sonnabend, den 27. August, veranstaltet der Straß-Turn-Arbeiter-Verein „Germania“ in Rieselwetters Jägerhaus ein Sommerfest. Wir machen die dortige Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß das Lokal zu Versammlungen etc. nicht zur Verfügung steht und eruchen daher, dieses Vergnügen streng zu meiden und die angebotenen Willen zurückzuweisen. Nieder-Schöneeweide. Die Arbeiter der Lehmannschen Fabrik hier selbst veranstalten heute, Sonntag, den 20. August, in den Räumen der „Voreley“, Berlinerstraße, ein Sommervergnügen. Da dieses Lokal der Arbeiterschaft zu Verfügung steht, so eruchen wir, daß die bestimmten von den zielbewußten Arbeitern der Fabrik, daß sie dieses Vergnügen meiden.

Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Sonntag Familien-Ausflug nach Pferdebusch bei Köpenick. Treffpunkt daselbst mittags. Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand des Wahlvereins.

Johannisthal. Heute abend feiert der Wahlverein in Haus Parkrestaurant sein 11. Stiftungsfest, wozu hiermit alle Parteigenossen freundlichst eingeladen sind. Das Komitee.

Soffen. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß zum Sommerfest des Wahlvereins am Sonntag im Lokale Riffert am Eingang keine Staffe stattfindet. Die Karten müssen alle vorher entnommen sein und es sind solche noch bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.

Lokales.

Polizeiliche Verschwiegenheit.

Unsere wohlwollende Polizei kann sehr verschwiegen sein, wenn sie will. Sie giebt ihre Geheimnisse so leicht nicht preis, und wenn gar ein Zeitungsmensch in irgend einer ihm zugegangenen Beschwerde Aufschluß über dies und das von ihr erbittet, dann bekommt er die Antwort: „Auskunft giebt's nicht!“ Um so mehr sind wir überrascht, wenn wir sehen, daß amtliche Papiere, denen die Polizei ihre Geheimnisse anvertraut hat, nach Erledigung der Sache nicht immer vernichtet werden und dann manchmal unberufenen Personen in die Hände fallen.

Wir haben kürzlich mitgeteilt, was das Einwickelpapier eines Schlächtermeisters aus den Polizeigeheimnissen erzählt. Da war Fleisch in einen aus dem Jahre 1901 datierten Ueberweisungsschein eingewickelt worden, auf dem die Sittenpolizei anordnete, daß ein genau bezeichnetes Mädchen nach der Ehe zu einzuliefern sei. Die Mutter des Mädchens wohnt noch heute in der auf dem Schein angegebenen Wohnung. Wir wissen nicht, ob der Polizei daran liegt, auch solche Geheimnisse vor Unberufenen zu bewahren. Aber das glauben wir zu wissen, daß die in Frage kommenden Personen oft ein sehr lebhaftes Interesse daran haben werden, diese Dinge nicht öffentlich preisgegeben zu sehen. Durch die Weiterverbreitung der aus dem Einwickelpapier ersichtlichen Thatfachen kann unter Umständen schwerer Schaden über die Mutter gebracht werden und vielleicht auch über das Mädchen, das inzwischen sein häßliches Gewerbe aufgegeben und geheiratet haben kann.

Wer es verschuldet hat, daß dieser Schein in den Schlächterladen geriet, das entzieht sich unserer Kenntnis. Die in Betracht kommenden Behörden haben sich bis jetzt nicht dazu geäußert. Klarer liegt aber das Verschulden bei dem folgenden Vorkommnis, das uns aus Anlaß unserer Mitteilung über das Einwickelpapier gemeldet wird. Jemand in Berlin hat in diesem Jahre ein Polizeibureau umgesehen. Einige Zeit nachher tauchten plötzlich in dem betreffenden Hause allerlei Zettel auf, gelbe und graue Kartonsblättchen, die bedruckt waren. Man sah sie in den Händen spielender Kinder, man sah sie umherliegen auf dem Hof, im Hausflur, auf der Straße. Bei näherem Zusehen ergab sich, daß diese Blättchen Mitteilungen enthielten, die demütlich sämtlichen Bureaus zugefand und daher durch Druck vervielfältigt worden waren. Darunter befanden sich auch Benachrichtigungen, daß die und die Personen zu sistieren bzw. zu verhaften seien. Diese Personen, denen dieses Schicksal zugebacht war, waren mit Vor- und Zunamen, Geburtsdatum, Geburtsort und Beruf bezeichnet, also genau genug, um bloßgestellt zu sein, wenn die Zettel Unberufenen in die Hände fielen. Nachforschungen nach der Herkunft der Zettel ergaben, daß sie aus dem Keller heraufgeholt worden waren. Dieser Keller wird nicht immer verschlossen gehalten. In den Gängen, die zu den einzelnen Verklammern des Kellers führen, stehen zwei Behälter, die mit allerlei Papierabfällen gefüllt sind. Aus ihnen rühren auch die Polizeipapiere her. Wer hineinraffen will, kann noch mehr darin finden, nicht bloß die bedruckten Kartonsblättchen, sondern auch beschriebene Zettel. Da kam er dann z. B. lesen, daß über den und den da und da angefragt worden ist, ob und warum er vorbestraft ist. Wir fragen: Warum sind solche Papiere nicht vernichtet worden? Was hat man sich gedacht, als man sie kurzerhand in diese Behälter warf? Um Antwort wird gebeten.

So das Haus liegt, sagen wir nicht, damit nicht Neugierige in den Keller hinabsteigen und nach den Geheimnissen unserer sonst so verschwiegenen Polizei spähen. Wir erwarten, daß schon diese Veröffentlichung genügen wird, um die verantwortlichen, ihrer Schuld bewußten Personen zu veranlassen, daß sie die Papiere schleunigst abholen und verbrennen. Wir werden sehen, ob das geschieht, und werden dann darüber berichten. Der zuständigen Behörde kann es nicht schwer werden, das betreffende Polizeibureau zu ermitteln und die Abholung der Papiere anzuordnen. An Zeugen, die noch nach der Abholung die Sache bestätigen können, fehlt es nicht.

Die Kinderspiele, die der Arbeiter-Turnverein „Fichte“ in diesem Sommer wieder veranstaltet hat, haben diesmal eine etwas geringere Beteiligung gefunden als im vorigen Sommer. Anscheinend haben auch hier die Hitze und die Trockenheit, die von Ende Juni bis in den August hinein herrschten, einen lähmenden Einfluß ausgeübt. Immerhin ist die Veranstaltung auch so noch einer recht beträchtlichen Zahl von Kindern zu gute gekommen, sobald sie ihren Zweck durchaus erfüllt hat. An sechs Sonntagen spielten auf vier Spielplätzen 2611 Knaben, 2156 Mädchen, zusammen 4767 Kinder. Die Kinder standen im Alter von 3 Jahren bis zu 14 Jahren; in den Altersklassen bis zum 6. Jahre überwogen die Mädchen, in den Altersklassen vom 7. Jahre an hatten die Knaben die Mehrheit. Von der Gesamtzahl der Kinder spielten im Südosten 998, im Nordosten 2380, im Norden 675, im Nordwesten 714. Die Beteiligungsziffer des Nordwestens überrascht durch ihre außerordentliche Höhe. Hier stand dem Verein zum erstenmal der Spielplatz des Friedrichshains zur Verfügung, während in den vorhergehenden Jahren ein in der Nähe gelegener Sportplatz benutzt worden war, auf dem sich bei Wind eine recht lästige Staubbildung bemerkbar machte. An der Leitung der Spiele beteiligten sich diesmal 201 Turner und 187 Turnerinnen, zusammen 478 Personen. Durchschnittlich kamen auf je 7—8 Knaben ein Leiter, auf je 11—12 Mädchen eine Leiterin. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß bei einer so regen Teilnahme der Vereinsmitglieder der Betrieb der Spiele sich erheblich mehr belebender gestalten läßt als auf den Schulhöfen, wo für jeden Hof ein Lehrer bzw. eine Lehrerin zur Verfügung steht. Auf den Spielplätzen des Vereins „Fichte“ spielen die Erwachsenen mit, auf den Schulhöfen müssen Lehrer und Lehrerinnen sich im wesentlichen mit der Rolle untätiger Zuschauer begnügen.

Der Glaube an den kranken „Hans“ gerät ins Wanken. Die „Morgenpost“ spricht direkt von einer „Täuschung“ und behauptet: „Hans“ ist nicht intelligenter als andre Gänse auch, seine ganze „Wissenschaft“ beruht auf der Erlernung von ein oder zwei Tricks. Als Beweis für diese Behauptung werden zwei Journalisten mitgeteilt. Ein „Herr X.“ kennt „Hans“ angeblich seit mehreren Jahren und schreibt u. a.: „Vor einem Jahre, als das Wunderpferd noch nicht zu dieser Berühmtheit gelangt war, wurde es in einem kleinen Kreise vorgeführt. Herr v. O. forderte uns auf, jemand möchte seine Uhr dem Tiere vor Augen halten. Da nahm einer der Anwesenden unvermerkt ein Fünfmarsstück in die Hand, Herr v. O. drehte sich um, und das Pferd klopfte mechanisch — die richtige Stunde 11,50 ab. Sehr auffällig war ein andermal, daß „Hans“ die Zahl der Jungen auf einem Nachbarhof richtig angab, obwohl er gar nicht den Kopf nach der rückwärts liegenden Dachrichtung hingedreht hatte. . . Die Hauptsache ist die wörtliche Aussage des Stallknechtes des Herrn v. O.: „Der kranke „Hans“ bin i d e i e n t i c h, wenn ich die Cogen niederzulegen dhue, denn trampelt der Vieh so lange, bis ich die Cogen wieder aufstehe.“ Ferner erzählt dem genannten Blatt ein Metzgermeister der Hufaren und bekannter Herrenreiter: „Ich erklärte, mich nur überzeugen zu lassen,

wenn es mir erlaubt sei, dem Pferde selbst eine Aufgabe zu stellen, die aber keiner der Vorführenden vorher kennen dürfte. Herr v. O. erklärte darauf, daß in diesem Falle keine Aussicht auf Gelingen des Experiments vorhanden sei. Auf Veranlassung des Herrn Schilling's schritt man dennoch zur Ausführung des Versuches. Ich stellte dem Pferde das einfache Rechenexempel 1 + 3, und der kranke „Hans“ — versagte! Aufgefallen ist mir, daß der Experimentierende dem klopfenden Pferde unverbunden auf die Hupe schaut und in dem Augenblick, wo das Resultat abgeklopft ist, den Kopf wieder erhebt.“ Auch hier wird also in Kopfbewegungen des Vorführenden die Lösung des Rätsels gesucht. Die Angriffe der „Berl. Morgenpost“ wird Herr v. O. nicht gut mit Stillschweigen übergehen können.

Im städtischen Krankenhaus Noabit wird mit der Ersetzung der alten, schlichten, noch aus den Anfängen dieses Krankenhauses herührenden Baualtkonstruktion durch neue, stattlichere Gebäude fortgeföhrt. Die Anstalt wird besonders in ihrem vorderen an der Turmstraße gelegenen Teil nun bald einen gänzlich veränderten Anblick darbieten. Das alte Verwaltungsgebäude, das in der Straßenseite stand, ist niedergelegt und schon wachsen die Mauern des Neubaus, durch den es ersetzt werden soll, aus der Erde empor. Das neue Haus wird im wesentlichen als Ziegelbau mit spar-samer Verwendung von Sandsteinquadern ausgeführt. In seiner Außenarchitektur wird es sich den beiden großen, hinter der Straßenseite gelegenen Wohnhäusern anschließen, die für das Pflege- und Dienstpersonal neu errichtet worden sind und bereits benutzt werden. Das Verwaltungsgebäude und die beiden Wohngebäude werden eine einheitliche Baugruppe bilden. Nach Vollendung des Verwaltungsgebäudes wird das Krankenhaus Noabit, wenigstens von der Turmstraße aus gesehen, in nichts mehr an das ehemalige aus Fachwerk-bauten bestehende „Barackenlazarett“ erinnern, dessen Errichtung durch die Pestepidemie von 1871 veranlaßt und zu Anfang des Jahres 1873 in der außerordentlich kurzen Zeit von nur drei Monaten ausgeführt wurde.

Die Berliner Feuerwehr ist aus Senftenberg zurückgekehrt. Sie hat den großen Brand in dem Tagebau der Grube „Bertha“ gelöscht. Es brannte eine 25 Meter hohe Braunkohlenwand. Den Grubenwehren war es unmöglich die Flammen zu löschen. Als die Berliner Wehr in der Nacht zum Mittwoch an der Brandstätte ankam, — von Senftenberg bis Gr. Näschen war sie vierstündig geföhrt — wurden sofort mehrere Schlauchleitungen vorgenommen und kräftig Wasser gegeben. Das Wasser wurde aus einem Wassin entnommen, das zur Aufnahme des Grubenwassers diente. Zahlreiche Berliner feierten die Lösung zu. Die Berliner Wehr, die von den übrigen Wehren unterstützt wurde, war ununterbrochen Tag und Nacht thätig. Am Donnerstag war der Brand im Tagebau gelöscht und konnte die Wehr nachmittags nach Berlin zurückkehren. Hier ist der Löschzug noch um 10 Uhr, aber ohne Dampfspirite und Tender angekommen. Vergeßlich haben die Mannschaften in Nieder-Schöneeweide auf ihre Fahrzeuge gewartet. Diese wurden erst gestern dort ausgeladen. Auch das Verladen nach Senftenberg ist zeitraubend und mühsam gewesen. Daß ein Löschzug im Falle der Not nicht sofort auf dem Götlicher Bahnhof in Berlin verladen werden kann und erst nach Nieder-Schöneeweide fahren und dort auf Verförderung warten muß, hat vielfach berechtigtes Erstaunen erweckt. Als die Feuerwehr von der Brandstelle abrückte, brannten noch einige Stollen unter Tage. Da in diesen der Brandherd nicht zu erreichen war, so wurden diese Stollen geschlossen und mit Sand zugeschüttet, damit das Feuer aus Mangel an Luft erstickt.

In der städtischen Taubstummen-Schule findet die Aufnahme von Schülern für das bevorstehende Winterhalbjahr statt. Eltern, bzw. Vormünder taubstummer, schulfähiger und noch nicht eingeschulter Kinder haben die Anmeldungen derselben bis spätestens 1. Oktober dieses Jahres bei dem Direktor der Schule, Herrn Gummert, Markstraße 49, anzubringen.

Nord und Selbstmord. Im hohen Norden Berlins, am Gesundbrunnen, Uferstraße 3, hat sich in der Nacht zu gestern ein blutiges Drama abgespielt. Dort wurden gestern morgen der ledige Stall-schweizer Tippe, der beim Kollereibesitzer Hahlweg in Diensten stand, in seinem von innen verschlossenen Zimmer und die Prostituierte Klara Kassow, geb. Reinfeld, mittels Revolvers erschossen aufgefunden. Nord und Selbstmord liegen unzweifelhaft vor. Ueber die Bluthat geht uns folgende Darstellung zu: Tippe ist am 10. September 1876 zu Brandis bei Leipzig geboren und der Sohn einer Arbeiterwitwe, die noch dort wohnt. Er diente seit vier Monaten bei dem Kollereibesitzer Hahlweg in der Uferstraße 3 und bewohnte im Obergeschoß des kleinen Hauses, das nur wenige Mieter zählt, eine Stube. Donnerstagsabend ging er um neun Uhr aus und besuchte verschiedene Schankwirtschaften. Um zwölf Uhr nachts sprach ihn in der Radstraße eine unter Sittenkontrolle stehende Frau an. Die Frau begleitete Tippe in seine Wohnung. Gegen 1 Uhr hörten Hausgenossen, daß mehrere Schüsse fielen und um Hilfe gerufen wurde. Sie konnten nicht unterscheiden, wo geschossen wurde, und kümmerten sich nicht weiter darum, da auch das Hilfergeschrei nur einen Augenblick dauerte. Daß eine Frauensperson bei dem Schwitzer war, wußte niemand im Hause. Gestern morgen um 4 Uhr wollte Hahlweg den Tippe wecken, erhielt aber keine Antwort. Nachdem er durch das Schlüßelloch der verschlossenen Thür gesehen hatte, daß zwei Menschen mit Blut bedeckt regungslos auf dem Bette lagen, holte er die Polizei vom 101. Revier in der Exerzierstraße. Diese ließ die Thür von einem Schloffer öffnen und fand nun Tippe und die Frau auf dem Bette tot daliegen. Der junge Mann war bis auf das Hemd entkleidet, die Frau hatte ihre schwarze Kleidung nicht abgelegt. Neben der Leiche des Mannes lag ein Revolver, der nur leere Hülsen enthielt. Tippe hatte die Prostituierte durch zwei Schüsse in die rechte Schulter, wahrscheinlich von hinten, und sich selbst durch einen Schuß in die Brust getötet. Im Portemonnaie des Mannes fand man nur noch zehn Pfennige. Vermutlich hatte er alles vertrunken und geriet nun mit der Frau, als sie Geld forderte, in Streit, der ein so blutiges Ende nahm. Nachdem die Kriminalpolizei und eine Untersuchungskommission den Befund in der Wohnung aufgenommen hatten, wurden die beiden Leichen zwischen 10 und 11 Uhr vormittags nach dem Schauhaus gebracht. Die Ermordete ist die Arbeiterfrau Klara Kassow. Sie wurde am 11. März 1860 in Berlin geboren. Ihre Mutter starb vor 7 Jahren, ihr Vater wanderte vor 6 Jahren nach Amerika. Frau Kassow gab sich für geschieden oder ehelichen aus, war aber noch verheiratet. Ihr Mann, ein Arbeiter, verübte gegenwärtig wegen Körperverletzung eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren. Ihr Großvater betrieb in der Köstnerstraße einen Grünrambandel. Vor zwei Monaten knüpfte Frau Kassow mit einem 24 Jahre alten Stein-schleifer Adolf Wiegand, der bei seiner Mutter, einer Witwe, in der Soldinerstraße wohnte, ein Liebesverhältnis an. Wiegand zog mit ihr nach der Köstnerstraße Nr. 2, wo er sie für seine Wirtschaftlerin ausgab und dem Wirt vorpiegelte, daß er sie nach zwei Monaten heiraten werde. Als der Wirt erfuhr, daß die Frau, die ein äußerst freches Wesen hatte, unter Aufsicht stand, kündigte er dem Waiden zum 1. nächsten Monats. Außer den beiden Schüssen in die Schulter hat man noch eine Verletzung am Hinterkopf gefunden. Tippe hat die Frau wahrscheinlich an der Thür, wo sich eine große Aulade befindet, niedergeschlagen und dann die Leiche auf das Bett gelegt.

Die Verhaftung eines gefährlichen Einbrechers ist der Polizei gelungen. Seit einiger Zeit waren in zahlreichen Konfektions-geschäften große Einbruchdiebstähle verübt worden, bei denen sehr bedeutende Mengen Seiden- und andre Stoffe, Damenmäntel, Mäntel, Jadedits und Konfektionsmaschinen entwendet wurden. Nachdem wieder ein derartiger Einbruch verübt war, lenkte sich der Verdacht auf den 27 Jahre alten, in der Bergstraße wohnhaften Hausdiener Johann Barel, bei dem man alsbald eine Hausdurchsichtigung vornahm. Dabei entdeckte man nun Spuren von verschiedenen Einbrüchen und Barel gestand nach anfänglichem Leugnen acht große Einbruch-diebstähle ein. Er hat sie sämtlich in Geschäften ausgeführt, in denen er früher thätig war. Zum Teil gelang es ihm dadurch in die Räume zu kommen, daß er die Holzfüllungen der Thüren aus-schnitt, teils benutzte er die Schlüßel, die er sich schon während seiner Dienstzeit angeeignet hatte, oder die er damals hatte nachmachen lassen. In andern Fällen öffnete er die Thür einer Etage über dem Ge-

